

# Preußische Allgemeine



Nr. 1 · 7. Januar 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

## Der große E-Schrott

Vom Hoffnungsträger zum Sorgenkind? Nach Jahren ungebremster Euphorie werden die lange ignorierten Probleme der Elektromobilität offensichtlich **Seite 2**



**Geschichte** Elisabeth Christine, Gemahlin des „Alten Fritz“ **Seite 10**



**Schicksal** Eine ostpreußische Familiengeschichte **Seite 23**

### AUFGEFALLEN

## Ein „nützlicher Idiot“?

Unter den jährlichen „Top 10“ des globalen Antisemitismus, veröffentlicht vom „Simon Wiesenthal Center“ (SWC), findet sich abermals das Stichwort Deutschland. In der Ära Merkel sei es nicht gelungen, antisemitische Attacken seitens der äußeren Rechten und Islamisten sowie die Dämonisierung Israels seitens der Linken einzudämmen. Zudem habe die Regierung kaum die iranischen Rufe nach einer Zerstörung Israels verurteilt. Die „Deutsche Welle“ beschäftige zudem arabische Mitarbeiter, die sich antijüdisch und bezüglich des Holocaust verharmlosend geäußert hätten.

Der umfangreichste Abschnitt ist – kurioserweise – Michael Blume gewidmet. Kurios deshalb, weil Blume Beauftragter der baden-württembergischen Landesregierung gegen Antisemitismus ist. Vergessen habe er offenbar, so das SWC, dass er Antisemitismus bekämpfen und nicht „liken“ solle. So habe sich Blume etwa bei „Facebook“ zustimmend zu einem Vergleich von Zionisten und Nazis geäußert. Des Weiteren hätte er sich für ein Ende der Städtepartnerschaft Freiburgs mit dem iranischen Isfahan einsetzen und die Schließung des Kontos des israelfeindlichen „Palestine Committee Stuttgart“ veranlassen müssen. Blume wies die Vorwürfe zurück, auch mit Verweis auf „rechtsextrêmes Trolling“. Seine Landesregierung und der Zentralrat der Juden stellten sich hinter ihn. Der Historiker Michael Wolffsohn hingegen meint, obwohl kein Antisemit, fördere Blume durch sein Agieren als „nützlicher Idiot“ antisemitische Interessen. *Erik Lommatzsch*

### POLITIK

## Deutschland droht ein energiepolitischer Sonderweg

Trotz Brüsseler Empfehlung, auch Kernkraft und Gas als „grün“ einzustufen, wird Berlin kaum von seiner Energie- und Mobilitätswende abweichen

VON RENÉ NEHRING

**D**er Witz ist alt, aber immer wieder treffend: Ein Mann fährt auf der Autobahn und hört Radio. Plötzlich meldet der Verkehrsfunk: „Vorsicht! Auf der A ... ist ein Geisterfahrer unterwegs!“ Darauf schüttelt der Mann den Kopf und sagt: „Einer? Hunderte!“

Die Geschichte illustriert einigermaßen passend den deutschen Sonderweg in Sachen Energie- und Mobilitätswende. Seit die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel im Frühjahr 2011 als Reaktion auf die durch einen Tsunami ausgelöste Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima den vorzeitigen Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie verkündete, gibt es in diesem Land zu allen Fragen rund um die Strom- und Wärmeversorgung – wie auch in der Verkehrspolitik – keine ergebnisoffenen Debatten mehr.

Obwohl die „Erneuerbaren Energien“ nicht ansatzweise in der Lage sind, den Strombedarf zu decken (von den weltweit höchsten Verbraucherpreisen ganz zu schweigen), verabschiedete sich Deutschland nahezu gleichzeitig von der Kernkraft und der Kohle. Und obwohl Elektro-Autos bislang weder mit ihren realen Kosten noch mit ihrer Reichweite noch mit der erforderlichen Infrastruktur eine echte Alternative zu Diesel- und Benzin-Fahrzeugen sind (siehe Seite 2), treibt die Poli-

itik in diesem Lande den beschleunigten Ausstieg aus den bewährten Antriebsarten und den Wechsel zur E-Mobilität.

Das Bizarre an der deutschen Haltung ist, dass keine andere Nation in der Welt unserem Land auf diesem Weg folgt. Zwar streben auch andere Länder einen schrittweisen Ausbau von Windkraft und Solarenergie sowie der E-Mobilität an. Doch folgt niemand dem deutschen Furor, alles Bewährte gleichzeitig zu beenden, solange die Alternativen nicht in der Lage sind, ausreichend Strom und Wärme zu liefern sowie Menschen und Lastgüter zu vernünftigen Konditionen zu transportieren.

### Europäischer Geisterfahrer

Dass Deutschland beim radikalen Umbau seiner Volkswirtschaft europaweit längst zum Geisterfahrer geworden ist, zeigte zur Jahreswende ein Papier der EU-Kommission. Dieses schlägt vor, unter bestimmten Bedingungen die Energiegewinnung durch Kernkraft und Gas als „klimafreundlich“ einzustufen – womit diese öffentlich gefördert werden können. Ein zentraler Satz des Papiers, das am Silvesterabend zur Beratung an die 27 EU-Mitgliedsstaaten versandt worden ist, lautet: „Es muss anerkannt werden, dass der fossile Gas- und der Kernenergiesektor zur Dekarbonisierung der Wirtschaft der Union beitragen können.“

Damit wird nicht nur die bisherige deutsche Fixierung auf Windkraft und So-

lartechnologie bloßgestellt. Es droht zudem eine weitere Schwächung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Schon bislang sorgte der selbstgewählte Ausstieg aus fossilen Energiequellen und der Kernenergie gleichermaßen für das Ende bewährter deutscher Spitzentechnologie in vormaligen industriellen Schlüsselbranchen sowie für Netzschwankungen und die Gefahr von „Blackouts“, die nur durch die Lieferung von Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien gebannt werden können. Mit der Anerkennung der Kernkraft als „grün“ werden die europäischen Partner ihren Strom künftig nicht nur zuverlässiger anbieten können als deutschen Ökostrom, sondern – dank Brüsseler Förderungen – auch deutlich billiger.

Obwohl der Brüsseler Vorschlag all jene mahnenden Stimmen im In- und Ausland bestätigt, die seit Langem vor einem gleichzeitigen Ende aller etablierten Energien und einer radikalen Mobilitätswende warnen, fielen sowohl die Antworten der deutschen Politik als auch der meisten deutschen Medien ablehnend aus. „Absolut falsch“ hieß es etwa bei „Energiewendeminister“ Robert Habeck, „Von der Leyen zerstört die Glaubwürdigkeit des Ökosiegels“ in einem Medienkommentar.

Nach einer Bereitschaft, den eingeschlagenen Sonderweg nochmal zu überdenken, klingt das nicht. Warum auch? In der vorherrschenden deutschen Sicht sind die Geisterfahrer ja stets die anderen.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Die neue Lust der Grünen an harten Polizeimaßnahmen – wenn es ihre Kritiker trifft **Seite 4**

#### Kultur

Ein Ausblick auf die Ausstellungshöhepunkte des Jahres 2022 **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Bisheriger Chefchirurg wird neuer Oberbürgermeister Königsbergs **Seite 13**

#### Lebensstil

Wie der Telegrafenberg in Potsdam vor 190 Jahren zu seinem Namen kam **Seite 21**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 303404 01  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Elektro-Mobilität** Die Antriebsbatterie ist aus vielfältigen Gründen die größte Schwachstelle eines jeden E-Fahrzeugs. Aber sie ist bei Weitem nicht die einzige

## Teure Tage der Offenbarung

Warum nicht nur ein Finne entsetzt ist über die mittel- und langfristigen Kosten eines Elektroautos

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Tesla Model S gehört zu den meistverkauften Elektroautos der Welt und erhielt mehrere Auszeichnungen. Das veranlasste auch den Finnen Tuomas Katainen zum Erwerb eines solchen Fahrzeuges – und die ersten 1500 Kilometer war er höchst zufrieden mit der gebrauchten Oberklasse-Limousine. Dann häuften sich die Pannen und schließlich musste der Abschleppwagen kommen. In der Werkstatt wurde Katainen eröffnet, der Tesla benötige eine neue Batterie-Einheit für sage und schreibe 20.000 Euro.

Daraufhin sprengte der verärgerte Besitzer das angebliche technische Wunderwerk vor laufender Kamera in die Luft und stellte die Aufzeichnung der Aktion ins Internet. Dort gab es zahlreiche Kommentare wie „Gut gemacht!“ und „Phantastische Arbeit!“ sowie mehrere zehntausend Likes. Viele davon dürften von anderen nicht mehr so stolzen Eignern von E-Autos stammen, denen die Reparaturkosten ebenfalls über den Kopf wachsen.

### Hohe Reparaturkosten

Diese liegen laut Recherchen des Allianz Zentrums für Technik (AZT) zwischen zehn und 30 Prozent höher als bei Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor, wobei der Akkuwechsel regelmäßig auf einen „wirtschaftlichen Totalschaden“ hinausläuft. Aber auch banalere Reparaturen wie der Austausch des Hochvolt-Kabels nach einigen Marderbissen können schnell mit bis zu 7000 Euro zu Buche schlagen. Schuld an den exorbitanten Kosten sind meist restriktive Vorgaben der Hersteller. So verlangt Mercedes, dass nach jeder Airbag-Auslösung die Batterie erneuert wird. Außerdem dürfen nur speziell geschulte Mechaniker in ausgewählten Werkstätten an den E-Autos schrauben, was die Preise gleichermaßen nach oben treibt.

Laut einer Auswertung des US-Marktanalysten We Predict fallen die durchschnittlichen Wartungs- und Servicekosten bereits in den ersten drei Monaten nach der Erstzulassung doppelt so hoch aus wie bei Verbrennern. Ebenso kommt die Versicherung eines Elektroautos den



Reparatur zu teuer: Der Tesla des Finnen Tuomas Katainen vor der Sprengung

Foto: Screenshot YouTube

Besitzer im Vergleich um rund zehn Prozent teurer. Das resultiert nicht zuletzt aus der größeren Unfallgefahr infolge der fehlenden Geräuschkulisse bei langsamer Fahrt sowie der ungewohnt starken Beschleunigung aufgrund des vollen Drehmoments aus dem Stand.

Aber damit nicht genug der Ärgernisse. Heikel kann das Weiteren auch das Aufladen der Fahrzeugbatterie werden. So gibt es noch kein ausreichend dichtes Netz an Elektro-Tankstellen. Viele Nutzer beklagen das Wirrwarr an Angeboten seitens ganz unterschiedlicher Anbieter. Ebenso kritisiert werden die Ladezeiten von bis zu vier Stunden Länge und ein hochgradig intransparentes Preissystem in Verbindung mit komplizierten Bezahlmodellen. Mit Kundenfreundlichkeit hat dies alles nur sehr wenig zu tun, wie der Präsident des Bundesverbands eMobilität, Kurt Sigl, unlängst ernüchtert feststellte.

Außerdem muss der Ladestrom auch erst einmal produziert werden – und hier droht gleich das nächste Ungemach. Angesichts der zunehmenden Überlastung der Netze infolge der missglückten Energiewende plante bereits die alte Bundesregierung sogenannte Spitzenglättungen, was ein Euphemismus für Stromsperrungen ist. Sollten die Ampelkoalitionäre in die Fußstapfen ihrer Vorgänger treten wollen, dann könnten private Ladestationen künftig zu bestimmten Zeiten per Fernzugriff abgeschaltet werden.

### Geringe Reichweite

Zu Einschränkungen beim Aufladen der Akkus kommt es indes schon heute durch die ständigen Software-Aktualisierungen, denn diese führen nicht selten zur Reduzierung der Batterie-Kapazität und damit der Reichweite. Das läuft auf eine drastische Senkung des Gebrauchswertes des Fahrzeuges hinaus.

Die mangelnde Reichweite stellt die wohl größte Herausforderung für die Nutzer von Elektrofahrzeugen dar. In vielen Fällen können diese sich nicht auf die Angaben der Hersteller verlassen. So blieben die Kunden des Autovermieters Sixt, dem man eine Mindestreichweite von 140 Kilometern für die neu angeschafften Elektro-Kleinwagen der Marke Fiat zugesichert hatte, teilweise schon nach weniger als 70 Kilometern liegen.

Angesichts dessen lautete die Einschätzung des damaligen Vorstandsvorsitzenden Erich Sixt nach der mehrmonatigen Testphase schließlich auch: „Eine absolute Katastrophe ... Das können wir nicht kommerziell betreiben.“ Dennoch aber meinte der Unternehmer abschließend zum Thema Elektromobilität: „Wir machen mit, so wie alle Autohersteller.“

Insofern ist es möglich, dass Katainen bald den einen oder anderen Nachahmer finden wird.

### BANANEN-STRATEGIE

## Das Produkt reift beim Kunden

Mit der für 2025 geplanten neuen Euro-7-Abgasnorm droht das sukzessive Aus für Wagen mit Benzin- oder Dieselmotoren. Deshalb gehen nun immer mehr Fahrzeughersteller dazu über, ihre Produktpalette um E-Autos zu erweitern. Dabei setzen sie aber eher auf Schnelligkeit als auf Gründlichkeit und Qualität, zumal es außerdem noch gilt, den jahrelangen technischen Vorsprung des derzeitigen Weltmarktführers Tesla aufzuholen.

Das bekommen die Kunden in Form von unablässigen Rückrufaktionen oder gar nicht systematisch beziehungsweise auf Herstellerkosten beseitigten Mängeln an ihren Fahrzeugen zu spüren. Dabei unterlaufen selbst dem Branchenprimus Fehler. So brannte inzwischen auch ein erstes Exemplar des neu entwickelten und 130.000 US-Dollar teuren Model S Plaid aus, obwohl dies laut Tesla nicht mehr möglich sein sollte, da in dem Wagen neuartige Akkus verbaut wurden.

Kritiker unterstellen Tesla sowie den anderen Herstellern von E-Autos zu Recht eine „Bananen-Strategie“, die darin besteht, das Produkt beim Kunden reifen zu lassen. Es fehlt noch an Erfahrungen mit Elektrofahrzeugen, deshalb liefert man Konstruktionen aus, von denen von vornherein klar ist, dass sie nicht perfekt sind. Und dann wird auf die Beschwerden der Käufer reagiert und das Auto sukzessive „optimiert“.

Damit übernehmen die Kunden faktisch die Rolle eines Mitentwicklers und Testers. Dafür erhalten sie allerdings kein Geld, sondern müssen noch kräftig draufzahlen, wenn ihr Wagen teure Reparaturen benötigt oder seine Lebenszeit viel früher als erwartet endet. Der einzige Lohn, den den E-Auto-Nutzern von heute winkt, ist das Gefühl, als sogenannte Early Adopter (Frühzeitige Anwender) dem Fortschritt beziehungsweise Umweltschutz zu dienen und dadurch einen höheren sozialen Status und eine ganz neue Art von Fahrgefühl zu genießen, sofern das Auto denn fährt. W.K.

### ANTRIEBSBATTERIE

## Teuflich gefährliche „grüne“ Technologie

Stromspeicher von E-Fahrzeugen brennen, explodieren, stehen unter Hochspannung und sind ein Gefahrgut

Die größte Schwachstelle eines jeden Elektro-Autos ist seine Antriebsbatterie. Deren Lebensdauer leidet beim schnellen oder vollständigen Aufladen über 80 Prozent. Außerdem kommt es manchmal zu spontanen Entzündungen der Akkus beim Stromtanken. Deshalb soll der Chevrolet Bolt beispielsweise weder in einer Garage noch über Nacht ans Netz angeschlossen werden. Andere Speicherelemente laufen unvermittelt aus und geraten daraufhin in Brand – so wie beim Mercedes EQC oder beim Hyundai Ioniq.

Nicht ganz einfach ist auch das Löschen des Fahrzeuges in solchen Situationen. Die Hochvolt-Batterie kann sich immer wieder von Neuem entzünden, explo-

dieren oder einen elektrischen Schlag erzeugen. Deswegen ist es am Sichersten, das Fahrzeug im Brandfall komplett mittels Kran in einem großen Wasserbehälter zu versenken. Zumal die Feuerwehrleute oftmals auch nicht genau wissen, mit welchen Gefahren sie sonst noch vor Ort rechnen müssen. Hilfreich wären hier die Rettungsdatenblätter, die es inzwischen für jedes E-Auto gibt. Aber die liegen meist unzugänglich im Handschuhfach, was zeitraubende Nachfragen bei der Leitstelle oder gar beim Hersteller nötig macht.

### Das Recyceln der Akkus ist teuer

Auch ohne Brandgeschehen ist die Bergung der Fahrzeuge nach Unfällen kom-

pliziert. Die mögliche Restspannung von 300 bis 400 Volt sorgt für hohe Risiken und erfordert den Einsatz von fachkundigem Personal. Die mehrere hundert Kilogramm schweren Lithium-Ionen-Batterien gelten als Gefahrgut.

Deshalb darf ihr Transport nur durch Speditionsunternehmen erfolgen, die über eine entsprechende Zulassung gemäß der strengen Vorgaben des Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) verfügen. Und davon gibt es nur extrem wenige. Stefan Jacobs vom Vorstand des Verbands der Bergungs- und Abschleppunternehmen (VBA) teilte hierzu auf Anfrage des Portals Sonderab-

„Die Einnahmen durch den Verkauf der recycelten Stoffe wiegen die Kosten für Sammlung, Demontage und Recycling nicht auf“

Falk Petrikowski  
Batterie-Experte vom  
Umweltbundesamt

fallwissen mit: „Mir fallen vielleicht ein, zwei Betriebe in ganz Deutschland ein.“

Und auch die Wiederverwertung der im Normalbetrieb verschlissenen Akkus steckt derzeit noch in den Kinderschuhen, obwohl inzwischen einige hierauf spezialisierte Unternehmen den Betrieb aufgenommen haben. Denn die Rückgewinnung der in den Stromspeichern enthaltenen Materialien ist keineswegs so lukrativ, wie es scheint. So urteilte der Batterie-Experte Falk Petrikowski vom Umweltbundesamt (UBA): „Die Einnahmen durch den Verkauf der recycelten Stoffe wiegen die Kosten für Sammlung, Demontage und Recycling nicht auf.“ W.K.

# Wenn Utopie auf Realitäten trifft

Die neue Bundesregierung plant mit dem Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter den größten Umbau der deutschen Wirtschaft seit Generationen. Im Wege stehen ihr dabei allerdings ein paar naturwissenschaftliche Probleme

VON JOSEF KRAUS UND  
HEINRICH ZETTLER

**W**enn es nach dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung geht, sind eine beschleunigte Energiewende, eine baldige CO<sub>2</sub>-Neutralität, ein kompletter Verzicht auf fossile Brennstoffe, eine totale Dekarbonisierung ab 2030 sowie ein rasches Ende des Benzin- und Dieselmotors angesagt. Begründet wird all dies mit dem Kampf gegen den angeblich ausschließlich menschengemachten Klimawandel. Dass auf Deutschland nur rund 1,9 Prozent des globalen Primärenergiebedarfs entfallen, dass andere Industrienationen sich einen Teufel um den deutschen Sonderweg scheren und nuklearenergetisch sowie mit Kohlekraftwerken aufrüsten, spielt keine Rolle.

Wörtlich heißt es im Koalitionsvertrag der neuen Regierung: „Schritt für Schritt beenden wir das fossile Zeitalter, auch, indem wir den Kohleausstieg idealerweise auf 2030 vorziehen und die Technologie des Verbrennungsmotors hinter uns lassen ... Wir wollen einen verlässlichen und kosteneffizienten Weg zur Klimaneutralität spätestens 2045 technologieoffen ausgestalten. Am deutschen Atomausstieg halten wir fest ...“

## Hybris und Sendungsbewusstsein

Damit atmet der Ampel-Vertrag den (Un-)Geist von Hybris, Sendungsbewusstsein und Ignoranz. Hybris heißt: Es wird übergangen, dass laut Wirtschaftsministerium die Primärenergieversorgung in Deutschland zuletzt zu 77 Prozent mit Hilfe fossiler Brennstoffe gedeckt wurde, sechs Prozent mittels Kernenergie und 17 Prozent mittels „Erneuerbarer“. Binnen kürzester Zeit will man nun diese 83 Prozent auch mit „Erneuerbaren“ ersetzen.

Das wiederum hat mit deutschem Sendungsbewusstsein zu tun. Denn kein anderes Land der Welt folgt dem deutschen Weg. Im Gegenteil: Weltweit werden derzeit über hundert Reaktorblöcke neu gebaut, der Großteil in China und Indien. Selbst Japan plant neue AKW. Trotz „Fukushima“. Auch Frankreich setzt nach wie vor auf seine 56 Reaktorblöcke, die 70 Prozent der Stromversorgung garantieren. Weltweit sind zudem 1380 Kohlekraftwerke im Bau oder in Planung. In den Niederlanden diskutiert man den Neubau von AKW, in Finnland geht unter Befürwortung der dortigen Grünen Europas größte Nuklearenergieanlage ans Netz. Deutschland aber mit seinem weltweiten Zwei-Prozent-CO<sub>2</sub>-Anteil will die Welt retten. ... Als Rettungsanker bleibt ja immer noch der Ankauf von Atomstrom bei den Nachbarn.

Es ist zudem sehr viel Ignoranz im Spiel – nicht nur bei der „Ampel“, sondern auch im Weltklimarat und bei den Weltklimakonferenzen. In der Erdgeschichte gab es – bedingt durch Sonnenaktivitäten – immer Warm- und Kaltzyklen. Vor rund 8000 bis 5000 Jahren war die Erde etwa drei Grad Celsius wärmer. Es kam zu einer Abkühlung, ehe es 250 vor Christus bis 400 nach Christus wieder eine – die sogenannte Römische – Warmzeit gab. Auf die Jahre 1300 bis 1550 kann man eine kleine Eiszeit datieren, seitdem ist die Temperatur der Erde wieder um rund ein Grad Celsius gestiegen. All dies scheint in den Klimadebatten keine Rolle zu spielen. Womit keineswegs geleugnet werden soll, dass die Freisetzung des ursprünglich in Kohle und Erdöl gebundenen Kohlenstoffs als CO<sub>2</sub> auch klimarelevant ist.

## Die Altlasten des „grünen Stroms“

Zur Ignoranz gehört auch das Ausblenden der Frage, wie Solaranlagen, Akkus und Windräder eines Tages entsorgt werden sollen. Das ist eine gewaltige Last für zukünftige Generationen, deren selbsternannte „Fridays vor



Bedrohliche Nähe: Seit Jahren rücken die Windkraftanlagen in Deutschland immer enger auch an Wohngebiete heran. Doch für die Umsetzung der ehrgeizigen Ziele der Energiewende ist selbst das zu wenig

Foto: pa

Future“-Exponenten dazu ebenso schweigen wie zur billionenfachen Staatsverschuldung.

Auch dass Deutschland jetzt schon die höchsten Strompreise der Welt hat, dass nach der Abschaltung der letzten Kernkraftwerke und der Kohlekraftwerke „Blackouts“ drohen, dass gleichwohl aus dem Ausland Atomstrom bezogen werden muss, dass Deutschland die energiesparsamsten „Verbrenner“ produziert und zugleich die sichersten Atomkraftwerke hat beziehungsweise hatte, spielt in den deutschen Debatten keine Rolle

Und doch gibt es naturwissenschaftliche Grundgesetze und Faktoren, die durch keine Hybris und Ignoranz außer Kraft gesetzt werden können.

## Naturwissenschaftliche Probleme

**Kernproblem 1:** Jedes Jahr gibt es in Deutschland hinsichtlich Wind und Sonnenstrahlung fünf- bis zehntägige Flauteperioden. Von den kurzen Tagen im Winterhalbjahr ganz zu schweigen. In ihren Flauteperioden liefern Windparks und Photovoltaikanlagen nahezu keinen Strom. Um Sturmschäden am Rotor zu vermeiden, drehen sich die Windräder auch nicht, wenn die Windgeschwindigkeit zu stark ist. Will sagen: Wenn die derzeit 29.700 Onshore- und die rund 1500 Offshore-Windräder stillstehen und deshalb keinen Strom produzieren, dann würde auch eine x-fache Menge an Windrädern an diesen Tagen keinen Strom liefern. Insofern geht das „Ampel“-Ziel einer Verdoppelung der Windparks am Problem vorbei.

Trotzdem will die „Ampel“ zwei Prozent der Landesfläche für Windparks ausweisen. Das wäre etwas mehr als eine Verdoppelung der bisherigen Onshore-Windparkfläche von 0,9 Prozent der Gesamtfläche Deutschlands: Konkret sind es derzeit 3131 km<sup>2</sup> von 357.385 km<sup>2</sup> Gesamtfläche. Was dieser Flächen- und vor allem auch Waldfraß für die Kulturlandschaft bedeutet, muss man nicht erläutern. Aber er wird auch Hunderttausende Bürger belasten und deren Immobilien im Wert dezimieren. So steht etwa der geltende Mindestabstand eines Windrads zur nächsten Wohnbebauung zur Disposition. Die „10-H-Regel“ schreibt vor, dass die Entfernung eines Windrades zu einer Wohnsiedlung das Zehnfache der Höhe betragen muss; bei einem 200 Meter hohen Windrad wären das zwei Kilometer. Im „Ampel“-Vertrag

heißt es dazu: „Wir werden sicherstellen, dass auch in weniger windhöffigen Regionen der Windenergieausbau deutlich vorankommt ...“

Davon abgesehen: Wollte man auch nur ein Drittel des 2019 erforderlichen Energiebedarfs in Deutschland mit Onshore-Windkraftanlagen (WKA) decken, dann wären das 170.000 Anlagen bei einer noch nicht vorhandenen Einzelleistung von vier Megawatt und ein Flächenbedarf von 115.000 Quadratkilometern – rund ein Drittel von Deutschland! Denn der berechnete Mindestabstand ist der vier- bis fünffache Rotordurchmesser in Hauptwindrichtung und der dreifache in Nebenwindrichtung. Und wollte man ein Fünftel Energiebedarf mit Offshore-WKA decken, dann wären dazu 28.500 Sieben-Megawatt-Anlagen mit einem Flächenbedarf von 50.000 Quadratkilometern nötig. Das entspräche einem „WKA-Vorhang“ entlang der gesamten deutschen Küste mit einer Breite von zwölf Kilometern. Die restlichen 47 Prozent müssten aus Photovoltaik und Wärmepumpen gedeckt werden. Letztere brauchen wiederum im Schnitt eine Kilowattstunde Strom pro gelieferte drei Kilowattstunden Wärmeenergie.

## Unüberwindbare Hindernisse

**Kernproblem 2:** Deutschland verbrauchte 2019, vor Corona, umgerechnet durchschnittlich 3555 Milliarden Kilowattstunden Primärenergie. Für Flaute- und Wolkenzeiten müsste man mindestens eine Ein-Monats-Energiereserve haben, somit Speicherkapazität für rund 300 Milliarden kWh. Die derzeitigen Erdgasspeicher bieten uns für drei Monate Energiesicherheit. Pumpspeicherwerke helfen auch kaum weiter. Deutschlands größtes Pumpspeicherkraftwerk Goldisthal in Thüringen hat gerade einen Speicher für knapp eine Million kWh, dann ist er leer und müsste mit Strom wieder aufgepumpt werden. Für die Zeiten der Wind- und Sonnenscheinflaute bräuhete man aber Speicher ganz anderer Kapazität. Das gilt auch für galvanische Zellen (Akkus). Der derzeit stärkste Tesla Powerwall Lithium-Ionen-Akku (Kosten etwa 26.000 Euro), zum Beispiel, müsste allein für Deutschland als dezentraler Stromspeicher in etwa 7,4 Billionen Exemplaren vorhanden sein.

**Kernproblem 3:** Die „Ampel“-Visionen sind nicht finanzierbar. So bräuhete man für eine komplette Stromversorgung Deutsch-

Was dieser Flächen- und vor allem auch Waldfraß für die Kulturlandschaft bedeutet, muss man nicht erläutern. Aber er wird auch Hunderttausende Bürger belasten und deren Immobilien im Wert dezimieren

lands mit Windkraft entweder 500.000 Windkraftanlagen „onshore“ (also auf Land) oder 140.000 Windkraftanlagen „offshore“ (auf See). Oder einen Mix daraus im Verbund mit Photovoltaik. Das ergibt für deren Bau ein Kostenvolumen von über drei Billionen Euro, wenn man einen Mix wie oben annimmt. Und für eine Speicherung des benötigten Stroms allein mittels Akkus wenigstens für einen 30-Tage-Vorrat bräuhete man rund 1,5 Millionen Akku-Speicheranlagen vom Tesla-Typ Hornsdale (wie sie mit knapp 200 MWh zum Stückpreis von 150 Millionen Euro in Südastralien vorhanden sind); Kostenvolumen: rund 2,25 Billionen Euro. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands betrug 2020 insgesamt 3,45 Billionen Euro.

**Kernproblem 4:** Auch die Vision von einer Stromspeicherung durch Elektrolyse von Wasser ist unrealistisch. Denn in der Kette „Strom zu Wasserstoff – Speicherung – Rückverstromung durch Brennstoffzelle“ müsste man das 1,9-fache an Stromenergie einsetzen. Für die Rückverstromung über Gasturbinen das 2,2-fache – mindestens, wegen des Wirkungsgrads, physikalisch bedingt. Völlig ungeklärt ist dabei die Frage der Wasserstoffspeicherung. Für einen Ein-Monats-Bedarf wäre bei 100 Bar Speicherdruck ein Kavernen- und Leitungsvolumen von rund 2400 Kubikkilometern erforderlich. Die Erdgasspeicher in Deutschland haben gerade mal 23 Kubikmeter. Die zusätzliche Kompressionsenergie für 100 Bar gar nicht mitgerechnet. Dabei würde auch ein Mix aus Pumpspeicherkraftwerk, Batterien und Wasserstoff nicht weiterhelfen. Und der Hinweis auf Solaranlagen in Afrika ist ebenfalls Wunschdenken – die einst euphorisch proklamierten Wüstenstrom-Projekte Desertec 1.0 und 2.0 sind kläglich gescheitert. Ob Desertec 3.0 etwas wird, ist offen.

Insofern ist folgender Passus aus dem „Ampel“-Vertrag Lyrik: „Wir wollen eine Elektrolysekapazität von rund zehn Gigawatt im Jahr 2030 erreichen.“ Auch dazu ein wenig Mathematik: Einer Leistung von zehn GW entspricht im 24-Stunden-Betrieb ein täglicher Stromverbrauch von 240 Millionen Kilowattstunden. Wegen des physikalisch bedingten Wirkungsgrads wäre davon gerade mal die Hälfte nutzbar. Den Energiebedarf für die proklamierte Wasserstoffverflüssigung und den Verdampfungsverlust nicht mitgerechnet. Und auch nicht berücksichtigt ist, dass nach einer Wirtschaftlichkeitsanalyse des Zentrums für Brennstoffzellentechnik die Kosten pro zehn Kilowatt Leistung bei 130.000 Euro liegen werden. Womit bei dem „Ampel“-Vorhaben also 1,3 Billionen Euro fällig wären.

## Realistische Alternativen

Die Menschheit muss den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gewiss reduzieren. Dies wird jedoch mit Wind- und Solarenergie allein nicht gelingen. Deshalb führt kein Weg vorbei an einer vergleichsweise klimaneutralen Gewinnung von Energie durch Atomkraft, ferner durch Geothermie und eines Tages durch Wasserstofftechnik. Mit den sicheren deutschen Atomkraftwerken wäre hier zumindest eine CO<sub>2</sub>-neutrale Basissicherung gewährleistet gewesen. Mehr noch durch die neuen Fluid-Reaktoren, die in Deutschland aber weder betrieben noch gebaut noch erforscht werden dürfen.

Mit den bisherigen „Ampel“-Plänen jedenfalls drohen in Deutschland künftig regelmäßig die Lichter auszugehen.

● **Josef Kraus** war bis 2015 Gymnasialdirektor in Niederbayern sowie von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Zuletzt erschien „Der deutsche Untertan. Vom Denken entwöhnt“ (Langen Müller). **Heinrich Zettler** ist promovierter Physikochemiker und erfolgreicher mittelständischer Unternehmer. Im Frühjahr 2022 erscheint sein Buch „Denkverbote. Die Diktatur des Postfaktischen“.

## ● MELDUNGEN

## Neue US-Kernwaffen

**Büchel** – US-amerikanische Kernwaffen, die im Rahmen der sogenannten nuklearen Teilhabe in Deutschland lagern, sollen modernisiert werden. Höchstwahrscheinlich in den Bunkern des rheinland-pfälzischen Fliegerhorstes Büchel stehen rund 20 Wasserstoffbomben des Typs B-61 für den Abwurf durch NATO-Maschinen bereit. Die Sprengkraft der B-61 liegt bis zu 30-mal höher als die der Hiroshima-Bombe. Das schließt eine Verwendung als taktische Waffe aus. Deshalb wollen die USA die B-61 durch die B-61-12 ersetzen, deren Detonationsstärke bei Bedarf auf ein Vierzigstel des Wertes der Hiroshima-Bombe reduziert werden kann. Die neue Bombe, welche die Hemmschwelle beim Einsatz von Kernwaffen deutlich senken würde, könnte schon dieses Jahr zur Verfügung stehen. Für den Fall, dass Deutschland einer Stationierung auf seinem Territorium widerspricht, steht Polen bereit. W.K.

## Appell an Pharmafirmen

**Genf** – Gavi, die Impfallianz, eine weltweit tätige öffentlich-private Partnerschaft mit Sitz in Genf, hat an die Hersteller der Corona-Impfstoffe appelliert, bei den weltweit etwa 167 Millionen Migranten und anderen Personen, die faktisch als staatenlos gelten, auf eine Haftungsfreistellung zu verzichten. In den bisher abgeschlossenen Lieferverträgen wurde den Herstellern der Corona-Impfstoffe eine vollkommene Freistellung von jeglichen Produkthaftungsansprüchen garantiert. Damit liegt die Verantwortung für etwaige Impfschäden bei den Staaten, die als Besteller der Vakzine auftreten – ein Vorgang, für den es in der Medizingeschichte keinerlei Parallelen gibt. Zu der von der früheren Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung geforderten Haftungsfreistellung erklärten sich nur die chinesischen Vakzin-Produzenten SinoVac, Sinopharm und Clover sowie das US-Unternehmen Johnson & Johnson bereit. W.K.

## Steigende Sterberate

**Wiesbaden** – Wie die Zahlen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) zeigen, nimmt die Übersterblichkeit in Deutschland aktuell deutlich zu. Betrug die Übersterblichkeit im August noch knapp fünf Prozent, stieg sie bis Oktober auf zehn Prozent und erreichte im November 20 Prozent. Noch höher lag der Wert Anfang Dezember. Da starben bereits 28 Prozent mehr Menschen als im Mittel der Jahre von 2017 bis 2020. Laut Destatis lässt sich nur die Hälfte des Überhangs bei der Sterbezahlen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres mit den vom Robert-Koch-Institut gemeldeten Covid-19-Todesfällen erklären. Die Unfallhäufigkeit ist in Deutschland vergangenes Jahr wahrscheinlich kaum signifikant gestiegen, und eine Grippewelle gab es nicht. Inwieweit es sich bei den übrigen zusätzlich Verstorbenen um Opfer von Impfnebenwirkungen oder der Corona-Maßnahmen handelt, ist unbekannt. W.K.



Ist für ein härteres Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten, jedoch nur dann, wenn es um Demonstrationen geht, an denen sie nicht selbst teilnimmt: Grünen-Politikerin Katharina Schulze (M.) bei einer Kundgebung gegen Rechts in München

## DEMONSTRATIONSRECHT

## Grüne fordern Ungleichbehandlung

Bei Protest aus dem eigenen Lager fordern sie Nachsicht der Staatsorgane, bei solchem des Gegners unnachgiebige Härte

VON NORMAN HANERT

**G**eht es um den Hambacher Forst oder die Abschiebung von ausreisepflichtigen Ausländern, dann sind gerade Politiker der Grünen mit Kritik an Polizeieinsätzen schnell zur Stelle. Nun überschlagen sich einige Akteure der Grünen bei ihren Forderungen nach drastischen Maßnahmen gegen Kritiker der Corona-Maßnahmen.

Mit dem Schlagwort „#Schlagstocksaskia“ machten Twitternutzer beispielsweise auf Aussagen der Bundestagsabgeordneten Saskia Weishaupt auf-

merksam. Anlass war die inzwischen gelöschte Aufforderung der Grünen-Politikerin, bei Querdenker-Demonstrationen „im Zweifelsfall Pfefferspray und Schlagstöcke“ einzusetzen. Als Sprecherin der Grünen Jugend Bayern war Weishaupt Erwartungshaltung an die Polizei im Jahr 2018 noch deutlich gemäßigter. Damals hatte sie einen Bedarf an einer „bürger-nahen Polizei“ gesehen, „die unsere Rechte achtet, anstatt Präventivhaft und undeutliche Begriffe wie ‚drohende Gefahr‘“.

Mit dieser Bandbreite vom Scharfmacher bis zum Polizeikritiker ist die Nachwuchspolitikerin bei den Grünen

kein Einzelfall. Auch Katharina Schulze, Fraktionschefin der Grünen im bayerischen Landtag, verlangte unlängst nach einer Demonstration gegen die Corona-Politik in der Münchner Innenstadt, dass das „behäbige Innenministerium“ die Polizei befähige, mit der „radikalisierten Szene“ der Querdenker „konsequent umzugehen“. „Es darf nicht sein, dass die Querdenker dem Rechtsstaat weiter auf der Nase rumtanzen“, so die Grüne auf Twitter. Eine Neigung zu markigen Sprüchen hatte Schulze schon als Spitzenkandidatin der bayerischen Grünen im Landtagswahlkampf 2018 gezeigt. In Richtung CSU polterte sie damals: „Wenn ich In-

nenministerin wäre, dann würde ich hier mal für Recht und Ordnung sorgen.“

Pikanterweise sah sich die Grüne schon selbst Vorwürfen ausgesetzt, sie finde „bei Demonstrationen Spaß an der Eskalation und an der Provokation“. Dieser Vorwurf kam 2017 vom Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Thomas Kreuzer. Dieser stellte in einem offenen Brief an die Grünen-Politikerin damals die Frage, ob sie „auf der Seite der besonnenen Demokraten“ stehe, oder aber „auf der Seite der Verfassungsfeinde und der Gewaltaufrufe“. Kreuzer wies dabei auf die Teilnahme Schulzes an einer Demonstration am Münchner Flughafen hin: „Dort wurde dagegen protestiert, dass nach dem Abschluss eines rechtsstaatlichen Verfahrens ausreisepflichtige Personen in ihr Heimatland abgeschoben wurden. Das ist soweit Ihr gutes, grundgesetzlich verbrieftes Recht, selbst wenn Sie damit zeigen, dass Ihnen rechtsstaatliche Verfahren in bestimmten Fragen egal sind.“

Laut dem CSU-Politiker war die Grünen-Politikerin bei der Demonstration aber auch „offen gemeinsam mit der ‚Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands‘ (MLPD) aufgetreten“, „einer Partei, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird“. Kreuzer weiter an die Adresse der Grünen: „Während Ihrer Anwesenheit wurden die Schlachtrufe ‚Feuer und Flamme den Abschiebebehörden‘ und ‚Mord, Folter, Deportation – das ist deutsche Tradition‘ skandiert.“

Auch Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer hat kürzlich abermals mit drastischen Äußerungen für Aufmerksamkeit gesorgt. Zur Durchsetzung einer Impfpflicht empfahl der Grünen-Politiker auf Facebook: „Man könnte Pensionszahlungen, die Rentenzahlungen oder eben den Zutritt zum Arbeitsplatz abhängig machen von der Vorlage eines Impfnachweises.“ Einer Kritikerin beschied er zudem, sie sei „schlicht komplett ignorant“. „Für Leute wie Sie muss die Impfpflicht her. Gerne bis zu Beugehaft.“

Winfried Kretschmann, Deutschlands erster grüner Ministerpräsident, hatte bereits im Sommer 2021 ein Interview gegeben, das parteiübergreifend für Empörung gesorgt hatte. Um Pandemien schneller in den Griff zu bekommen, hatte Kretschmann Eingriffe vorgeschlagen, „die sehr hart und womöglich zu diesem Zeitpunkt nicht verhältnismäßig gegenüber den Bürgern sind“. Als Reaktion hatte der Sprecher des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg, Matthias Hettich, den Grünen-Ministerpräsidenten daran erinnert, dass „das Verhältnismäßigkeitsprinzip als ein wesentliches Element unseres Rechtsstaatsverständnis im Grundgesetz verankert ist“.

## BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

## Ist Steinmeier eine zweite Amtszeit vergönnt?

Der Sozialdemokrat agiert zwar politisch korrekt, aber andererseits ist er alt, weiß und männlich

Am 13. Februar tritt in Berlin die Bundesversammlung zusammen, um das Staatsoberhaupt zu wählen. Erstmals seit Horst Köhler im Jahr 2009 kandidiert der Amtsinhaber wieder für eine zweite Amtszeit.

SPD-Mann Frank-Walter Steinmeier ist ein Politprofi, das Amt im Schloss Bellevue hat er souverän und vor allem politisch korrekt gemanagt. Man darf konstatieren, dass der 65-Jährige nicht viel falsch gemacht hat.

Von den Zahlen her scheint eine Wiederwahl Steinmeiers sicher. Die Bundesversammlung wird 1472 Mitglieder zählen, die 736 Abgeordneten des Bundestags und eine gleich große Zahl von Menschen, welche die 16 Landtage entsenden. Die drei Ampelparteien haben exakt 39 Stimmen mehr, als zur Wiederwahl erforderlich. Das ist nicht besonders viel, angesichts der Tat-

sache, dass im dritten Wahlgang eine einfache Mehrheit reicht, aber doch recht komfortabel.

Allerdings gibt es ein Problem. 234 Stimmen haben die Grünen in der Bundesversammlung, und diese fremdeln mit der Vorstellung, den früheren Außenminister erneut auf den Schild zu heben. Angesichts des „alten weißen“ Olaf Scholz im Kanzleramt ist es ihres Erachtens an der Zeit, eine Frau – am besten mit Immigrationshintergrund – an die Spitze des Staates zu stellen. Zwar sei Steinmeier „ein guter Bundespräsident, der häufig die richtigen Worte gefunden hat“, erklärte die Vizepräsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages Aminata Touré gegenüber der „Welt“. Die jüngste sowie erste Vizepräsidentin eines deutschen Landtags mit afrikanischem Immigrationshinter-

grund wünscht sich allerdings erklärtermaßen eher eine Frau wie Tupoka Ogette, eine 1980 in Leipzig geborene afrodeutsche Antirassismus-Trainerin und Autorin mit tansanischem Immigrationshintergrund. Kaum, dass die Ampelregierung im Amt ist, könnte die Bundespräsidentenwahl zur ersten Belastungsprobe für die rot-grün-gelbe Koalition werden.

Währenddessen reibt sich die oppositionelle CDU, die 2017 aus koalitionstechnischen Gründen der damals schwachen SPD den Vortritt ließ, die Hände. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Serap Güler hat sich dafür ausgesprochen, dass die Union eine Kandidatin ins Rennen schickt. „Ich finde die Idee sehr charmant“, sagte die 41-jährige Bundestagsabgeordnete mit türkischem Immigrationshintergrund dem „Spiegel“. „Wir haben jetzt einen Bundes-

kanzler, einen Vizekanzler – da würde eine Bundespräsidentin sehr gut passen“, meinte das Mitglied des CDU-Bundesvorstands. „Allerdings: Es müsste eine Frau sein, die parteiübergreifend akzeptiert wird, und keine Alibikandidatin, nur um eine Frau ins Rennen zu schicken“, so die Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen von 2017 bis 2021.

Die SPD zeigt dafür nur wenig Verständnis. „Wenn die CDU über Frauen nachdenkt, sollte sie in der eigenen Partei anfangen“, sagte deren Parteichef Lars Klingbeil mit Blick auf den neuen CDU-Bundesvorsitzenden Friedrich Merz. Der 43-Jährige gibt sich optimistisch: „Der nächste Bundespräsident wird Frank-Walter Steinmeier heißen.“ Peter Entinger

## GEWALT IN BERLIN

## Es geschieht am helllichten Tag

Prügelattacken und Messerstiche – Neue Innensenatorin Iris Spranger sieht Handlungsbedarf

VON NORMAN HANERT

Als Berlins Regierender Bürgermeister stand Michael Müller von 2014 bis zum Herbst 2021 unter dem Personenschutz durch Beamte des Landeskriminalamtes. Nach seinem Abschied aus der Berliner Landespolitik lieferte der SPD-Politiker nun eine Einschätzung zur Sicherheitslage in der Hauptstadt, die möglicherweise viele Berliner nicht unbedingt teilen. In einem Interview räumte Müller zwar ein, dass „wie in allen Metropolen der Welt, täglich eine Vielzahl an Straftaten“ stattfinden, dennoch zog er für sich den Schluss: „Ja, ich fühle mich sicher in Berlin.“

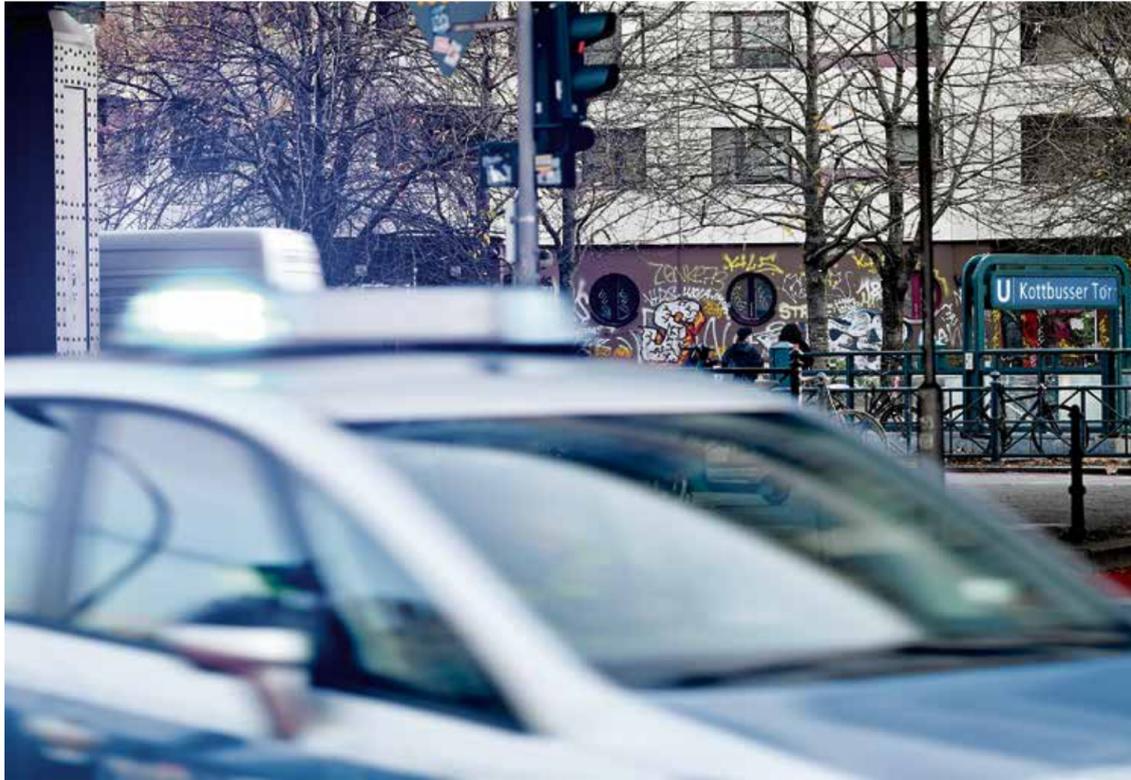
## Anderer Blick auf die Situation

Weniger unterkühlt wirkten die Einschätzungen, die von Berlins neuer Innensenatorin Iris Spranger (SPD) nach ihrer Amtsübernahme kamen. Sie sagte im Interview mit der „Berliner Morgenpost“: „Als erste weibliche Innensenatorin habe ich natürlich einen anderen Blick auf die Sicherheitsbedürfnisse von Frauen und Mädchen. Wenn ich nachts von den Koalitionsverhandlungen zu meinem Auto gegangen bin, habe ich mir schon das ein ums andere Mal die Frage gestellt, ob sich Frauen mit etwas mehr Licht nicht sicherer fühlen würden.“

Dabei dürfte bessere Beleuchtung kaum ausreichen, um vielen Berlinern das Gefühl von Angst und Bedrohung zu nehmen. Gerade in den letzten Wochen berichteten lokale Medien über rohe Gewalt auf den Straßen, die selbst für die Berliner Verhältnisse ungewöhnlich war.

Sofern er nicht wie die Spitzenpolitiker von Personenschützern begleitet wird, muss inzwischen jeder damit rechnen, auf den Straßen Berlins Opfer einer Gewalttat zu werden. Dies gilt längst nicht mehr nur für die Nachtzeit. Enthemmte Täter attackieren mittlerweile selbst am helllichten Tag zufällig vorbeikommende Passanten, Berlin-Touristen und machen selbst vor Senioren nicht halt.

Die Gemüter besonders erregt hat insbesondere ein Angriff auf einen Fußgänger, dem am 16. Dezember gegen 13 Uhr nach einem Streit auf dem Gehweg des Tempelhofer Damms mit einer Axt die linke Hand nahezu abgetrennt wurde.



Nicht nur in der Nacht ein gefährlicher Ort: Polizei zeigt Präsenz am Kottbusser Tor

Foto: pa

Mehrere Polizisten, die zufällig am Tatort vorbeikamen, konnten dem Opfer zum Glück Erste Hilfe leisten, indem sie die Blutungen stoppten.

Per Hubschrauber wurde der schwerverletzte Mann ins Unfallkrankenhaus Marzahn geflogen, in dem er sofort operiert werden musste. Spezialisten für Handchirurgie gelang es, den Arm des Mannes zu retten.

Eine Woche später ging in Spandau am Nachmittag des 23. Dezember ein 27-jähriger Angreifer unvermittelt auf drei ältere Menschen los. Der Mann trat im Ortsteil Wilhelmstadt zunächst einer 85-jährigen Seniorin von hinten in den Rücken. Als die Frau am Boden lag, trat der Angreifer noch mehrmals in Richtung ihres Bauchs. Nur zehn Minuten später ging derselbe Täter auf einen 64-Jährigen und eine 66-jährige Rentnerin los, auf die er ebenfalls eintrat, nachdem er sie zu Boden gerissen hatte.

Am späten Nachmittag des ersten Weihnachtsfeiertags zog eine Gruppe von

sechs Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 15 Jahren durch Berlin-Mitte und attackierte zufällig vorbeikommende Personen. An der Jannowitzbrücke schlug zunächst ein 14-Jähriger aus der Gruppe einem Passanten unvermittelt ins Gesicht. Als sich das Opfer wehren wollte, schlugen noch mehrere andere Jugendliche zu. Die Schläger zogen weiter und schlugen am Rolandsufer auch noch auf ein 26-jähriges Paar aus den Niederlanden ein. Polizisten konnten die Gruppe wenig später in Tatortnähe festnehmen.

## Angriffe auf Passanten häufen sich

Kaum noch für Aufsehen sorgt die Gewalt, die sich nachts auf Berlins Straßen abspielt. Noch kurz vor Weihnachten, in der Nacht zum 23. Dezember, wurde etwa ein Mann an einer Bushaltestelle in Berlin-Kreuzberg nach einem Streit krankenhaushausreif geprügelt. Fast schon Berliner Normalität sind mittlerweile auch Messerangriffe. Am zweiten Weihnachtsfeiertag umringte in der Reinickendorfer Stra-

ße in Berlin-Mitte eine Gruppe aus 15 Personen drei Männer. Ein Mann des Trios wurde aus der Gruppe durch einen Messerstich in den Unterbauch so schwer verletzt, dass er sofort notoperiert werden musste.

Berlins neue Innensenatorin, die sich bislang vor allem in der Finanz- und Baupolitik engagiert hat, kündigte zum Beginn ihrer Amtszeit ein ehrgeiziges Programm an. Neben einer Einstellungs offensive bei Polizei und Feuerwehr will Spranger eine Polizeiwache am Kottbusser Tor einrichten und zudem auch mobile Wachen an kritischen Standorten einsetzen. Die Erfahrungen mit der Polizeiwache am Berliner Alexanderplatz lassen befürchten, dass die angekündigten Maßnahmen ohne begleitende Änderungen im Strafrecht und in der Justiz nicht ausreichen werden. Mitten auf dem „Alex“ ist seit Dezember 2017 eine Polizeiwache Tag und Nacht mit Beamten besetzt. Trotz der Polizeiwache ist der Platz ein Kriminalitäts-Brennpunkt in Berlin geblieben.

## WOHNUNGSNOT

## Familienministerin Anne Spiegel findet keine Bleibe

Berliner Angebot für Familien mit Kindern schrumpft – Wohnungsmarkt setzt auf Einpersonenhaushalte

Wenn in Berlin Aktivisten unter dem Motto „Wir haben Platz“ für die Aufnahme sogenannter Geflüchteter demonstrieren, gehört die Formulierung „Refugees welcome – bring your families“ (auf Deutsch: Flüchtlinge willkommen – bringt eure Familien mit) zu den Standardparolen.

Wie wenig Platz in der Stadt Berlin insbesondere für kinderreiche Familien vorhanden ist, musste nun offenbar die neue Bundesfamilienministerin Anne Spiegel erfahren. Die Grüne war bis Mai 2021 bereits in Rheinland-Pfalz Familienministerin. Wohnort der 41-Jährigen war einige Jahre die Stadt Speyer. Als nun der Ruf kam, Bundesfamilienministerin zu werden, fasste Spiegel nach eigener Aussage den Entschluss, zusammen mit ihrer Familie nach Berlin zu gehen. „Nachdem klar war, wohin die Reise geht, habe ich erst mit meinem Mann und dann mit den

Kindern gesprochen. Der Familienrat hat sich eindeutig dafür ausgesprochen, dass wir alle zusammen nach Berlin ziehen.“

In einem Interview mit der Illustrierten „Bunte“ erzählt die Grünen-Politikerin inzwischen von ihren Erfahrungen, in Berlin eine Wohnung für ihre Familie zu finden. „Nicht ganz einfach, dort eine Sechszimmer-Wohnung zu finden, jedem Kind habe ich ein eigenes Zimmer versprochen“, verrät die Grünen-Politikerin.

Tatsächlich ist der Berliner Wohnungsmarkt für kinderreiche Familien ein besonders hartes Pflaster. Laut dem Geschäftsführer des Berliner Mietervereins, Reiner Wild, möchten viele Vermieter keine kinderreichen Familien: „Ob Flüchtlinge oder Einheimische – für Familien mit vier oder mehr Kindern wird es in Berlin immer schwieriger, eine Wohnung zu fin-

den.“ Anteil an der Entwicklung hat nicht nur der Zuzug kinderreicher Familien „Geflüchteter“ und aus südosteuropäischen EU-Ländern. Die Berliner Bezirke haben seit Mitte der 90er Jahre immer mehr Wohnvierteln den Status von „Milieuschutzgebieten“, im Amtsdeutsch „soziale Erhaltungsgebiete“, verliehen.

## Chancen nur im Berliner Umland

Erklärtes Ziel der Politik ist es dabei, die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den betreffenden Vierteln zu schützen. Eigentümer bekommen in den Milieuschutzgebieten regelmäßig weder eine Zusammenlegung von Wohnungen genehmigt, noch Grundrissänderungen, mit denen großzügigere Wohnverhältnisse geschaffen werden könnten. Laut der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sollen solche Beschrän-

kungen „den Verlust von günstigem Wohnraum und damit verbundene Verdrängungseffekte für Teile der Gebietsbevölkerung“ verhindern.

Nebeneffekt ist dabei allerdings, dass keine zusätzlichen Wohnungen für kinderreiche Familien auf den Markt kommen. Auch im Neubausegment sind solche Wohnungen eher eine Seltenheit. Gestützt auf die Voraussagen von Sozialwissenschaftlern, die seit Jahren einen breiten Trend zu immer mehr Einpersonenhaushalten sehen, verzichten viele Bauherren bei ihren Projekten inzwischen gleich darauf, Wohnungen für Kinderreiche mit einzuplanen.

Viele Berliner mit Kindern haben in den letzten Jahren aus dieser Entwicklung auf dem Berliner Wohnungsmarkt die Konsequenz gezogen, indem sie in Einfamilienhäuser im brandenburgischen Umland Berlins gezogen sind. H. Müller

## KOLUMNE

## Berlin, montags

VON VERA LENGSELD

Wochenlang agierten die Medien nach dem Motto: Was wir nicht berichten, hat nicht stattgefunden. Mittlerweile kann es nicht mehr verschwiegen werden: Zehntausende Menschen sind am Montagabend auf den Straßen, überall im Land.

Und Berlin? Das fragte mich neulich ein Freund. Sollte sich wiederholen, was 1989 der Fall war, dass Berlin die letzte Stadt war, in der eine Kundgebung gegen das SED-Regime stattfand? Wieder sind Leipzig und Dresden führend, während es in der Hauptstadt still bleibt. In unserer kurzlebigen Zeit, in der wir mit Nachrichten so übersättigt werden, dass unser Gedächtnis für Ereignisse immer kürzer wird, musste ich ihn daran erinnern, dass Berlin 2020 der Ort zweier mächtiger Demos mit geschätzten bis zu einer Million Teilnehmern war. Die aus allen Landesteilen herbeigerufenen Polizeikräfte reagierten hart – mit Straßensperren, Prügeleien, Pfefferspray und Wasserwerfern. Im kalten November wurden Alte und Junge, darunter viele Kinder, „beregnet“, wie es verniedlichend in den öffentlichen Verlautbarungen hieß. Zuvor waren wie einst zu DDR-Zeiten viele Bahn- und Autofahrer daran gehindert worden, die Stadt zu erreichen.

Seitdem hat es einen Strategiewechsel gegeben. Statt Großdemos in einzelnen Städten zu organisieren, geht man zur selben Zeit in verschiedenen Städten los. Da Genehmigungen für Demonstrationen immer häufiger verweigert werden, weicht man auf unangemeldete Spaziergänge aus. Schließlich haben alle Deutschen nach wie vor das grundgesetzlich garantierte Recht, sich friedlich zu versammeln. Von einer Genehmigungspflicht steht übrigens in der Verfassung nichts. Auch in Berlin gingen am vergangenen Montag Hunderte Menschen auf die Straße – in allen zwölf Bezirken. Die größten Demonstrationen fanden laut Meldungen in Tegel und Pankow statt, wo jeweils etwa 600 bis 400 Menschen spazieren gingen. In Mitte formte sich ein Demonstrationszug zum ZDF-Hauptstadtstudio Unter den Linden. Das wurde von einer Polizeikette geschützt. Aber die Rufe der Demonstranten „Lügenpresse“ und „Ihr seid Schuld“ waren auch im angrenzenden Regierungsviertel zu hören.

## MELDUNG

## Neubau statt Sanierung?

Berlin – Nach Angaben von Berlins neuer Innensenatorin Iris Spranger (SPD) ist in der Frage einer Sanierung des Polizeipräsidiums am Platz der Luftbrücke noch keine Entscheidung gefallen. Die Sanierungskosten für das Gebäude am früheren Flughafen Tempelhof werden auf 280 Millionen Euro geschätzt. Ein Neubau eines Gebäudes könnte daher sogar günstiger sein. Gegenüber der „Berliner Morgenpost“ sagte die Innensenatorin: „Ob wir dort investieren oder eher in die Sanierung von anderen Objekten, kann ich jetzt noch nicht seriös beantworten.“ Das Berliner Polizeipräsidium ist seit 1951 im ehemaligen Flughafen Tempelhof untergebracht, der zwischen 1936 und 1941 errichtet wurde. Eine Sprecherin der Tempelhof Projekt GmbH hatte vergangenes Jahr die Sanierungskosten für das gesamte ehemalige Flughafengebäude auf bis zu zwei Milliarden Euro beziffert. Der ehemalige Flughafen Tempelhof ist das größte Baudenkmal Europas. N.H.

## ● MELDUNGEN

## Umfrage zur Einwanderung

**London** – Eine aktuelle Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Yougov unter 12.000 Personen in Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Spanien, Schweden, der Schweiz und Ungarn hat ergeben, dass viele Europäer einen Kurswechsel in der Einwanderungspolitik wollen. 60 Prozent meinen, es gebe zu viel Immigration in ihr Land. 46 Prozent zweifeln an der Integrationsbereitschaft der Neuankömmlinge. Genauso hoch ist der Anteil derer, die für den Bau von Mauern und Zäunen zur Verhinderung der illegalen Einwanderung votieren. Und 48 Prozent der Befragten fühlen sich durch die Immigranten in ihrer nationalen Identität bedroht. Die Hauptsorge gilt allerdings der wachsenden Kriminalität und religiösen Intoleranz im eigenen Land, für welche die Fremden verantwortlich gemacht werden. Dabei fielen die Antworten der deutschen Befragten in fast allen Punkten immigrationskritischer aus als die der Bürger anderer Staaten.

W.K.

## China hortet Lebensmittel

**Peking** – Die Volksrepublik China legt derzeit Lebensmittelvorräte von historisch beispiellosem Umfang an. Wie der Verantwortliche für die Getreidereserven bei der National Food and Strategic Reserves Administration, Qin Yuyun, unlängst erklärte, reichen die Weizenvorräte seines Landes schon jetzt aus, „um die Nachfrage für eineinhalb Jahre zu decken“. Bis Mitte dieses Jahres sollen dennoch noch weitere Importe erfolgen, mit denen das Land schließlich über 51 Prozent der globalen Weizenreserven verfügen würde. Ebenso will sich Peking im Verlauf des Jahres 69 Prozent der weltweiten Reserven an Mais und 60 Prozent der Reisvorräte sichern. Nach Angaben der Allgemeinen Zollverwaltung der Volksrepublik China (GACC) gab das Land bereits vergangenes Jahr an die 100 Milliarden US-Dollar für Lebensmittelimporte aus. Angeblich sind die verstärkten Käufe nötig, weil die heimische Produktion nicht mehr mit dem Verbrauch im Lande Schritt halten könne.

W.K.

## Texas baut Grenzmauer

**Rio Grande City** – Texas Gouverneur Greg Abbott von den Republikanern hat auf einer Pressekonferenz angekündigt, dass sein Staat eine Mauer an der Grenze zu Mexiko bauen werde. Dies sei notwendig, weil die Regierung von US-Präsident Joe Biden „ihre Aufgabe nicht erfüllt hat“, sagte Abbott in Rio Grande City vor bereitgestellten Bauutensilien: „Diese Grenzmauer, die Sie hinter uns sehen, ist eine Nachbildung der Grenzmauer, die Präsident Trump errichtet hat – gleiches Material, gleiches Konzept.“ Trumps Nachfolger Biden hatte das Unternehmen gestoppt und die bereits bewilligten Gelder für andere Unternehmungen wie beispielsweise eine Energiewende verplant. Texas baut die Mauer mit Finanzmitteln aus seinem eigenen Staatshaushalt. F.B.

## RAKETENPROGRAMM

# Saudis bauen mit Chinas Hilfe Raketen

US-Führung wusste Bescheid – Aktuelle Satellitenaufnahmen zeugen von dem Bau einer Fabrik

VON WOLFGANG KAUFMANN

**A**nfang Juni 2019 berichtete der US-amerikanische Fernsehsender CNN unter Berufung auf Geheimdienste der Vereinigten Staaten, dass Saudi-Arabien ballistische Raketen mit einer Reichweite von mehreren tausend Kilometern entwickle und dabei mit der Volksrepublik China zusammenarbeite.

Allerdings unternahm die Regierung in Washington daraufhin keinerlei diplomatische Schritte gegenüber der Führung in Riad, um diese von ihrem Vorhaben abzubringen. Deshalb wurde das Raketenprogramm ganz offensichtlich fortgesetzt. Das belegen aktuelle Satellitenfotos aus der Zeit vom 26. Oktober bis zum 9. November 2021, die CNN am 23. Dezember

veröffentlichte. Die Aufnahmen zeigen eine Fabrikanlage unweit der zentralsaudischen Stadt Ad-Dawadimi 300 Kilometer westlich von Riad.

Dass dort jetzt tatsächlich Raketen montiert werden, belegen die gut sichtbaren Brandgruben vor Ort. Darauf verwies der Waffenexperte Jeffrey Lewis vom James Martin Center for Nonproliferation Studies am Middlebury Institute of International Studies at Monterey im Interview mit dem Sender. Denn die charakteristischen Vertiefungen dienen dem Zweck, die hochgefährlichen Treibstoffüberreste, welche bei der Produktion von Feststoffraketen anfallen, durch kontrolliertes Abbrennen zu „entsorgen“.

Ebenso unzweifelhaft ist die chinesische Unterstützung für die Saudis. Auf die Frage, ob es einen Technologietransfer

zwecks Erleichterung des Baus von Langstreckenraketen für die Royal Saudi Strategic Missile Force (RSSMF) gegeben habe, sagte ein Sprecher des Pekinger Außenministeriums, beide Länder seien „umfassende strategische Partner“ und kooperierten in vielen Bereichen. Darunter falle auch der Austausch militärischer Güter. „Eine solche Zusammenarbeit verstößt nicht gegen internationales Recht und beinhaltet nicht die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.“

Das trifft insofern zu, als das im April 1987 von den G-7-Staaten, zu denen weder China noch Saudi-Arabien gehört, etablierte Raketentechnologie-Kontrollregime (MTCR) komplett auf Freiwilligkeit anstatt auf verbindlichen Staatsverträgen basiert und die Raketen im Prinzip auch konventionelle Sprengköpfe tragen kön-

nen. Allerdings erhielt Saudi-Arabien von China bereits 60 CSS-2A-Mittelstreckenraketen mit 2800 Kilometern Reichweite, die sich mit nuklearen Gefechtsköpfen bestücken lassen. Daher steht der Verdacht im Raum, dass das Königreich Letztere jetzt ebenfalls besitzen will, um sowohl seine alten CSS-2A als auch die in Ad-Dawadimi gefertigten neuen Raketen zu Kernwaffenträgern umzuwandeln, wobei die Atommacht China heimlich Hilfestellung leistet.

Auf jeden Fall setzt die Enthüllung von CNN nun den Westen sowie Israel unter Druck, weil die saudischen Langstreckenraketen – egal ob mit oder ohne Nuklearsprengkopf – die Sicherheitslage im Nahen Osten deutlich zu destabilisieren drohen. Immerhin gehört die wahhabitische Monarchie zu den Todfeinden der schiitischen Republik Iran. Deshalb er-



Schon längst von US-Geheimdiensten aufgespürt: Satellitenaufnahme von CNN der Fabrikanlage bei Al-Dawadimi

Foto: pa

„Eine solche Zusammenarbeit verstößt nicht gegen internationales Recht ...“

**Sprecher des Pekinger Außenministeriums**

schwert es die angestregten Bemühungen der USA und deren Verbündeten, Teheran zu einer Beschränkung seines Atom- beziehungsweise Raketenprogramms zu bewegen, wenn Riad nach genau den Technologien zu greifen scheint, die der Iran nach Ansicht seiner Verhandlungspartner nicht besitzen darf.

Bislang bestand die Reaktion der Biden-Administration nur darin, Sanktionen gegen all jene anzukündigen, welche in den Technologietransfer zwischen China und Saudi-Arabien verwickelt sein sollen. Das wird jedoch kaum ausreichen, um die Wogen wieder zu glätten und den Mullah-Staat zu besänftigen.

## ENERGIEMARKT

## Warum Gas per Jamal-Leitung nach Osten strömte

Gazprom hat langfristige Lieferverträge erfüllt – Westen macht gute Geschäfte in Polen

Die angespannte Lage auf dem Energiemarkt Europas hat dazu geführt, dass der kleine märkische Ort Mallnow inzwischen sogar dem ein oder anderen Zeitungsleser in der englischsprachigen Welt ein Begriff ist. Von der Nachrichtenagentur Reuters, über den Wirtschaftsblog „ZeroHedge“ bis hin zur Finanznachrichtenagentur Bloomberg berichteten weltweit Medien über „Germany’s Mallnow“. Im Zentrum des Interesses stehen dabei nicht das bemerkenswerte Landschaftspanorama des Oderbruchdorfes, sondern die aktuellen Vorgänge in der örtlichen Gasverdichterstation. Als Glied einer Kette hilft diese Station üblicherweise, Erdgas von der Jamal-Halbinsel im Nordwesten Sibiriens durch Russland und Weißrussland über Polen bis in die Bundesrepublik zu pumpen. Als im Dezember der Gasfluss aus dem Osten zeitweilig ausblieb, griffen dies hiesige Medien mit Schlagzeilen wie „Russland stoppt Gaslieferungen“ auf.

Auch die ARD titelte: „Mitten in der kalten Jahreszeit hat Russland jetzt seine

Gaslieferungen nach Deutschland durch die Jamal-Europa-Pipeline gestoppt.“

### Käufer hielten sich zurück

Die Berichte englischsprachiger Medien, aber auch des deutschen „Handelsblatts“ und der „Wirtschaftswoche“ zeichnen ein differenzierteres Bild. Den Berichten zufolge ist sehr wohl Erdgas durch die Jamal-Pipeline geflossen, allerdings in östliche Richtung. Zum Hintergrund berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg unter Berufung auf sachkundige Marktbeobachter, dass sich Käufer in Europa im Dezember mit Bestellungen für russisches Erdgas zurückgehalten haben, weil sie ihre vertraglich vereinbarten Jahreskontingente bereits erhalten haben und Bestellungen, die über diese langfristigen Kontingente hinausgehen, angesichts der aktuellen Rekordpreise wiederum nicht attraktiv sind.

Derzeit gute Geschäfte machen können Marktteilnehmer, die sich Gas noch zu günstigen Preisen gesichert haben und dieses nun zu hohen Preisen auf den

Markt werfen, wie Russlands Präsident Wladimir Putin auf seiner Jahrespressekonferenz vorrechnete. Laut Putin ist das Gas, das im Rahmen langfristiger Verträge an Deutschland geliefert wird, „drei-, vier-, sechs-, siebenmal billiger“ als die aktuellen Preise auf dem Spotmarkt.

Diese enormen Preisdifferenzen sind laut Putin der Hintergrund, warum Rohstoffhändler Gas aus deutschen Speichern wieder abpumpen lassen und beispielsweise via Jamal-Leitung in Richtung Polen leiten: „Wenn die eine Milliarde Kubikmeter Gas weiterverkaufen, machen sie fast eine Milliarde Dollar, 900-irgendwas, Profit“ so Putin.

Angesprochen auf den angeblichen Lieferstopp bei der Jamal-Leitung sagte Putin, Gazprom habe im Dezember auf die Buchung von Kapazitäten bei der Pipeline verzichtet, „weil seine Vertragspartner und Unternehmen, vor allem die deutschen und französischen, die über diese Route Gas kaufen, keine Bestellungen abgegeben haben. Was soll Gazprom transportieren, wenn keine Bestellungen

vorliegen?“ Mit Blick auf die EU-Kommission sprach sich Russlands Präsident zudem auch für die Beibehaltung langfristiger Lieferverträge aus: „Nein, die Europäische Kommission hat uns immer wieder gesagt, wir sollten zu Marktbeziehungen übergehen, der Markt wird es regeln. Und jetzt hat der Markt es geregelt und Gas kostet mehr als zweitausend Dollar pro tausend Kubikmeter.“

### Der Markt hat es geregelt

Die früheren Bemühungen der EU-Kommission, den Anteil langfristiger Lieferverträge zurückzudrängen, hat für Industrie und Privathaushalte in diesem Winter möglicherweise nicht nur höhere Kosten zur Folge. Wie die „Welt am Sonntag“ berichtete, hat der Energieversorger RWE seine Handelspartner an der Strombörse EEX inzwischen vor Kraftwerksausfällen durch Mangel an Gas gewarnt.

Demzufolge befürchtet RWE, in der Zeit bis Anfang April Betriebsunterbrechungen bei mehreren Kraftwerken in Nordrhein-Westfalen. Norman Hanert

VON PETER ENTINGER

Die Abspaltung des Lkw-Geschäfts der Daimler AG war lange geplant. Kurz vor dem Jahresende wurde der Schritt vollzogen. Daimler Truck wurde eine eigenständige an der Frankfurter Wertpapierbörse notierte Aktiengesellschaft. 35 Prozent der Daimler Truck Holding blieben bei Daimler. Die übrigen 65 Prozent gingen an die Daimler-Aktionäre. Für zwei Aktien von Daimler gab es eine zusätzliche Aktie der Daimler Truck Holding. Zur Begründung der Abspaltung hieß es, wenn beide Bereiche unabhängig voneinander arbeiteten, könne jeder für sich schneller und damit auch besser werden.

Aus dem verbleibenden Rest der Daimler AG soll kommenden Monat die Mercedes-Benz Group AG werden. Dahinter steckt wohl der Gedanke, dass die Marke Mercedes in vielen Teilen der Welt bekannter ist als Daimler.

Beide Unternehmen werden ihren Sitz im Autoland Baden-Württemberg haben. Die Zentrale der Daimler Truck Holding ist in Leinfelden-Echterdingen im Stuttgarter Umland, die Zentrale von Daimler bleibt weiterhin in Stuttgart-Untertürkheim. Vorstandsvorsitzender von Daimler bleibt Ola Källenius. Martin Daum, der schon vorher das Lkw-Geschäft verantwortete, steht an der Spitze der Daimler Truck Holding AG. Die fast 300.000 Beschäftigten wurden einem der beiden Unternehmen zugeteilt. Etwa 100.000 gehören der Daimler Truck Holding an, 170.000 Daimler.

#### Übernahmekandidat Daimler

„Die Trennung ist aber alles andere als eine nüchterne Sache. Der Konzern steht für die Erfindung des Automobils. Der Mercedes-Stern als Symbol für deutsche Ingenieurkunst ist eines der wertvollsten Markenzeichen der Welt – und es bleibt übrigens beiden Unternehmen zur Nutzung erhalten. Allein diese emotionsgeladene Thematik war ein Grund, warum man in Stuttgart dem Drängen von Analysten und Investoren jahrelang widerstanden hat“, kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („FAZ“) den Schritt.

Es war in der Tat kein leichter Schritt, und unumstritten ist er keinesfalls. Autoexperte Helmut Becker hält ihn sogar für katastrophal. „Das Schlimme dabei ist: Niemand hat sich darüber aufgeregt – auch im Ländle nicht. Die Machtposition des alten Konzerns ist damit dahin, die Einzelteile des Konzerns sind für Investoren verdaulicher geworden. Daimler wird zum Übernahmekandidaten“, sagte der einstige Chefökonom von BMW.

Besonders der Blick nach China bereitet dem Autoexperten Sorgen. Unlängst



Stehen symbolisch für die beiden Bereiche: Ein Mercedes-Lkw und ein Pkw

Foto: Daimler AG

#### DAIMLER-KONZERN

## Aufteilung mit Chancen und Risiken

Einzelteile des Konzerns dürften für Investoren interessanter werden – Seit zwei Jahren halten chinesische Investoren Geely und BAIC bedeutendes Aktienpaket

wurde bekannt, wie groß die Macht chinesischer Aktionäre über Daimler ist. Die Aufspaltung macht dies aus seiner Sicht noch schlimmer. Die beiden chinesischen Großinvestoren Geely und BAIC halten bereits seit zwei Jahren knapp 20 Prozent an der Daimler AG.

„Zu einem Fünftel ist Daimler damit in chinesischer Hand“, erklärte Marc Tüngler, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) dem „Handelsblatt“. Durch die Verteilung der Aktien lässt sich dieser Einfluss auf die zukünftige Mercedes-Benz Group und die Daimler Truck Holding übertragen.

Eine chinesische Übernahme verwies der Konzern umgehend ins Reich der Fabel: „Das ist einfach Quatsch“, teilte das Unternehmen mit. Die Zusammenarbeit

mit den Chinesen sei vielmehr Chance als Risiko. „Wir freuen uns über das Engagement aller langfristig orientierten Aktionäre, die unsere Strategie unterstützen“, sagte Källenius. „Im Verlauf unserer Partnerschaft mit BAIC hat sich China zum größten globalen Markt für Mercedes-Benz und zu einem entscheidenden Treiber des Wandels zur Elektro-Mobilität und Digitalisierung entwickelt.“

#### Holpriger Start in China

Bei der E-Auto-Strategie des Unternehmens spielt China als Absatzmarkt eine große Rolle. Doch der Start dort verlief holprig. Vor mehr als einem Jahrzehnt starteten Daimler und der chinesische Konzern BYD unter der Marke Denza ein Projekt, welches das Ziel hatte, „der erfolgreichste Hersteller von Fahrzeugen

mit alternativen Antrieben in China zu werden“. Doch das Ganze wurde ein Flop. Die Elektrokarossen, die von BYD entwickelt und von Daimler designt werden, gelten als echte Ladenhüter.

Daimler zog noch vor Jahresende die Reißleine. Der Kooperationspartner BYD wird künftig 90 Prozent an der Firma halten. Die Stuttgarter begnügen sich mit den restlichen zehn Prozent. Gegründet worden war Denza als 50-50-Joint-Venture im März 2012. Kein Wunder, dass die Daimler-Aktie in den vergangenen Wochen eine regelrechte Berg- und Talfahrt hinlegte. China bleibe ein wichtiger Absatzmarkt für alle deutschen Autobauer, betont Ex-BMW-Ökonom Becker: „Aber man muss aufpassen, fast jede chinesische Familie hat mittlerweile ein Auto. Der Absatzmarkt ist überschaubar geworden.“

#### SICHERHEIT

## Überwachungsfirmen setzen auf Technikeinsatz

Volle Auftragsbücher trotz Pandemie – Gravierender Mitarbeitermangel bereitet der Branche Sorgen

Infolge der Corona-Pandemie verloren die bundesdeutschen Sicherheitsfirmen viele Aufträge, etwa durch den Wegfall von großen Sportveranstaltungen und Messen. Andererseits sind neue Aufgaben hinzugekommen, wie die Kontrolle des Zugangs zu Einkaufspassagen oder die Bewachung von Impfzentren. In der Summe ist der Bedarf an Sicherheitsdienstleistungen seit dem Frühjahr 2020 sogar gestiegen. Deshalb konnten die 25 wichtigsten Anbieter um durchschnittlich sieben Prozent expandieren. Das ist das Ergebnis einer Studie des Mindelheimer Marktbeobachtungsunternehmens Lünendonk & Hossenfelder. Dabei hätte der Zuwachs sogar noch deutlicher ausfallen können, wenn die Branche nicht unter gravierendem Mitarbeitermangel leiden würde.

Der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) geht davon aus, dass in seinen rund 800 Mitgliedsunternehmen derzeit 40.000 Stellen unbesetzt sind. Und daran dürfte sich auch kaum etwas ändern, denn Personalengpässe bei Fachkräften gehören mittlerweile zum Alltag in der gesamten deutschen Wirtschaft.

#### Beobachtung ohne Personalaufwand

In dieser Situation setzen große Sicherheitsfirmen wie der hiesige Marktführer Securitas Deutschland, welcher zum schwedischen Konzern Securitas AB gehört und 2020 fast eine Milliarde Euro Umsatz erwirtschaftete, auf den verstärkten Einsatz von moderner Technik. Künftig soll sehr viel häufiger als bisher mit Infrarotsensoren, Wärmebildkameras, Drohnen und Robotern gearbeitet wer-

den. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, Objekte aus der Ferne und mit minimalem Personalaufwand zu überwachen. Momentan machen die auf solche Weise erzielten Einnahmen rund 30 Prozent des Umsatzes der größeren Sicherheitsfirmen aus – dieser Anteil dürfte nun angesichts des Personalmangels erheblich steigen. Dabei hofft man in der Branche auch auf neue Kunden aus dem Privatbereich. Denn die technischen Lösungen können oft sehr kostengünstig angeboten werden.

Allerdings ist der Mensch in bestimmten Situationen weiterhin durch nichts zu ersetzen. Als Beispiel nennt der Deutschland-Chef von Securitas, Herwarth Brune, die Bewachung von Objekten wie Museen oder Gedenkstätten. Ein angemessenes Verhalten der Besucher solcher Örtlichkeiten kann nur durch entsprechend ge-

schultes Personal gewährleistet werden, das direkte Präsenz zeigt.

Außerdem stehen die Sicherheitsfirmen vor dem Problem, dass sie vielfach maßgeschneiderte technische Lösungen benötigen, um mit wenigen Mitarbeitern auszukommen und preissensible Kunden zufriedenzustellen. Deshalb versuchen Sicherheitsfirmen verstärkt, eigene Forschungs- und Entwicklungszentren aufzubauen. Dabei ist Securitas wiederum führend. Darüber hinaus erwarb der Konzern inzwischen die Sparte Electronic Security von Stanley Black & Decker mit 580 Beschäftigten, die elektronische Sicherheitssysteme konzipieren und installieren. Dazu kam im Sommer noch die Übernahme der Meerbuscher Firma Protection One, welche ebenfalls Fernüberwachungslösungen anbietet. *Wolfgang Kaufmann*

#### MELDUNGEN

## Preisanstieg in Österreich

Wien – Die Energiepreise in Österreich lagen im November um 26,3 Prozent höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Nach Berechnungen der Österreichischen Energieagentur verteuerte sich Heizöl gegenüber dem Vorjahresmonat um 64,5 Prozent, Diesel um 40,7 Prozent, Superbenzin um 35,8 Prozent und Gas um 20,4 Prozent. Vom Vormonat zum November verteuerte sich Letzteres um 4,1 Prozent. Der wissenschaftliche Leiter der Energieagentur, Herbert Lechner, bezeichnete angesichts der Rekordpreise für Strom und Erdgas auf den Großhandelsmärkten die Veränderungen der Haushaltspreise im November noch als „sehr moderat“. Viele Energieversorger haben allerdings inzwischen für die nächsten Monate Preiserhöhungen angekündigt. Die allgemeine Teuerung lag in Österreich im Vergleich zum November 2020 mit 4,3 Prozent deutlich über dem offiziellen Inflationsziel der Europäischen Zentralbank. *N.H.*

## Rückzahlungen der Soforthilfe

Berlin – Um kleinen Unternehmen, Soloselbstständigen, Freiberuflern und Wirten über deren Existenz bedrohende Engpässe während der Corona-Pandemie-bedingten Lockdowns hinwegzuhelfen, hatte die Bundesregierung im März 2020 ein Programm im Umfang von 50 Milliarden Euro für Soforthilfen aufgelegt. Bis zum September 2021 sind nach Angaben der damaligen Bundesregierung bundesweit Corona-Soforthilfen in Höhe von rund 13,5 Milliarden Euro ausgezahlt worden. Auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion gab die Bundesregierung an, dass nach vorläufigen, noch unvollständigen Daten bisher 11.436 Strafanzeigen gestellt und 6765 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden seien wegen zu Unrecht beantragter Hilfen. Inzwischen seien etwa 1,1 Milliarden Euro freiwillig zurückgezahlt worden, 500 Millionen seien aufgrund von Rückforderungen zurückgeflossen. *MRK*

## Preisdifferenz nimmt zu

Warschau/Budapest/Berlin – Die Bundesregierung will nach dem Willen der Grünen Auto-Treibstoff teurer machen. Polen und Ungarn gehen den entgegengesetzten Weg. In Polen war Benzin ohnehin schon 20 Cent je Liter billiger. Seit dem Jahreswechsel verzichtet der Fiskus auf Kraftstoffsteuer und Mehrwertsteuer auf Benzin und Diesel bis Ende Mai. Alles, was der Bundesregierung dazu einfällt, ist, die Bundespolizei anzuweisen, dass niemand mehr als 20 Liter Treibstoff in Benzinkanistern über die Grenze befördert. Bei einem noch größeren Preisunterschied als bisher lohnen sich nun auch weitere Fahrten nach Polen zum Einkaufen. Ungarn verzichtet zwar nicht auf das Steuerverkommen aus Treibstoff, aber die Regierung hat den Preis gedeckelt, weil die Mineralölkonzerne in den letzten Monaten immer wieder die Preise angehoben haben. Während die Autofahrer hoch erfreut sind, jammern nun die Tankstellenpächter in Ungarn. *F.B.*

## ANALYSE

## Lukrative Atomkraft

BODO BOST

Während Deutschland zum Jahresende mit Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen drei seiner letzten sechs Atommeiler abgeschaltet hat, hat die Regierung Polens entschieden, dessen erstes Kernkraftwerk ab 2026 in Pommern, besser gesagt in Kaschubien, in der Nähe der 1300-Einwohner-Gemeinde Gotendorf/Chotstschow [Choczewo], zu bauen. Auch Frankreich plant in Zukunft den Bau weiterer Atommeiler und hat sogar bei der EU-Kommission beantragt, die Kernenergie, aus der Deutschland trotz historisch hoher Energiepreise weiterhin aussteigen will, als grüne Energie anerkennen zu lassen.

Sollte dieser Antrag genehmigt werden – und vieles sieht danach aus –, werden auch wieder Zuschüsse zum Bau neuer Kernkraftwerke von der EU, also auch und vor allem vom Nettozahler Deutschland, in die Kernkraft fließen, ob den Grünen das Recht ist oder nicht. Die Fronten der Energiepolitik könnten zu Beginn des Jahres 2022 innerhalb der EU nicht konträrer sein.

Das erste polnische Kernkraftwerk wird nicht weit entfernt von der Ostsee entstehen. Deshalb können Baumaterialien und technische Ausrüstung für den Bau per Schiff angeliefert werden. Nach Gotendorf/Chotstschow soll in der Republik Polen alle zwei bis drei Jahre ein neues Kernkraftwerk den Betrieb aufnehmen, bis 2043 werden es sechs sein.

## Atomstrom aus dem Ausland

Die neuen Atomreaktoren sollen allerdings nicht nur als Überbrückungsenergieerzeuger für die Kohlekraftwerke dienen, die abgeschaltet werden müssen, um die von der EU eingeforderten „Klimaziele“ zu erreichen. Alle sechs neuen Kernkraftwerke werden in den Oder-Neiße-Gebieten liegen, das heißt im Westteil der Republik Polen, also nicht weit von den Grenzen der Bundesrepublik entfernt.

Ebenso wie die Franzosen, deren größtes Kernkraftwerk Cattenom/Kattenhofen in Lothringen in Sichtweite des Saarlandes liegt, werden auch die Polen auf den deutschen Markt spekulieren. Denn mit der waghalsigen deutschen Energiewende zugunsten Erneuerbarer Energien, die den Strompreis in die Höhe schnellen lässt, braucht Deutschland zusätzlich Stromlieferan-

ten für die Zeiten, in denen Windräder stillstehen und die Sonne nicht scheint. Die Gasenergie, die Deutschland als Übergangsenergie ausgewählt hat, wird, wenn der Konflikt um die Ukraine und Nord Stream 2 weiter hochkocht, derart teuer werden, dass die Deutschen gerne auf die Kernkraft der Nachbarn zurückgreifen werden. Das wissen die Polen und die Franzosen. Deshalb bauen sie ihre Kernkraftwerke in der Nähe der Bundesrepublik, die bald nicht mehr über diese Energie verfügen wird, und die dafür umso mehr von ihren Grenz-nachbarn beziehen muss.

## „Hässlich, aber reich“

Auch Polen hätte wie Deutschland seine Braunkohle-Kraftwerke sofort auf Erneuerbare Energiequellen umstellen können. Stattdessen plant man mit der Kernkraft. Dafür sind massive Investitionen von 30 Milliarden Euro notwendig. Die US-Firma Westinghouse hofft dabei auf einen Vertrag zum Bau der Kraftwerke in der Republik Polen.

Neben der Republik Polen wird auch die Slowakei bald ihr erstes Kernkraftwerk in Betrieb nehmen. Durch den gemeinschaftlichen sogenannten Corona-Aufbaufonds, bei dem Deutschland größter Nettozahler ist, wird Deutschland am neuen Aufbau der Kernenergie in seinen östlichen Nachbarstaaten via EU finanziell kräftig teilhaben.

In Gotendorf/Chotstschow soll Meerwasser zur Kühlung des Reaktors verwendet werden. Bisher nutzen vor allem wärmere Länder die Salzwasserkühlung. In Europa müssen im Sommer regelmäßig Kernkraftwerke gedrosselt werden, um die Flüsse, in die sie ihr Kühlwasser ablassen, nicht zu überhitzen. Das neue polnische Kernkraftwerk wird sein Wasser in der Danziger Bucht, in der es viele Strände gibt, und an der pommerschen Ostseeküste abkühlen und das dortige Meerwasser erwärmen.

Wiesław Gębka, Chotstschows Bürgermeister, sagte im Fernsehsender TVN, er erwarte von dem Projekt, dass seine Gemeinde damit „hässlich, aber reich“ werde. Laut Regierungsangaben liegt die Zustimmung zu dem neuem Atomprogramm landesweit bei 74 Prozent. Das unabhängige Meinungsforschungsinstitut PBS stellte im Oktober fest, dass 63 Prozent der Bewohner der betroffenen Gemeinden für den Bau eines Kernkraftwerks in ihrer Region sind.



Hat „wirtschaftliche Macht gegen die Meinungsvielfalt und die Pressefreiheit in Stellung“ gebracht: Gerald Hensel

## KOLUMNE

## „Eine Zensur ... findet statt“

FLORIAN STUMFALL

Von allen bürgerlichen Freiheiten, die grundlegend zu einer offenen Ordnung gehören, ist das Recht der freien Meinungsäußerung wahrscheinlich insofern die im Alltag spürbarste, als ein jeder ständig von ihr Gebrauch macht, bewusst oder unbewusst, in persönlichen Belangen wie im Zusammenhang mit den öffentlichen. Daher ist ihr Verlust auch spürbar, wenn er kleine Dinge betrifft. Im Grundgesetz, Artikel 5, lautet daher der erste Abschnitt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Soweit Rechtslage und Theorie. In der Wirklichkeit indes sieht es bisweilen ganz anders aus. So findet etwa das Autorenteam der Internetseite „achgut“ des Publizisten Henryk M. Broder reichlich Anlass, misstrauische Betrachtungen über die Wirkkraft jenes Grundgesetzartikels anzustellen. In der Ausgabe vom 3. Januar richtet der Herausgeber das Wort an seine Leserschaft: „Sie haben es vermutlich mitbekommen, daß achgut.com auf YouTube nicht mehr zu finden ist. YouTube hat uns komplett gelöscht.“ Dabei handelt es sich um sämtliche Videos der Seite, mehrere Hundert Beiträge, obwohl nur eine kleine Anzahl davon beanstandet worden ist. Die Begründung lautet durchgehend: „Verstoß gegen die Gemeinschaftsstandards“.

## Angriffe auf Henry M. Broder

Die erste Erkenntnis daraus lautet also: Eine Zensur findet doch statt. Es hat aber eine besondere Bewandnis damit. Die Maßnahmen von YouTube gegen „achgut“ gründen auf einem Gesetz aus der Ära Merkel zu einer Zeit als der unselige Heiko Maas noch Justizminister war. Der Name des unruhlich bekannten Machwerks ist „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“, worunter sich niemand etwas vorstellen kann. Daran aber schließt sich unmittelbar die zweite Erkenntnis: Gesetze, deren Inhalt den Bürgern nicht bewusst werden soll, erhalten unverständliche Bezeichnungen. Das ist nicht erst seit Orwell so, ein Zeichen freiheitlicher Verhältnisse aber war das nie.

Die Besonderheit dieses Gesetzesmonstrums liegt darin, dass es nicht der Staat ist, welcher die Verbreitung einer Meinung unterbindet, sondern das Gesetz überträgt diese Aufgabe an Medienunternehmen aller Art. Der Staat hat die Zensur privatisiert. Dass aber diese vom Staat delegierte Aufgabe redlich erfüllt wird, dafür sorgen Strafandrohungen bis in Millionenhöhe. Das Recht, seine Meinung zu verbreiten, besteht nur noch insoweit, als diese Meinung den „Gemeinschaftsstandards“ entspricht. Die dritte Erkenntnis lautet: Die Geschäftsbedin-

dem Motto „kein Geld für rechts“ wurden demnach Werbekunden von „achgut“ mit Rufmord bedroht und genötigt, ihre Aufträge zu stornieren. Damals bezog auch die „FAZ“ klare Stellung gegen solche Methoden. „achgut“ zitiert: „Wer auf so etwas setzt, erst recht als Strategie einer Werbeagentur, bringt die wirtschaftliche Macht gegen die Meinungsvielfalt und die Pressefreiheit in Stellung.“

## Veranlassung durch die Politik

Er tut das allerdings auf Veranlassung durch die Politik. Die Werbeagentur „Scholz & Friends“ jedenfalls bekam daraufhin von einem Bundesministerium einen millionenschweren Werbeauftrag für die Aktion „Demokratie Leben“.

NewsGuard fährt weiterhin seine Angriffe auf Broder und sein Team. So bekommen Autoren regelmäßig Briefe der Zensur-Firma, in denen der Vorwurf erhoben wird, ein Artikel enthalte „falsche oder unbegründete Behauptungen“, und der Autor möge dazu Stellung nehmen. Dabei wird aber nicht gesagt, was eigentlich zu beanstanden sei. Das ist Nervenkrieg im Guerillaformat.

Gestützt wird dieser durch eine neue Waffe. Es geht um den Doppelbegriff von „Hass und Hetze“. Er wirkt als schlimmster Verstoß gegen die politische Korrektheit und gehört zu den Tabu-bewehrten Instrumenten, gegen die man nicht argumentieren darf. Wo der Vorwurf „Hass und Hetze“ ertönt, verstummt jeder Widerspruch, und die Verdammnis ist schon gewiss. „Hass und Hetze“ beansprucht Gesetzeskraft, wobei es eine auserwählte selbst ernannte Gruppe ist, die sich dieser Parole bedienen darf.

Daher wirkt sie auch nur in eine Richtung, diejenige der Auserwählten, wie ja überhaupt die Politik der überlegenen Moral immer ein klares Feindbild braucht. Das gilt für die Zuteilung von Rederechten im Rahmen der neuen Meinungsfreiheit ebenso wie für die persönliche Lebensführung der Menschen, die ständig an ihren „CO<sub>2</sub>-Fußabdruck“ gemahnt werden, oder die „wertebasierte“ feministische Außenpolitik, die diesem Staat neuerdings verordnet worden ist und der es an Feindbildern nun wirklich nicht fehlt. Die Hartherzigkeit der Tugendsamen feiert ihre Triumphe.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Die Hartherzigkeit der Tugendsamen feiert ihre Triumphe

gungen eines privaten Unternehmens haben mehr Rechtskraft als ein Grundgesetzartikel, der zu denjenigen gehört, die auch nicht mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit abgeschafft werden können. Abgeschafft wird er ja auch nicht, nur außer Kraft gesetzt.

Henryk M. Broder und sein „achgut“ sind natürlich nicht das einzige Beispiel für derartig skandalöse Zustände, aber es eignet sich als Exempel ganz vorzüglich. Hier kommt nämlich ein weiterer Akteur ins Spiel, ein US-amerikanisches Unternehmen mit Namen NewsGuard. Dieses ist ein Wirtschaftsunternehmen, das für seine Kunden Meldungen sortiert nach vertrauenswürdig oder weniger oder aber gar nicht. Das dient dazu, den Firmen die Entscheidung darüber zu erleichtern, wie sie ihre Anzeigen politisch korrekt unterbringen können. Eine politische Vorzensur zur Optimierung der Werbestrategie. Gleichzeitig ist das eine ergänzende Maßnahme zur Gehirnwäsche der Bevölkerung bei allen Themen von Corona übers Klima bis zu Fleischkonsum und Zuwanderung.

Um aber auf „achgut“ zurückzukommen, so wurde diese Seite, wie dort nachzulesen, schon vor einigen Jahren zum Zielobjekt der Werbeagentur „Scholz & Friends“, die für die Bundesregierung wie für die EU-Kommission arbeitete, und hier von einem gewissen Gerald Hensel, dem Strategen des Unternehmens. Unter

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

# Luther soll es wieder richten

Von „Septembertestamenten“ und Sonnenuntergängen – 2022 wollen die Museen mit zugkräftigen Ausstellungen Corona trotzen

VON VEIT-MARIO THIEDE

**L**uther dolmetscht auf der Wartburg. Die Normannen besetzen Mannheim. In Trier geht das Römische Reich unter. Und in Berlin posiert die „Prinzessinnengruppe“. Diese und viele weitere Ausstellungen wecken Vorfreude auf Museumsbesuche im neuen Jahr – aber nur, wenn die Pandemie einem den Spaß nicht wieder verdirbt.

Am 18. Dezember 1521 begann Martin Luther auf der Wartburg mit der Übersetzung des Neuen Testaments aus dem Griechischen ins Deutsche. Nach elf Wochen war die „Rohfassung“ vollendet. Doch das Projekt der Verdolmetschung der Bibel beschäftigte ihn bis ans Lebensende 1546. Unter Hinzuziehung von Philipp Melanchthon und weiteren Mitarbeitern entstand als erste Druckfassung am 21. September 1522 das mit Holzschnitten aus der Werkstatt Lucas Cranachs des Älteren illustrierte sogenannte Septembertestament. Die erste Vollbibel erschien 1534. Damit war die Basis für eine einheitliche deutsche Schriftsprache geschaffen.

## Schadows „Prinzessinnengruppe“

Das 500. Jubiläum der Bibelübersetzung wird vom 4. Mai bis 6. November auf der Wartburg in Thüringen mit der Ausstellung „Luther übersetzt“ gefeiert. Ausgangspunkt der Präsentation ist die Lutherstube, in welcher der Reformator mit seiner Übersetzung begann. Die Schau würdigt seine Leistung und lädt das Publikum ein, sich in der Übersetzerwerkstatt selbst im Dolmetschen zu versuchen. ([www.wartburg.de](http://www.wartburg.de))

Luthers ranghöchster deutscher Gegenspieler war Kardinal Albrecht von Brandenburg. Nachdem seine bevorzugte Residenzstadt Halle an der Saale 1541 zum lutherischen Glauben übergetreten war, zog er sich mitsamt seinem reichen Kunstbesitz nach Aschaffenburg zurück. Thomas Schauerte, der Direktor der Aschaffener Museen, nutzt das Jubiläumsjahr des „Septembertestaments“ als willkommene Gelegenheit, mit der vom 15. Oktober bis 8. Januar 2023 im Stifts-



Wartet geduldig auf die Besucher im neuen Jahr: Schadows „Prinzessinnengruppe“ in Berlins Alter Nationalgalerie

Foto: ddp

museum laufenden Ausstellung „Cranach, Luther und der Kardinal“ die Ambivalenz der frühen Reformationsjahre vor Augen zu führen. Gemeinhin gilt Cranach als Maler der Reformation. Doch Schauerte weist auf die katholischen Ursprünge hin: „Kardinal Albrecht war der wichtigste Auftraggeber der Cranach-Werkstatt“. ([www.museen-aschaffenburg.de](http://www.museen-aschaffenburg.de))

Bereits 1525 führte Georg der Fromme in seinem Markgraftum Brandenburg-Ansbach den lutherischen Glauben ein. In seiner ehemaligen Residenzstadt Ansbach wird vom 25. Mai bis 6. November die Bayerische Landesausstellung „Typisch Franken?“ gezeigt. Sie ist im Orangeriegebäude als Wanderung durch neun fränkische Regionen angelegt. Der Besucher entdeckt die geschichtliche und regionale Vielfalt Frankens, das sich aus ganz unterschiedlichen ehemaligen Herrschaftsge-

bieten wie der freien Reichsstadt Nürnberg, den Fürstbistümern Bamberg und Würzburg oder auch der Markgraftum Brandenburg-Bayreuth zusammensetzt. Markgräfin Wilhelmine, die Liebblingsschwester Friedrich des Großen, kommt ebenso zu Ehren wie Reichskanzler Otto von Bismarck, der in Bad Kissingen 15 Kuren absolvierte. ([www.hdbg.de](http://www.hdbg.de))

Die Quadriga auf dem Brandenburger Tor sowie die Denkmäler für Friedrich den Großen und Martin Luther sind Hauptwerke Johann Gottfried Schadows. Seine allerschönste Schöpfung aber ist die „Prinzessinnengruppe“. Sie stellt Luise und Friederike von Preußen dar. Seit der letzten Schadow gewidmeten Retrospektive haben die Wissenschaftler viele neue Erkenntnisse zu seinem Schaffen, Werkstattbetrieb und seinen Arbeitsmethoden gewonnen. Es ist also Zeit für eine neue

Retrospektive. Sie wird vom 19. Oktober bis 19. Februar 2023 unter dem Titel „Berührende Formen“ in der Alten Nationalgalerie Berlin präsentiert. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die „Prinzessinnengruppe“. Erstmals werden das 1795 angefertigte Gipsoriginal und das 1797 vollendete Marmororiginal gemeinsam zu sehen sein. ([www.smb.museum](http://www.smb.museum))

## Atmosphärischer Ausklang

Mit Ausstellungspremieren warten Speyer, Mannheim und Trier auf. Das Historische Museum der Pfalz in Speyer zeigt vom 16. Oktober bis 16. April 2023 „Die Habsburger im Mittelalter“. Dort im Kaiserdom ist Rudolf I. bestattet. Er wurde 1273 als erster Habsburger zum König des Heiligen Römischen Reiches gewählt. Museumsleiter Alexander Schubert kündigt an, dass die Schau erstmals den Aufstieg

der Dynastie von König Rudolf I. bis zu Maximilian I. nachzeichnet, der sich 1508 zum „Erwählten Römischen Kaiser“ ausrufen ließ. ([museum.speyer.de](http://museum.speyer.de))

„Der Untergang des Römischen Reiches“ ist zum ersten Mal Ausstellungsthema. In Trier beschäftigen sich vom 25. Juni bis 27. November gleich drei Ausstellungshäuser mit ihm. Im Rheinischen Landesmuseum berichten hochrangige internationale Leihgaben aus dem 4. und 5. Jahrhundert von den Faktoren und Ursachen, die den Untergang herbeiführten. Das entstandene Machtvakuum machte sich die christliche Kirche zunutze, wie die Ausstellung „Im Zeichen des Kreuzes – Eine Welt ordnet sich neu“ im Museum am Dom veranschaulicht. Das Stadtmuseum Simeonstift steuert die Schau „Das Erbe Roms. Visionen und Mythen in der Kunst“ bei. ([untergang-rom-ausstellung.de](http://untergang-rom-ausstellung.de))

„Die Normannen“ werden erstmals im deutschsprachigen Raum einer umfassenden Betrachtung unterzogen. Die vom 18. September bis 26. Februar 2023 in den Mannheimer Reiss-Engelhorn-Museen laufende Schau begibt sich mit 350 wertvollen Objekten aus dem 8. bis 13. Jahrhundert auf die Spuren der Nordmänner von Skandinavien bis nach Sizilien und von der Normandie bis nach Byzanz. ([www.rem-mannheim.de](http://www.rem-mannheim.de))

Er ist alltäglich – und doch jeden Tag wieder etwas Besonderes: der Sonnenuntergang. Über ihn lässt die Pressestelle der Kunsthalle Bremen verlauten: „Aus dem Blickwinkel der Kunst ist das allzu beliebte Motiv tief gesunken: Es gilt als kitschig.“ Aber die Kunsthalle schickt sich zum Rettungsmanöver an. Vom 26. November bis 2. April 2023 zeigt sie: „Sunset. Ein Hoch auf die sinkende Sonne“. Sie umfasst Werke von der Romantik bis zur Gegenwart, etwa von Caspar David Friedrich, Claude Monet und Max Beckmann. Die Künstler feiern die Schönheit des Sonnenuntergangs, werten ihn als Sinnbild der Endlichkeit des Lebens oder untersuchen die Phänomene zwischen Abendrot und Blauer Stunde. So atmosphärisch kann das Jahr 2022 gerne ausklingen. ([www.kunsthalle-bremen.de](http://www.kunsthalle-bremen.de))

## AUSSTELLUNG

# Im Nonnenkloster weht ein reformatorischer Geist

Cranachs Meisterschüler – Lübeck stellt mit Hans Kemmer einen bedeutenden Maler der Renaissance- und Lutherzeit vor

Der vor 460 Jahren verstorbene Lübecker Maler Hans Kemmer (um 1495–1561) feiert Ausstellungspremiere. Im Lübecker St.-Annen-Museum, einem früheren Nonnenkloster, sind in „Cranach – Kemmer – Lübeck. Meistermaler zwischen Renaissance und Reformation“ 22 der ihm zugeschriebenen 29 Bilder zu sehen. Hinzu treten 42 Gemälde und Grafiken von Lucas Cranach dem Älteren (1472–1553), seinen Mitarbeitern und einigen zeitgenössischen Lübecker Künstlern.

Die im Vorfeld durchgeführte Untersuchung der Gemälde Kemmers mittels Infrarotreflektografie machten Unterzeichnungen sichtbar, deren besondere Merkmale sich auch bei mehreren der in der Cranach-Werkstatt gemalten Bilder finden. Das veranlasst Dagmar Täube, Direktorin des St.-Annen-Museums, Kemmer als einen Meisterschüler Cranachs zu bezeichnen. Vermutlich war er ab 1515 in der Wittenberger Werkstatt tätig und



Ist Kemmer neu zugeschrieben worden: „Heilige Dreifaltigkeit“ (1515–1520)

kehrte spätestens 1522 in seine Heimatstadt Lübeck zurück.

## Maler zweier Konfessionen

Zu den neuerdings Kemmer zugeschriebenen Gemälden aus Cranachs Werkstatt gehört eine beidseitig von ihm und mindestens einem weiteren Mitarbeiter bemalte Tafel (1515–1520). Sie zeigt auf der einen Seite die Seelen Verstorbener, die von Engeln einer Schar von Heiligen vorgestellt werden, und auf der anderen die „Heilige Dreifaltigkeit“: Gottvater präsentiert seinen ans Kreuz genagelten toten Sohn. Auf dem Querbalken sitzt die Taube des Heiligen Geistes. Noch Jahrzehnte später griff Kemmer auf dieses von Cranach entwickelte Motiv zurück, wie die von ihm 1540 bemalte „Timmermann'sche Hochzeitsschüssel“ veranschaulicht.

Das von Kemmer 1530 gemalte Tafelbild: „Christus und die Ehebrecherin“ hat

für die Forschung hohen Stellenwert, da es eines der wenigen von ihm sowohl signierten als auch datierten ist. Dieses Bildthema und mehr noch das Lehrbild „Gesetz und Gnade“, das sowohl in einer 1529 von Cranach gemalten als auch einer von Kemmer um 1545 geschaffenen Fassung ausgestellt ist, gelten als typische Beispiele der reformatorischen Kunst. Aber wie Cranach bediente Kemmer neben der neuen evangelischen auch die altgläubige Kundschaft, was die Schau mit einem seiner letzten Werke belegt. Es zeigt den papsttreuen Domherrn Christoph Tiedemann (1556).

V.-M. Thiede

● Bis 6. Februar im St.-Annen-Museum, St.-Annen-Straße 15, Lübeck, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr. Eintritt: 8 Euro. Telefon (0451) 1224137, Internet: [www.st-annen-museum.de](http://www.st-annen-museum.de). Der Katalog (Hirmer Verlag) kostet im Museum 39,90 Euro, im Buchhandel 49,90 Euro.

ELISABETH CHRISTINE

# Die Königin liebte den König. Der achtete sie

Die Ehefrau Friedrichs des Großen starb vor 225 Jahren

VON MANUEL RUOFF

Im Gegensatz zu Friedrich dem Großen, in dessen Regentschaft der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland begann, verhielt sein Vater, der Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I., sich loyal zu den Habsburgern, die seit dem Mittelalter bis 1740 den Kaiser stellten. Letzterer wünschte deshalb eine Ehe seines ältesten Sohnes und designierten Nachfolgers mit der am 8. November 1715 in Wolfenbüttel geborenen Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern, bei der es sich um eine enge Verwandte der Habsburger handelte. Um des Friedens mit seinem Vater willen war der preußische Kronprinz bereit, jede zu heiraten, sofern sie „nicht albern und gar zu häßlich“ war. Der Vater beruhigte den Sohn, dass die Prinzessin „wohl aufgezogen ist, modeste und eingezogen; so müssen die Frauen sein. Die Prinzessin ist nit häßlich, auch nit schön. – Sie ist ein gottesfürchtiges Mensch. Gott gebe seinen Segen.“ 1732 wurde geheiratet.

Für Friedrich war diese Ehe der Preis, den er für das Wohlwollen des Vaters und die Freiheit zahlte: „Die Ehe macht großjährig und sobald ich das bin, bin ich Herr in meinem Hause.“ Während für Friedrich also die Ehe Mittel zum Zweck war, liebte Elisabeth Christine ihren Ehemann. „Wenn es ein Verbrechen ist an den König zu hängen, so rühme ich mich dessen. Jeder Rechtschaffene muß ja einen solchen König wie den unsrigen lieben, der die Güte selber ist und es in vollem Maße verdient, daß man ihn nicht blos aus Pflichtgefühl, sondern auch aus herzlicher Zuneigung liebt. So lange mir die Augen offen stehen, werde ich diese meine Gefühle nie und nimmer verändern“, schrieb sie

ihrem geschätzten Bruder, als ihr Mann bereits König war.

Die Tragik der Elisabeth Christine war, dass ihre Liebe zu Friedrich unerwidert blieb. Abgesehen von der Frage, ob Friedrich überhaupt in der Lage war, Frauen zu lieben, war sie still, bescheiden, anspruchslos und von strengem biblischen Glauben und damit so ganz anders als er. Angeblich sollen sich Gegensätze ja anziehen, aber hier funktionierte das nicht.

Wenn Friedrich auch sein Desinteresse an seiner Ehefrau nicht immer verhehlte, so war er doch klug genug, die Qualitäten seiner Frau zu erkennen, und anständig genug, dass sein Verstand zu kompensieren versuchte, was sein Herz ihr versagte. Bereits als junger Ehemann wusste er, dass er der schlechteste Mensch auf der Welt sein müsse, wenn er seine Gemahlin nicht wahrhaft hochachten wollte. Frühzeitig differenzierte er: „Ich habe keinen Widerwillen gegen sie, sie ist ein gutes Herz, ich wünsche ihr nichts Böses, aber ich werde sie nie lieben können.“

Schon vor der Eheschließung wusste er, was er wollte: „Ich werde mich als Galantheim verheirathen, das heißt, ich lasse Madame thun, was ihr gut dünkt und thue auf meiner Seite was mir gefällt. Ich werde mein Wort halten, ich werde mich verheirathen, aber nachher sehen Sie zu, was geschehen wird: Guten Tag, Madame, und guten Weg!“

Elisabeth Christine fügte sich in ihr Schicksal. Anfänglich lebte sie allein im Kronprinzenpalais. 1736 bezog sie und ihr Mann das Schloss Rheinsberg. Begeistert schrieb sie an ihren Schwiegervater, der seinem Sohn das Schloss geschenkt hatte: „Der Rheinsberger Aufenthalt ist mir so angenehm wie er nur immer sein kann, bin ich doch vereint mit dem liebs-



Königin Elisabeth Christine in Witwenkleidung: Ölgemälde von Anton Graff aus dem Jahr 1789 Foto: Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

ten, das ich auf der Welt besitze.“ Auch noch mit jahrzehntelangem Abstand schwärmte sie rückblickend von dieser glücklichen Zeit.

Diese endete mit dem Tod des Schwiegervaters und der Regierungsübernahme ihres Mannes. Von ihm erhielt sie im Berliner Schloss eine Wohnung, die größer war als seine eigene sowie das Schloss Schönhausen als Sommerresidenz. Wenn auch gezwungenermaßen nicht an der Seite ihres Mannes, versuchte sie doch ihren Verpflichtungen als Repräsentantin des Staates und Landesmutter nachzukommen. Preußen hatte nun zwei Höfe: den des Königs und den der Königin.

Friedrich wusste ihren Dienst am Staat zu schätzen. So bat er seinen Leibarzt, „die Königin ohne Aufschub zu besuchen und sich mit den beiden anderen Ärzten von Berlin zu verbinden“ mit der bemerkenswerten Begründung: „Denken Sie daran, dass es sich um die teuerste und notwendigste Person für den Staat, für die Armen und für mich handelt.“

Friedrichs Sorge um das materielle Wohl seiner Ehefrau ging über den Tod hinaus. In seinem Testament forderte er seinen Neffen, Erben und Nachfolger auf, „ihr jene Hochachtung zu erweisen, die ihr als Witwe seines Oheims und als einer Fürstin, die nie vom Tudenpfade abgewichen, gebühre“. Friedrich rannte damit offene Türen ein, sodass Elisabeth Christine ihren Lebensstil beibehalten konnte. Sie nahm auch weiterhin repräsentative Aufgaben wahr, wenn diese auch abnahmen, gab es doch nun mit Friedrich Wilhelms II. Ehefrau Friederike Luise eine neue Königin. Elisabeth Christine überlebte ihren Mann um ein gutes Jahrzehnt und starb 81-jährig am 13. Januar 1797 im Berliner Schloss.

VEXILLOLOGIE

## Dasselbe in Grün

Vor 225 Jahren folgte auf die französische die italienische Trikolore

Bikolore, also zweifarbige Flaggen mit gleichbreiten senkrechten oder auch waagerechten Streifen, haben in der Geschichte der Staats- und Herrschaftszeichen eine lange Tradition. Häufig leiten sie sich von entsprechenden Wappen ab, die in der Regel auch zweifarbig sind. Die Farbe des Motivs ist gemeinhin die obere, die des Untergrunds die untere. Preußens Flagge ist ein gutes Beispiel. Das Wappen zeigt einen schwarzen Adler auf weißem/silbernen Grund, die dazugehörige Flagge besteht aus einem oberen schwarzen und einem unteren weißen Streifen.

Wie auch die preußische sind die Bikoloren meist quergestreift. Das bietet sich an. Zum einen sieht bei waagerechten Streifen die Flagge von beiden Seiten gleich aus. Zum anderen werden in der Regel nicht die einzelnen Flaggenfarben, sondern die Kombination als spezifisches Symbol interpretiert, und diese Kombination tritt bei quergestreiften Flaggen, bei denen die Grenznähte zwischen den Streifen ungleich länger sind, viel stärker hervor als bei längsgestreiften.

Die französische Trikolore ist jedoch aus der Französischen Revolution hervorgegangen, und Revolutionen brechen gerne mit Althergebrachtem. So hat Frankreichs Trikolore, wie der Name schon verrät, drei statt zwei Farben, und diese sind auch noch senkrecht angeordnet.

Wenn nun ein weiteres Land drei senkrechte Streifen zur Flagge hat, liegt der Verdacht nahe, dass das postrevolutionäre Frankreich als Vorbild diente. Dieses gilt umso mehr, wenn eine Trikolore so sehr der französischen ähnelt wie die italienische. Man ersetze beim französischen Dreifarbig das Blau durch Grün und schon hat man den italienischen. Und in der Tat spiegelt die italienische Flagge französischen Einfluss wider.

Als Folge von Napoleon Bonapartes Italienfeldzug des Jahres 1796/97 im Rahmen des Ersten Koalitionskrieges gelangte Norditalien unter den Einfluss Frankreichs. Die Französische Republik initiierte dort die Gründung von Tochterrepubliken. Am 15. November 1896 wurde nördlich des Po die aus der Lombardei mit Mailand und Mantua bestehende Transpadanische Republik ausgerufen. Am 27. Dezember des Jahres konstituierte sich südlich des Po die aus den Städten Modena, Reggio, Ferrara und Bologna samt Umland gebildete Cispadanische Republik.

In der lombardischen Metropole Mailand entstand um diese Zeit eine Legione Lombarda. Am 6. November 1796 erhielt die 1. Kohorte dieses Militärverbandes auf dem Mailänder Domplatz eine grün-weiße-rote Truppenfahne. Angeblich setzte sich diese Farbkombination zusammen aus den Stadtfarben Mailands, Weiß und Rot, und der Uni-

formfarbe der Mailänder Stadtmiliz seit 1782.

Diese Farbkombination wurde aufgegriffen, als es nach der Gründung der Cispadanischen Republik im Saal des Stadt-



Italiens Nationalflagge am Monumento a Vittorio Emanuele II in Rom

rats von Reggio Emilia darum ging, für den neuen Staat eine Flagge zu finden. Vor 225 Jahren, am 7. Januar 1797 gegen elf Uhr, wurde auf Vorschlag des Abgeordneten Giuseppe Compagnoni aus Lugo die grün-weiß-rote Trikolore als Flagge der Republik beschlossen. Aus dem Grunde ist der 7. Januar in Italien heute ein staatlicher Gedenktag. Insbesondere im Stadtratssaal von Reggio Emilia, dem Sala del Tricolore, wird der Feiertag der Trikolore (Festa del Tricolore) jedes Jahr feierlich begangen.

Allerdings unterließen es die Abgeordneten an jenem 7. Januar vor 225 Jahren, die Ausrichtung der drei Streifen festzulegen. In der Praxis entschied man sich in der Cispadanischen Republik für eine konventionelle horizontale Anordnung.

In der Transpadanischen Republik griff man die Farbkombination auf, allerdings in der französischen senkrechten Variante. Am 29. Juni 1797 wurden die Transpadanische und die Cispadanische Republik zur Cisalpinischen Republik zusammengelagert, welche die senkrechte, französische Anordnung der drei Farben übernahm. Diese Cisalpinische Republik ging 1802 in der Italienischen Republik auf. Sowohl die Italienische Republik als auch das 1805 folgende Königreich Italien hatten eine grün, weiß und rote Flagge, aber mit einem völlig anderen Muster. Nach dem Ende der napoleonischen Zeit verschwanden im Zuge der Restauration

auch die drei Farben erst einmal in der Versenkung.

Ab der 48er Revolution nutzte das Königreich Sardinien-Piemont die grün-weiß-rote Trikolore, um Italien unter diesem Zeichen und seiner Führung zu einen. Die Flagge des 1861 gegründeten Königreichs Italien bildete dann die Trikolore mit dem Wappen des Königshauses Savoyen im Zentrum.

1946 wurde Italien Republik und folgerichtig das Wappen des vormaligen Herrscherhauses aus der Flagge entfernt, ein Vorgang, den wir in ähnlicher Form aus der Zeit des zusammenbrechenden Ostblocks kennen, als aus vielen traditionellen Nationalflaggen die sozialistischen Nachkriegsstaatsymbole aus deren Zentrum entfernt wurden.

Im Artikel 12 der 1948 in Kraft getretenen Verfassung der Italienischen Republik heißt es: „Die Flagge der Republik ist die italienische Trikolore: grün, weiß und rot, in drei senkrechten Streifen von gleichem Ausmaß.“

Die genauen Farbtöne definiert erstmals die Regierung Berlusconi. Die drei Farben waren nun etwas gedämpfter, moderater als vor der Festlegung. Das gefiel der Linken gar nicht. Nach deren Regierungsübernahme 2006 wurden noch im selben Jahr kräftigere, grellere, leuchtendere Farbtöne festgeschrieben. Diese Regelung vom 28. Juli 2006 gilt noch heute. M.R.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Neun Tage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 proklamierte der US-Präsident George W. Bush den „Krieg gegen den Terror“. In diesem machten die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zahlreiche Gefangene. Das warf die Frage auf, wie diese zu behandeln seien. Der damalige Außenminister Colin Powell plädierte dafür, in jedem Falle die einschlägigen Regelungen der III. Genfer Konvention zu beachten, während manche Militärs für eine öffentliche Aburteilung nach dem Vorbild der Nürnberger Prozesse votierten oder gar summarische Hinrichtungen forderten.

Am Ende setzten sich die zivilen Rechtsberater aus dem Büro der Generalstaatsanwaltschaft durch, welche die Ansicht vertraten, dass der US-Präsident das Recht habe, ungesetzliche Kombattanten (unlawful combatants) im Ausland auf unbestimmte Zeit und ohne ordentliches Gerichtsverfahren oder Rücksicht auf die Genfer Konvention festsetzen zu lassen. Am 13. November 2001 unterzeichnete Bush eine entsprechende Anordnung.

Inhaftiert wurden die Gefangenen in der auf kubanischem Territorium liegenden Guantanamo Bay Naval Base (GTMO) der US Navy. Die Errichtung des Stützpunktes war aufgrund eines später stark umstrittenen Pachtvertrages mit dem Karibikstaat aus dem Jahre 1903 erfolgt, der 1934 unbefristet verlängert wurde.

Die ersten 20 Gefangenen, denen vorgeworfen wurde, Mitglieder islamischer Terrororganisationen zu sein, trafen vor 20 Jahren, am 11. Januar 2002, in der GTMO ein, wo man sie zunächst in die Gitterkäfige von Camp X-Ray sperrte. Daneben entstanden später die weiteren Lager Camp Delta, Camp Iguana, Camp Platinum, Camp No und Penny Lane. Dort saßen in den letzten 20 Jahren insgesamt 779 angebliche ungesetzliche Kombattanten aus mehr als 40 Ländern ein, darunter auch rund zwei Dutzend Kinder und Jugendliche.

#### Haft ohne Gerichtsverfahren

Überwiegend waren die Häftlinge nicht von US-Truppen, sondern von pakistanischen und afghanischen Kräften gefangen genommen und gegen ein Kopfgeld ausgeliefert worden. Vielen dieser Personen konnten keinerlei feindselige Handlungen gegen die USA nachgewiesen werden. Bei anderen handelte es sich eher um kleine Fische aus der Dschihadistenszene.

Darüber hinaus kamen aber auch einige hochrangige Terroristen nach Guantanamo. Prominentestes Beispiel hierfür ist Chalid Scheich Mohammed, der mutmaßliche Chefplaner der Anschläge vom 11. September und zahlreicher weiterer Attentate sowie Mörder des US-Journalisten Daniel Pearl. Er gehörte gemeinsam mit den ebenfalls in der GTMO inhaftierten Ramzi Binalshibh, Mustafa al-Hawsawi, Ammar Al-Baluchi und Walid bin Attash zur Kerngruppe von al-Kaida, die für den Tod mehrerer Tausend Menschen verantwortlich ist. Von einer sehr verfestigten dschihadistischen Gesinnung bei manchen Insassen des Lagers zeugt die Tatsache, dass sie nach der Entlassung erneut zum Mittel der Gewalt griffen. So wie Abu-Zakariya al-Britani alias Jamal Udeen al-Hariri alias Ronald Fiddler. Der britische Konvertit saß von 2002 bis 2004 in Guantanamo ein und endete später als Selbstmordattentäter im Irak. Möglicherweise kehrten über einhundert ehemalige Insassen der GTMO in den Krieg zurück.

Bald nach der Inbetriebnahme des Lagers auf Kuba wurden Foltervorwürfe laut. Diese kamen unter anderem vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, Amnesty International und den Vereinten Nationen. Zu den teilweise höchst perfiden Misshandlungen zählte nicht zuletzt das simulierte Ertränken namens „Waterboarding“ – bei Chalid Scheich Mohammed wurde diese Form der Folter gleich 183 Mal angewendet. Die Folterungen gel-



Guantanamo vor knapp zwei Jahrzehnten: Ein Häftling wird von US-Militärwachen zum Verhör im Camp X-Ray eskortiert

#### GUANTANAMO

## „Kann und darf auf Dauer so nicht existieren“

Seit zwei Jahrzehnten betreiben die Vereinigten Staaten von Amerika auf Kuba ihr Gefangenenlager

ten neben der generellen Missachtung der Genfer Konvention bei der Behandlung der Lagerinsassen als Hauptgrund für die zahlreichen Suizidversuche von Häftlingen in Guantanamo, von denen sechs erfolgreich waren. Abgesehen von den Motiven stellte sich die Frage, wieso es bei einem finanziellen Aufwand für die Hochsicherheitsverwahrung und Bewachung der Inhaftierten in Höhe von 13 Millionen US-Dollar pro Mann und Jahr überhaupt zu Suiziden kommen kann.

#### Foltervorwürfe des Roten Kreuzes

Auch Spitzenrepräsentanten der westlichen Wertegemeinschaft kritisierten Guantanamo – ohne daraus allerdings Forderungen nach Sanktionen abzuleiten. So meinte beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel vor 16 Jahren: „Eine Institution wie Guantánamo kann und darf auf Dauer so nicht existieren. Es müssen Mittel und Wege für einen anderen Umgang mit den Gefangenen gefunden werden.“

Selbst US-Präsident Barack Obama schloss sich der Kritik an. Allerdings bezweifelte er eher die Zweckmäßigkeit als die Rechtmäßigkeit des Lagers, wenn er 2009 in seiner Rede zur nationalen Sicherheit beklagte: „Die Existenz von Guantanamo hat wahrscheinlich mehr Terroristen auf der Welt geschaffen, als jemals dort inhaftiert wurden.“ Denn Guantanamo sei kein Instrument für die Terrorismusbekämpfung gewesen, „sondern wurde zu einem Symbol, das der al-Kaida half, Terroristen für ihre Sache zu rekrutieren“.

Es sei Schaden an der moralischen Autorität seines Landes entstanden.

#### Selbst in den USA umstritten

Vor dem Hintergrund der wachsenden nationalen und internationalen Empörung über die Zustände in der GTMO sowie die völkerrechtlich unstatthafte Verweigerung von ordentlichen Gerichtsverfahren zur

#### Guantanamo-Gefangene

# 13

Millionen US-Dollar pro Person kostete laut „The New York Times“ der Betrieb des Gefangenenlagers im Jahre 2018.

# 779

angebliche ungesetzliche Kombattanten aus mehr als 40 Ländern wurden in den zwei Jahrzehnten insgesamt festgehalten.

# 39

Häftlinge befinden sich in der GTMO, nachdem vor rund einem halben Jahr die vorerst letzte Entlassung stattgefunden hat.

Feststellung der individuellen Schuld der Eingesperrten, die im Juni 2006 selbst den Obersten Gerichtshof der USA veranlasste, von einem Verstoß gegen die US-Verfassung und das geltende Kriegsrecht zu sprechen, unterzeichnete Präsident Obama zwei Tage nach seinem Amtsantritt, am 22. Januar 2009, ein Dekret zur Schließung des Lagers binnen Jahresfrist. Allerdings scheiterten die Pläne Obamas. Zum einen gab es massiven Widerstand gegen die Verlegung von nachweislich gefährlichen Dschihadisten in Haftanstalten auf dem Territorium der USA. So blockierte der US-Senat am 20. Mai 2009 mit 90 zu sechs Stimmen die Freigabe der finanziellen Mittel für die Überstellung der Gefangenen.

Zum anderen erwies es sich auch als ausnehmend schwierig, Staaten zu finden, die bereit waren, aus der GTMO entlassene Häftlinge aufzunehmen. Hierfür mussten die USA viele Zugeständnisse an fremde Regierungen machen. Somit existierte das Lager bis zum Ende von Obamas Amtszeit am 20. Januar 2017 weiter. Anfang 2017 hatte es noch 41 Insassen.

Obamas Nachfolger Donald Trump unterzeichnete eine Anordnung, die Zellenräume auf unbestimmte Zeit offen zu halten. Dessen Nachfolger Joe Biden kündigte bei der Amtsübernahme am 20. Januar an, prüfen zu lassen, ob eine Schließung bis 2024 möglich sei. Aktuell sitzen in der GTMO noch 39 Häftlinge ein, darunter auch Chalid Scheich Mohammed, gegen den seit 2008 ein Militärgerichtsprozess wegen 2973-fachen Mordes läuft.

#### DROSTE-HÜLSHOFF

## Sondermarke zum runden Geburtstag

Den 225. Geburtstag der deutschen Schriftstellerin und Komponistin Annette von Droste-Hülshoff kommen den Mittwoch würdigt das Bundesfinanzministerium mit einer Sonderbriefmarke, die seit vergangener Montag in den Verkaufsstellen der Deutschen Post erhältlich ist. Das Sonderpostwertzeichen „225. Geburtstag Annette von Droste-Hülshoff“ und die Ersttagsstempel wurden von dem Designer und Professor an der Hochschule für Künste Bremen Eckhard Jung gestaltet.

Für die Marke wurde auf eine der bekanntesten Darstellungen der bedeutenden deutschsprachigen Dichterin des 19. Jahrhunderts zurückgegriffen. Das Porträtmalende im blauen Brokatkleid ließ die Dargestellte im Jahre 1838 gleich nach Erscheinen ihrer ersten Gedichtausgabe von Johann Joseph Sprick fertigen. Von dem dem Biedermeier zugerechneten Künstler in Münster ließ sich die auf Burg Hülshoff bei Münster geborene Künstlerin gleich mehrfach porträtieren.

Zwei Jahre nach Fertigstellung des Gemäldes und vor des Malers Tod schrieb die Porträtierte an ihre Schwester Jenny: „Vorerst sitzt der Maler Sprick in Münster, mit Frau und sechs Kindern, wovon das jüngste mein Pächchen ist, und die Leute verhungern beinah ... Da ich sie nun gut kenne und zuweilen hin gehe, so kann ich das unmöglich so ansehen, und lasse dann, wenn ich merke, daß es zu elend steht, von Zeit zu Zeit ein kleine Oelportrait mahlen, das Stück zu 2 Louisdor, damit sie sich so hinschleppen, bis ... der Kunstverein im Herbste Spricks ... sehr schönes Oelbild, Abrahams Opfer, gekauft hat ... Dann ist vorerst geholfen und er kömmt dann auch in Ruf – ich aber komme bis dahin zu einem sehr leeren Beutel, da ich, unter uns gesagt,



Sonderpostwertzeichen „225. Geburtstag Annette von Droste-Hülshoff“

dieses Jahr schon 5 Bilder habe mahlen lassen.“

Spricks Bild wird auf der Marke kombiniert mit der viert-, der vor- und der letzten Zeile aus Droste-Hülshoffs dem Biedermeier beziehungsweise der Romantik zugeordneten Gedicht „Am Turme“ aus dem Jahre 1842: „Nun muß ich sitzen so fein und klar ... und darf nur heimlich lösen mein Haar und lassen es flattern im Winde!“

Jochen Grywatsch, Zweiter Vorsitzender der Droste-Gesellschaft in Münster, interpretiert diese gegensätzliche Bild-Text-Kombination wie folgt: „Die streng gescheitelte und geflochtene Frisur korrespondiert mit der gesellschaftlichen Rolle einer adeligen Frau, von der Zurückhaltung und Pflichterfüllung erwartet wurden. Dagegen steht das ‚flatternde Haar‘ in ihrem Gedicht ‚Am Turme‘ als Sinnbild für die Freiheit, die sie sich in und mit der Literatur erkämpfen konnte.“

Manuel Ruoff

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Is vor rund fünf Jahren war die Frage „Trog oder Teller“ in der Diskussion um die Erneuerbaren Energien noch hochaktuell. Nachdem die EU 2000 den Startschuss für den geförderten Anbau von Energiepflanzen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) abgegeben hatte, vielen seinerzeit ganze Landstriche der „Vermaisung“ anheim

Im Zuge des neuen Solar-Booms nach Jahren der Stagnation müssen sich Ortsgemeinden im ganzen Land zunehmend mit den Angeboten und Flächenbeanspruchungen von Photovoltaik(PV)-Unternehmen auseinandersetzen. Mitarbeiter der PV-Projektierer, sogenannte Experten-Teams, halten permanent Ausschau nach potentiell „geeigneten Freiflächen“ für die Errichtung von Solaranlagen. Sie führen Verhandlungsgespräche mit den verantwortlichen Kommunalpolitikern und Landeigentümern, darunter zahllose Bauern in wirtschaftlich prekärer Situation, denen hohe Pachtpreise in Aussicht gestellt werden.

Die stark gefallen Preise für Solarmodule haben dazu geführt, dass sich für Investoren insbesondere sehr große PV-Anlagen auch nach dem Ende der EEG-Förderung rechnen. Die neuen Projekte zielen daher oft auf Ackerflächen von 100 und mehr Hektar. Vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Klimadebatte scheint jedoch die Konkurrenz zwischen der Nahrungs- und Futtermittelproduktion einerseits und der flächenraubenden Solarstromerzeugung paradoxerweise kein besonders wichtiges Thema zu sein.

Eigentlich müsste jetzt in den Regionen die Sorge über Verluste der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Vordergrund stehen, doch darüber lässt sich nur wenig in Erfahrung bringen. Die medial dominierende Klimadebatte mit dem erklärten politischen Ziel eines exponentiell steigenden Zubaus sowohl der Windkraft als auch der PV-Freiflächenanlagen überlagert alle damit zusammenhängenden Themen. Sogar Naturschutzbelange werden unter dem Druck der allgegenwärtigen Klimadebatte für nachrangig erklärt, jetzt auch nach offizieller Richtlinie der neuen Bundesregierung.

#### Bürgeraufstand in Pronstorf

Auch über andere kritische Entwicklungen informieren die etablierten Medien die Öffentlichkeit kaum in Verbindung mit der rasant fortschreitenden Quasi-Bodenversiegelung durch PV-Parks: steigende Pachtpreise aufgrund der Solar-Konkurrenz, Entzug von Äckern und Grünflächen für die Nahrungs- und Futtermittelproduktion auf Jahrzehnte hinaus, verkleinerte Lebensräume, weniger Niststätten, Rastplätze und ein reduziertes Nahrungsangebot für Vögel, Kleintiere und Insekten sowie soziale und menschengerechte Belange wie der Schutz von Lebensqualität und der Werterhalt von Immobilien.

In der schleswig-holsteinischen Gemeinde Pronstorf im Kreis Segeberg (1620 Einwohner) sollte eine 90 Hektar große Photovoltaikanlage errichtet werden, was einer Fläche von mehr als 120 Fußballfeldern gleichkäme. Bis zu 20.000 Haushalte hätten laut dem Hamburger Projektentwickler Enerparc A.G. mit dem Solarstrom versorgt werden können. Vorhabenträger vor Ort ist der Großgrundbesitzer Hans-Caspar Graf zu Rantzau, der den Solarpark auf einem Teil seiner landwirtschaftlichen Flächen errichten wollte. Wie üblich lautete das Mantra der Befürworter, allen voran der Bürgermeisterin, dass die PV-Anlage Pronstorfs Beitrag zur Energiewende werden solle.

Gegner des Projekts argumentierten, dass Photovoltaikanlagen zumal von einem derartigen Umfang nicht auf landwirtschaftliche Felder gehören. Hinzu kam, dass die Gemeinde wie auch andere Gemeinden im Kreisgebiet bereits schlechte Erfahrungen nach der Errich-



Euphemistisch als „Solarpark“ bezeichnet: Mit Sonnenkollektoren versiegelte Landwirtschaftsflächen bei Fesselsdorf in Bayern

imago images/H. Tschanz-Hofmann

#### ÖKOLOGIE

## „Grüne“ Energie kontra Umweltschutz

Bürger laufen verstärkt Sturm gegen immer mehr Eingriffe in die Landschaft durch Solarenergie – Die ökologischen Folgen von Photovoltaikanlagen nehmen paradoxerweise selbst Umweltverbände in Kauf

nung des ehemaligen BayWa-Windparks Oberwohlde gemacht hatte. Die versprochenen anteiligen Gewerbesteuern waren aufgrund eines gängigen Steuersparmodells des Investors ausgeblieben.

Dennoch hatte der Pronstorfer Gemeinderat bereits vor einem Jahr grünes Licht für das Solar-Projekt gegeben. Daraufhin organisierten einige Bürger eine Unterschriftenaktion mit dem Ziel, den massiven Eingriff in ihre heimatische Umwelt doch noch zu verhindern. Auf die bürgerliche Gegenwehr wurde der Bundesverband Solarwirtschaft aufmerksam. Im April unterbreitete daraufhin der Bundesverband Erneuerbare Energien e.V. dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier den Vorschlag, betroffenen Gemeinden die „legale Möglichkeit“ einer Gewinnbeteiligung an der Stromerzeugung durch PV-Parks zu ermöglichen. Bereits im Juni bestätigte der Bundestag einen neuen Paragraphen im EEG 21, wonach die Betreiber von Windparks „zur Steigerung der Akzeptanz“ der Bürger künftig bis zu 0,2 Cent je erzeugter Kilowattstunde an die Kommunen abgeben dürfen.

#### NABU und BUND auf Tauchstation

Der Koalitionsvertrag sieht nun vor, dass dieses Verfahren auf bestehende und zukünftige Anlagen (Wind und Sonne) angewendet werden kann. Offenbar auf dieser Grundlage wurde der Gemeinde Pronstorf kurzfristig eine jährliche Gewinnbeteiligung bis zu 200.000 Euro angeboten. Die Bürger ließen sich jedoch mehrheitlich nicht „kaufen“. Anfang Dezember lehnten sie in der von ihnen durchgesetzten Abstimmung mit einer Stimme Mehrheit die geplante gigantische Industrialisierung ihres Gemeindegebietes ab. Das Projekt soll jedoch vorerst nur auf Eis gelegt sein. In zwei Jahren will Graf Rantzau zusammen mit Ener-

parc einen erneuten Versuch starten, um das Großprojekt in der Gemeinde und anschließend über eine Solarausschreibung doch noch durchzubringen.

Paradoxerweise prangern trotz der bedenklichen Entwicklung nur noch einige regionale Bauernverbände die in den Hinterzimmern verabredete Zweckentfremdung und Kapitalisierung der Agrarlandschaft an. Warnen die Umweltverbände NABU und BUND einerseits ihrem Auftrag gemäß vor einem rasant fortschreitenden Flächenverlust durch Bodenversiegelung aufgrund von Infrastrukturprojekten sowie durch Bau- und Gewerbegebiete, so erklären sich die mit den obersten Etagen der Landes- und Bundespolitik eng vernetzten Spitzenfunktionäre beider Verbände andererseits einverstanden mit einem „naturverträglichen Ausbau“ der Wind- und Solarenergie gemäß den Kriterien der EU. Diese sehen vor, dass dafür nur Flächen mit hoher Vorbelastung und Flächen, die keinen hohen ökologischen Wert besitzen, in Frage kommen.

Unvereinbar mit dem Naturschutzanliegen beider Verbände ist dabei nicht nur die Hinnahme der geplanten weitreichenden Industrialisierung von Agrarland und sonstigen Freiflächen – zumal der Interpretationsspielraum für derartige Richtlinien erkennbar groß ist. Hinzu kommt, dass NABU und BUND von der Politik die noch immer ausstehenden Studien über das Ausmaß des Vogelschlags und des Insektensterbens an Windrädern und überhitzten Solarkollektoren nicht einfordern – nicht einmal vor dem Hintergrund des fortschreitenden Insektensterbens, bei dem „ganz unerwartet“ eine kritische, unsere Existenz bedrohende Marke überschritten werden könnte.

Bei näherem Hinschauen erkennt man jedoch in der Solarenergie als einer Hauptenergiequelle für „grünen Strom“

im politischen Klimaschutzmodell ein rein lukratives, „grün gewaschenes“ Geschäftskonzept, das dem Ziel des „Klimaschutzes“ und des Umweltschutzes diametral entgegensteht. „Greenwashing“ betreiben Solarverbände ganz unverblümt, indem sie sich versuchsweise das Thema Naturschutz zu eigen machen und die fragwürdige Behauptung in Umlauf bringen, dass Solarparks durch eine „saubere Energieproduktion“ einen Mehrwert nicht nur für den „Klima-“, sondern auch für den Naturschutz erbringen könnten, da unter den aufgestellten Solarpaneelen auf Pestizide und mineralische Dünger wie beim Getreideanbau verzichtet würde. Ausgelagte Böden könnten sich erholen und zwischen den Solarpaneelen könnten „Bienenparadiese“ entstehen.

#### Die Warnung des „Gaia“-Propheten

Davon kann jedoch keine Rede sein, im Gegenteil: Es muss endlich geklärt werden, in welchem Umfang Solardächer- und -parks in den Sommermonaten zur tödlichen Falle für Insekten werden, da die Solarmodule um 30 bis 40 Grad heißer werden als die Umgebungstemperatur. Das landwirtschaftliche Portal agrarheute.com verlangt auch Aufklärung über das noch immer ungeklärte Vogelsterben in Solarparks. In den USA werden einige Anlagen im Auftrag der Projektbesitzer nach toten Vögeln abgesucht. Diese Unternehmen haben jedoch weder in den USA noch hierzulande Interesse daran, dass alarmierende Zahlen zustande kommen und bekannt werden. Andernfalls hätte die Bundesregierung hierzu längst eine Studie in Auftrag gegeben.

Zudem wird mit der Abdeckung der Böden durch lange Reihen von Sonnenkollektoren die natürliche Atmung der Vegetation unterbunden, da der Gasaustausch zwischen Boden und Atmosphäre

nur sehr reduziert stattfinden kann. Durch die Verhinderung der sogenannten Verdunstungsabkühlung und der nächtlichen Abkühlung entstehen durch Solarparks Wärmeinseln mit einer um drei bis vier Grad Celsius höheren Temperatur als in freier Natur, was eine Studie von sechs Forschern um den Hauptautor Greg Barron-Gafford von der School of Geography & Development der University of Arizona in Tucson 2016 nachgewiesen hat.

Die Kehrseite nicht nur der Windkraft, sondern auch der „unschuldigen“ Solarenergie hat der profilierte US-Atmosphärenphysiker Lee Miller in seinem Aufsatz „The Warmth of Wind Power“ auf den Punkt gebracht: „Alle erneuerbaren Technologien wirken sich auf das Klima aus, da sie bei der Stromerzeugung Wärme, Impuls und Feuchtigkeit zur Stromerzeugung umverteilen, und zwar vollkommen unabhängig vom Klimawandel.“

Ein in die Zukunft verschobenes Kardinalproblem sowohl der expandierenden Wind- als auch der Solarenergie stellt auch die ungeklärte fachgerechte Entsorgung immer größerer Berge von ausgedienten Windrädern und Sonnenpaneelen mitsamt den darin enthaltenen Giftstoffen dar – ein weiterer Posten in der Liste der externen Kosten der Erneuerbaren Energien.

Der 102-jährige Biophysiker James Lovelock, einer der Gründerväter der grünen Bewegung, „Gaia“-Autor und Ehrendoktor der Universität Edinburgh, erklärte im Januar 2020 in einem „Spiegel“-Interview: „Wir haben in bestehende natürliche Systeme eingegriffen, und das zieht immer unbeabsichtigte Nebenwirkungen nach sich. Unser Wissenschaftssystem ist aber nicht darauf ausgelegt, die Gesamtzusammenhänge zu erfassen. Auf der Universität lernen die Studenten nur, wie man ein Examen macht.“



## ALLENSTEIN

# Protest gegen das neue Mediengesetz

Demonstrationen an vielen Orten – Kritiker befürchten einen Angriff auf die Presse- und Medienfreiheit

VON DAWID KAZANSKI

**K**urz vor Weihnachten fanden in mehr als 120 polnischen Städten Proteste und Demonstrationen zur Verteidigung der Unabhängigkeit der Medien statt. Das Gleiche geschah in Allenstein, wo sich mehrere hundert Menschen vor dem Rathaus versammelten.

Die Kundgebungen waren die Folge einer Änderung des Rundfunkgesetzes, gemäß der Investoren von außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums keine Mehrheitsbeteiligungen an polnischen Medien halten dürfen. In Zukunft sollen Rundfunklizenzen nur noch an ausländische Firmen vergeben werden dürfen, wenn sich der Sitz ihrer Zentrale im Europäischen Wirtschaftsraum befindet.

Viele behaupten, die Gesetzesnovelle zielt direkt auf den in der Republik Polen populären regierungskritischen Fernsehsender TVN ab, der sich im Besitz des amerikanischen Unternehmens Discovery befindet. Angeblich sollen die Amerikaner mit dem Gesetz gezwungen werden, eine Reihe von Sendern der Gruppe TVN an polnische Unternehmen zu verkaufen, was es den Regierenden erleichtern würde, den gesamten Medienmarkt ähnlich wie die öffentlich-rechtlichen Sender zu kontrollieren. Kritiker sehen dies als die größte Bedrohung für die Presse- und Medienfreiheit sowie Manipulationsgefahr in Polen an.

Sie kritisieren, dass der Versuch, die regierungskritischen, meinungsbildenden Informationsquellen auszuschalten, einen Angriff auf unabhängige Berichterstattung darstelle.

Die Manifestation in Allenstein wurde von lokalen Strukturen des Komitees zur



Vor dem Rathaus in Allenstein: Demonstranten mit der polnischen und der EU-Flagge

Foto: D.K.

Verteidigung der Demokratie organisiert. Mehrere hundert Menschen trafen sich zusammen und trafen sich vor dem Rathaus. Unter ihnen waren Janusz Cichoń, Abgeordneter der Bürgerlichen Plattform, der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz, Jarosław Słoma, Vorsitzender der Sejmikkommission für ethnische und internationale Minderheiten, Irena Telesz-Burczyk, Schauspielerin des örtlichen Theaters und Ehrenbürgerin der Stadt. Einige hielten Reden vor den Demonstranten.

Die Versammelten hatten polnische und EU-Fahnen in der Hand, skandierten regierungsfeindliche Parolen und forderten ein Veto des Präsidenten Duda gegen die Gesetzesänderung. In der Region fanden Proteste unter anderem auch in Elbing, Lyck, Lötzen und Ortelsburg statt. Die Demo in Allenstein fand auch in dem bekannten sozialen Netzwerk Facebook ein Echo.

Das Wort ergriff auch der Stadtpräsident Grzymowicz: „Der Versuch, den Fern-

sehsender TVN aus der polnischen Medienlandschaft zu eliminieren, ruft ein starkes Bedürfnis nach Protest hervor. Das ganze Land protestiert, und traditionell protestieren auch die Einwohner von Allenstein. Heute haben wir uns versammelt, um unseren Protest gegen die Unterdrückung der Demokratie und die Missachtung des Gesetzes zum Ausdruck zu bringen. Wenn es keine unabhängigen Medien gibt, werden wir zu den dunklen Tagen des Kommunismus zurückkehren.“

Deshalb ist jede Form des Protests willkommen, und die Unterzeichnung des Appells an Präsident Andrzej Duda, sein Veto gegen die Rundfunkgesetzesnovelle einzulegen, ist ein Beweis für bürgerlichen Anstand.“

„Wenn es keine unabhängigen Medien gibt, werden wir zu den dunklen Tagen des Kommunismus zurückkehren“

**Piotr Grzymowicz**  
Stadtpräsident von Allenstein

Die Öffentlichkeit wartete mit Spannung auf eine Entscheidung über die Zukunft der umstrittenen Gesetzesänderung. Letztendlich wurde ein Veto eingelegt. Grzymowicz, kommentierte den politischen Schritt wie folgt: „Präsident Duda hat sein Veto eingelegt. Damit hat er gezeigt, dass er das öffentliche Gehör und die Kritik an seiner eigenen politischen Gruppierung nicht völlig verloren hat. Gleichzeitig ist dies ein Sieg für all diejenigen, die auf der Straße gegen die Verletzung des Gesetzes und die Abschaffung der unabhängigen Medien protestiert haben. Ein Sieg für den gesunden Menschenverstand ist immer erfreulich und daher eine der besten Nachrichten zum Jahresende!“

## KÖNIGSBERG

# Chefchirurg der Region ist neuer Oberbürgermeister

Jewgenij Ljubiwyj lebt erst seit vier Jahren in der Pregelmetropole – Politisch ist er noch ein Neuling

Seit den letzten Wahlen der Abgeordneten für den Stadtrat in Königsberg gibt es einen neuen Oberbürgermeister: Jewgenij Ljubiwyj, Chefarzt des städtischen Notfallkrankenhauses.

Es sei daran erinnert, dass das Stadtoberhaupt von Königsberg früher von den Einwohnern der Stadt gewählt wurde und der Wahlsieger für gewöhnlich bis zur nächsten Wahl im Amt blieb. Doch nach einer Änderung der Stadtverfassung kann der Bürgermeister jederzeit wechseln, da er aus den Reihen der Stadtverordneten von selbigen gewählt wird. Bedenkt man, dass der Leiter der Königsberger Stadtverwaltung – zurzeit ist das Jelena Djatlowa –, der durch ein Auswahlverfahren gewählt wurde, für das Tagesgeschäft der öffentlichen Verwaltung zuständig ist, wechseln die Personalien an der Spitze recht häufig.

### Ein völlig Unbekannter

Für die Einwohner von Königsberg ist Ljubiwyj ein völlig Unbekannter in der Stadtverwaltung. Er wurde erstmals im September in den Stadtrat gewählt, und bereits auf der ersten Sitzung des neuen Stadtparlaments wurde seine Kandidatur von der Fraktion der Partei „Einiges

Russland“ vorgeschlagen, die mit 21 von 27 Sitzen über eine absolute Mehrheit verfügt.

Der neue Bürgermeister hat darüber hinaus auch das Amt des Vorsitzenden des Stadtrats übernommen. Da das Amt

des Bürgermeisters jedoch keine Überschneidungen zulässt, ist er bereits als Chefarzt zurückgetreten. Ljubiwyj ist nach wie vor der Chefchirurg der Region. Diese Stelle ist freiberuflich und wird nicht vergütet. Ljubiwyj selbst sagte nach

seiner Wahl: „Für mich ist dies ein völlig neuer Weg in meinem Leben.“

In der Tat hatte er sich noch nie zuvor mit Politik beschäftigt. Außerdem hatte der neue Bürgermeister zum Zeitpunkt der Wahl nicht einmal seinen offiziellen Wohnsitz in Königsberg – in seinen Wahlunterlagen war Moskau als Ort der Registrierung angegeben. Seine Familie lebt noch in der Hauptstadt. Ljubiwyj kam erst vor vier Jahren ins Königsberger Gebiet, als er zum Chefarzt ernannt wurde.

### Wohnsitz noch in Moskau

Dazu sagte er selbst: „Ich habe den medizinischen Teil der Stadt sehr gut kennengelernt, jetzt lerne ich die Kommunalwirtschaft kennen; natürlich bin ich viel gereist, natürlich habe ich viel gesehen, ich kenne den größten Teil der Stadt.“

Urbane Wirtschaft erfordert viel Scharfsinn und Erfahrung. Und bis es soweit ist, nutzt der Neue im Amt Tipps und Ratschläge seiner erfahreneren Kollegen. Vor allem die seines Vorgängers Andrej Kropotkin. Vor Kurzem hatte der Stadtrat den Haushaltsentwurf für die nächsten drei Jahre diskutiert und verabschiedet. Kropotkin war anwesend und beriet seinen Kollegen.

Kropotkin hat sein Amt als Bürgermeister von Königsberg niedergelegt. Er verließ den Stadtrat, als er in die Regionalduma gewählt und deren Vorsitzender er wurde.

Übrigens waren nur 16 der 27 Abgeordneten bei der Anhörung zum Haushalt anwesend, der das wichtigste Thema für die Entwicklung der Stadt in der nächsten Zeit darstellt. Ljubiwyj rügte die abwesenden Abgeordneten, weil sie die öffentlichen Anhörungen geschwänzt hatten, und versicherte, dass er gegen diese Nachlässigkeit der gewählten Vertreter vorgehen werde.

Ljubiwyj bedient sich gelegentlich der medizinischen Sprache, wenn er über den Zustand der Wirtschaft der Stadt spricht: „Was die Stadt betrifft, sehe ich auf den ersten Blick kein Thema für Amputationen, aber für rekonstruktive, plastische Chirurgie, Kosmetologie – ja.“ Diese allgemeinen Worte lassen noch keine konkreten Rückschlüsse zu, welche Art von Entwicklungsstrategie der neue Bürgermeister verfolgt oder ob es überhaupt eine gibt. Auch anderweitig hat er sich bisher nicht dazu geäußert. Die Zeit wird zeigen, welche Art von Bürgermeister er sein wird. *Jurij Tschernyschew*



Neues Gesicht in der Politik: Der Arzt Jewgenij Ljubiwyj

Foto: J.T.

## Wir gratulieren...



## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Eckstein, Hildegard**, geb. **Jopp**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 9. Januar  
**Rogowski, Erna**, geb. **Joswig**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 7. Januar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Kugge, Gertrud**, geb. **Scharnowski**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. Januar  
**Salecker, Kurt**, aus Ebenrode, am 7. Januar  
**Sembach, Ruth**, geb. **Pilchowski**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 13. Januar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Gerhardi, Traute**, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. Januar  
**Murr, Edith**, aus Lyck, am 11. Januar  
**Weiß, Heinz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Januar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Krupinski, Bruno**, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 12. Januar  
**Liebert, Ursula**, geb. **Klekottka**, aus Lyck, am 11. Januar  
**Malunat, Hannelore**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 8. Januar  
**Tulowitzki, Waltraud**, geb. **Radeck**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 9. Januar  
**Weber, Otto**, aus Groß Trakenen, Kreis Ebenrode, am 9. Januar  
**Wedler, Hermann**, aus Neuginnenhof, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Liss, Ulrich**, aus Lötzen, am 11. Januar  
**Luthi, Vera**, geb. **Tramowsky**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. Januar  
**Marschand, Hildegard**, geb. **Schink**, aus Fischhausen, am 10. Januar  
**Sohn, Hertha**, geb. **Luick**, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 13. Januar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Bandilla, Rosemarie**, geb. **Rompel**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Cordes, Martha**, geb. **Klecz**, aus Moithinen, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar  
**Hermenau, Alfred**, aus Königsberg, am 10. Januar  
**Kopitzki, Anneliese**, geb. **Borowski**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 12. Januar  
**Orlowski, Helmut**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 8. Januar  
**Pillath, Elfriede**, geb. **Kowallek**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar  
**Rottmann, Liesbeth**, geb. **Wolff**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 5. Januar  
**Schoenig, Willi**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 12. Januar  
**Schrack, Elisabeth**, geb. **Bahlo**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 9. Januar  
**Siering, Marianne**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 11. Januar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Gresch, Wilhelm**, aus Neidenburg, am 10. Januar  
**Kaden, Erika**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Januar  
**Keisker, Hildegard**, geb. **Ostrowski**, aus Treuburg, am 12. Januar  
**Kiel, Otto**, aus Lyck, am 7. Januar  
**Krohm, Luise**, aus Ebenrode, am 11. Januar  
**Pomian, Bruno**, aus Treuburg, am 2. Januar  
**Rundt, Hanne-Lore**, geb. **Radzio**, aus Lyck, Danziger Straße 31, am 8. Januar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Bartholdt, Ruth**, geb. **Wonitzki**, aus Ortelsburg, am 9. Januar  
**Christiansen, Kunigunde**, geb. **Galda**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 10. Januar  
**Fleischer, Ingeborg**, geb. **Marr**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 8. Januar  
**Hüttmann, Christel**, geb. **Malso**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 9. Januar  
**Jeschke, Walter Otto**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 12. Januar  
**Kukielka, Friedrich**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Januar

**Lange, Rudi**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. Januar  
**Merzenich, Gretel**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 9. Januar  
**Piassek, Edith**, aus Albrechtshof, Kreis Treuburg, am 11. Januar  
**Schmidtmeier, Waltraud**, geb. **Sudau**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 12. Januar  
**Stiegele, Inge**, geb. **Sack**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 9. Januar  
**Witt, Helmut**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Baumann, Hildegard**, geb. **Gräwert**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 2. Januar  
**Benecke, Christel**, geb. **Grunwald**, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunen, am 10. Januar  
**Bolscho, Willi**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Januar  
**Frank, Lydia**, geb. **Rostek**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 7. Januar  
**Godau, Grete**, geb. **David**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 12. Januar  
**Gödecke, Gerda**, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 13. Januar  
**Hentschel, Christel**, geb. **Peter**, aus Wehlau, am 9. Januar  
**Hipler, Bruno**, aus Klinken, Kreis Treuburg, am 3. Januar  
**Jung, Eva**, geb. **Jelling**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 7. Januar  
**Lenz, Brigitte**, geb. **Link**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 12. Januar  
**Martens, Gerda**, geb. **Herrmann**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Januar  
**Reeve, Robert**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Januar  
**Sanden, Helmut**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 11. Januar  
**Sellhorn, Elisabeth**, geb. **Kuczewski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Januar  
**Vent, Annilore**, geb. **Schiffke**, aus Wehlau, am 12. Januar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Birk-Redolf, Christa**, geb. **Gaudszun**, aus Wohren, Kreis Ebenrode, am 10. Januar

**Bohne, Waltraut**, geb. **Piechotta**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Brockmann, Frieda**, geb. **Kargoll**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Buchholz, Dorothea**, geb. **Knorr**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Januar  
**Danneberg, Erwin**, aus Kobbeldude, Kreis Fischhausen, am 13. Januar  
**Dannehr, Margarete**, geb. **Krause**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 8. Januar  
**Friedrich, Alfred**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 9. Januar  
**Greschat, Klaus**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 3. Januar  
**Ludwanowski, Hans-Joachim**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, am 11. Januar  
**Mack, Gerhard**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Januar  
**Mielenhausen, Elfriede**, geb. **Rahlf**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 12. Januar  
**Pallaks, Helmut**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 9. Januar  
**Pasternack, Edeltraut**, geb. **Kuschewitz**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 8. Januar  
**Rohmann, Meta**, geb. **Liebich**, aus Klausen, Kreis Lyck, am 9. Januar  
**Schweissinger, Klaus**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 7. Januar  
**Struwecker, Christel**, geb. **Klee-feld**, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 8. Januar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Becker, Helmut**, aus Kloben, Kreis Mohrunen, am 9. Januar  
**Chitralla, Kurt**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 2. Januar  
**Ehl, Erna**, geb. **Dogge**, aus Mohrunen, am 8. Januar  
**Faust, Ilse**, aus Lyck, Bismarckstraße 68, am 7. Januar  
**Firchau, Hildegard**, aus Lyck, Morgenstraße 8, am 10. Januar  
**Frank, Erika**, geb. **Szodruch**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. Januar  
**Grabowski, Günter**, aus Rum-mau-West, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar  
**Grote, Erika**, geb. **Jendral**, aus Neidenburg, am 7. Januar  
**Henke, Eva-Maria**, geb. **Frohnert**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 13. Januar  
**Hinz, Elli**, geb. **Behrend**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 7. Januar  
**Kalisch, Kurt**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar  
**Kalwa, Käte**, geb. **Beutler**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 11. Januar

**Kiko, Ursula**, geb. **Wehmeier**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Machnitzke, Erika**, geb. **Wagner**, aus Hindenburg, Kreis Labiau, am 8. Januar  
**Meier, Ruth**, geb. **Neumann**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 13. Januar  
**Pohlmann, Helmut**, aus Waldau, Kreis Tilsit, am 7. Januar  
**Rohr, Wolfgang**, aus Treuburg, am 4. Januar  
**Schimkat, Gerhard**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 7. Januar  
**Schmidt, Erika**, geb. **Schrödter**, aus Schwenkendorf, Kreis Mohrunen, am 13. Januar  
**Seitz, Eva**, geb. **Schneege**, aus Linkau, Kreis Fischhausen, am 10. Januar  
**Zibner, Werner**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 7. Januar

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Bräuer, Magda**, geb. **Kessel**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 7. Januar  
**Brookmann, Edith**, geb. **Sche-rotzki**, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 13. Januar  
**Czieso, Edith**, geb. **Scharf**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 11. Januar  
**Devantier, Christa**, geb. **Gerwien**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 11. Januar  
**Drees, Ursula**, geb. **Pommereit**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 1. Januar  
**Grabow, Christel**, geb. **Staschik**, aus Lyck, am 9. Januar  
**Gunia, Walter**, aus Gradienen, Kreis Neidenburg, am 8. Januar  
**Heise, Irmgard**, geb. **Donder**, aus Lyck, am 9. Januar  
**Krüger, Klaus**, aus Lyck, am 13. Januar  
**Kulbatzki, Ursula**, geb. **Dittrich**, aus Schlötzen, Kreis Treuburg, am 1. Januar  
**Lange, Dietrich**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 9. Januar  
**Lattemann, Dieter**, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 9. Januar  
**Lotz, Erika**, geb. **Pukrop**, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 11. Januar  
**Masuch, Siegfried**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 7. Januar  
**Rebuschat, Rosemarie**, geb. **Agurski**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 13. Januar  
**Scheffler, Werner**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 7. Januar  
**Schöttke, Werner**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 10. Januar

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
E-Mail: info@ostpreussen.de

**Seeger, Winfried**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 6. Januar  
**Seliger, Anneliese**, geb. **Reinke**, aus Ortelsburg, am 13. Januar  
**Thies, Hanna**, geb. **Pusch**, aus Elchdorf, Kreis Fischhausen, am 13. Januar

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bergknecht, Gerhild**, geb. **Endrejat**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 8. Januar  
**Daudert, Doris**, geb. **Szallies**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. Januar  
**David, Irmgard**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 12. Januar  
**Dittrich, Bernhard**, aus Schlotzen, Kreis Treuburg, am 4. Januar  
**Doberstein, Helga**, geb. **Frischmuth**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. Januar  
**Evers, Rosemarie**, geb. **Piayda**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 7. Januar  
**Gerth, Gerlinde**, geb. **Kompa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 8. Januar  
**Lube, Heidemarie**, geb. **Pahlke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. Januar  
**Neumeister, Anneliese**, geb. **Gayk**, aus Reuschenwerder, Kreis Neidenburg, am 8. Januar  
**Seidel, Alfred**, aus Ebenrode, am 9. Januar  
**Suck, Erhard**, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 2. Januar  
**Triebel, Ursula**, geb. **Mossakowski**, aus Surpien, Kreis Neidenburg, am 8. Januar  
**Wagner, Dieter**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Januar

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Hornecker, Elfriede**, geb. **Beltz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Januar

## Zusendungen für die Ausgabe 3/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 3/2022 (Erstverkaufstag 21. Januar) **bis spätestens Dienstag, den 11. Januar**, an die Redaktion der PAZ:  
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:  
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Kontakt

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchtstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

**11. bis 13. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

**22. bis 24. April:** Kulturseminar in Helmstedt

**23. und 24. April:** Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

**11. Juni:** Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

**25. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Osterode (Ostpreußen)

**23. bis 25. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**24. September:** 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

**7. bis 9. Oktober:** 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

**10. bis 16. Oktober:** Werkwochen in Helmstedt

**4. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**5. und 6. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**6. bis 9. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



### Baden-Württemberg

**Vorsitzende:** Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de  
**Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219 (Sprechstunden nach Vereinbarung)

### Schlussveranstaltung

**Göppingen** – Die letzte Hauptversammlung mit der Wahl des Vorstandes fand 2016 statt. Niemand wollte sich zur Verfügung stellen. So kam es zum gemeinsamen Zusammenschluss von den anderen Vorständen. Die Mitglieder stimmten zu, so konnte es mit uns weitergehen. Es gab wieder drei Mal pro Jahr eine gemeinsame Veranstaltung, immer mit dem Focus, die Erinnerungen aufrecht zu erhalten. Wir trugen ostpreußische Literatur in Form von Gedichten und Geschichten vor, manchmal sogar in ostpreußischem Platt, sahen uns Filme über Land und Leute an, bereiteten Ausstellungen mit Bernsteinschmuck vor und ließen uns alte Handwerkskunst vorführen. Auch das gemeinsame Singen unserer Heimatlieder war uns immer wichtig. Dann waren da die Höhepunkte: unsere gemeinsamen Mahlzeiten nach ostpreußischen Rezepten, wie Klopse, Prachersuppe, Grützwürste und auch Schmandheringe.

Leider traf man sich auch immer öfters, um unseren Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen. Dann kam die Pandemie und stoppte alle offiziellen Kontakte, nur telefonieren war möglich oder Rundschreiben, um Verbindung zu halten. Dieses Jahr nun erklärten uns zwei der Vorstände, dass sie aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weitermachen können. Am 6. November 2021 wurde in einer Vorstandssitzung beschlossen, dass am 4. Dezember eine letzte Hauptversammlung stattfinden wird. Dieses Treffen nun fand

unter strengen „2G-Regeln“ statt. Es kamen 16 Mitglieder und auch Freunde unserer Landsmannschaft, wie das Ehepaar Bayreuther von der Göppinger BdV-Gruppe, und aus Stuttgart unsere Landesfrauenbeauftragte, Uta Lüttich. Sie kündigte gleich zu Beginn einen Einspruch zu Tagesordnungspunkt sieben an, der Antrag zur Auflösung, was auch genehmigt wurde. Herr Korn begrüßte die Anwesenden und berichtete über die Ereignisse der letzten beiden Jahre. Er versuchte auch zu erklären, warum die Vorstandschaft nicht mehr weitermachen kann. Die Mitgliederzahl ist auf 21 Personen zurückgegangen, der Altersdurchschnitt beträgt jetzt 81,15 Jahre. Anschließend erfolgte der Kassenbericht, und beide Damen, Kassiererin M. Korn und Prüferin, M. Lutz wurden voll entlastet. Es berichtete dann Vera Pallas über die Lage in der Frauengruppe, die nur noch aus vier bis sechs Frauen, manchmal noch mit Ehepartnern, bestand. Daher auch die Schwierigkeit für ein passendes Lokal, nicht nur durch Corona. Sie nahm regelmäßig an den Werkwochen in Helmstedt teil und berichtete uns dann, dass sich dort eine jüngere Frau als neue Leiterin beworben hat. Es kann dort also weitergehen. Aber ohne den Hauptverein kann unsere Frauengruppe nicht weiter bestehen. Aus diesem Grunde hoffte nun auch Lüttich, dass sich hier in Göppingen wieder jemand zum Weitermachen finden würde. Sie appelliert an uns, doch die Bereitschaft dafür zu zeigen. Aber es gab keine Zustimmung, und so wurde der Antrag zur Auflösung der Göppinger Landsmannschaft, mit einer Nein-Stimme, angenommen. Im Anschluss feierten wir die Ehrung von sechs anwesenden Jubilaren. Aus persönlichen Gründen konnten zwei Personen nicht teilnehmen, sie erhalten die Urkunde später persönlich überreicht. Unsere älteste Jubilarin, Eva Auk-schlat, durften wir für 70 Jahre Vertrauen und Heimatliebe mit

einer besonderen Urkunde ehren. Von den Vorständen erhielten Herr und Frau Korn für ihre langjährige Mitarbeit einen Korb mit Säften und einem Einkaufsgutschein überreicht. Die anderen Anwesenden bekamen eine Dose Ostpreußischer Grützwurst, eine Geldspende zur Unkostendeckung, und zum nachfolgenden Kaffee leckeres Weihnachtsgebäck von Familie Korn überreicht.

Wir sangen nun noch einmal gemeinsam unser Lied: „Land der dunklen Wälder!“ Die Verabschiedung danach fiel uns schwer, trotz vieler Versprechen, weiterhin Kontakt zu halten.

Die Göppinger Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen ist nun, nach über 70 Jahren, einfach nur noch Geschichte!

Ina Meister, Schriftführerin



### Gerdauen

**Kreisvertreter:** Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

### Heimatbrief Nr. 68 erschienen

Noch vor Weihnachten hat unser neuer Heimatbrief (Nr. 68) alle in der Versandkartei erfassten Empfänger erreicht. In dem 128 Seiten starken Heft, das von unserem Redaktionsteam zusammengestellt wurde, finden sich viele schöne Geschichten und Wissenswertes über den Kreis Gerdauen früher und heute. So gibt es eine Aufstellung aller Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie Geschäfte in Gerdauen, einen Bericht über das Forsthaus Damerau, den zweiten Teil der Lebenserinnerungen an Nordenburg von Walter Fret, eine Erinnerung an den Schriftsteller Theodor Gottlieb von Hippel aus Gerdauen, etwas über das Dorf

Prosit, mit Ortsplan, und Neuigkeiten aus dem Heimatkreis. In einer neuen Rubrik werden zudem unsere neu eingerichtete Heimatstube in Büdelsdorf und ausgesuchte Exponate vorgestellt. Haben Sie den Heimatbrief trotz Versand nicht im Postkasten gehabt oder möchten Sie die Hefte zukünftig regelmäßig erhalten? Dann melden Sie sich bei Walter Mogk, Am Eichengrund 1 f, 39629 Bismark, Telefon/Whatsapp (0151) 12305377, E-Mail: kreiskartei@kreis-gerdauen.de. Wir senden Ihnen dann das Heft beziehungsweise einen Anmeldebogen zur Kreiskartei per Post oder auf elektronischem Wege zu. Mit der Anmeldung gehen Sie keinerlei Verpflichtungen oder Kosten ein. Die Mitgliedschaft in der Heimatkreisgemeinschaft und der Bezug des Heimatbriefes ist für Sie kostenfrei. Über Spenden, mit denen wir unsere Arbeit und die Erstellung des Heimatbriefes ausnahmslos finanzieren, freuen wir uns natürlich.

Walter Mogk



### Tilsit-Ragnit

**Kreisvertreter:** Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

**Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Wedelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

### Helmut Pohlmann zum 90.

Würdigung eines wertvollen Mitarbeiters, der nach seiner Pensionierung sich der Heimatkreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V. zur Verfügung stellte, der sehr schnell in den Vorstand avancierte und ihn mit seinen Ideen bereicherte.

Helmut Pohlmann wird 90! Ein Ostpreuße, wie er im Buche steht. Ist für ihn nun der letzte Teil eines



Wird 90: Ehrenvorsitzender Helmut Pohlmann

Foto: privat

erlebnisreichen Lebens angebrochen?

Ein wahrlich turbulentes Leben liegt hinter dem Jubilar. Geboren am 7. Januar 1932 in Waldau/Ostpreußen an der Scheschuppe, dem späteren Ostfluss, wuchs Helmut als ältester von fünf Söhnen seiner Eltern Werner und Martha Pohlmann, geb. Oppermann, auf.

Am 12. Oktober 1944, so berichtet er in seinem Büchlein „Lebenserinnerungen“, war die Ostfront bedrohlich nahe gerückt, als der erste Teil der Flucht gen Westen begann. Zunächst noch in halbwegs geordneten Verhältnissen, blieb der Familie doch im späteren Verlauf der Flucht keine Mühsal erspart. Das Eis des Frischen Haffs trug die beiden Pferdegespanne, bis sie auf der anderen Seite fast wieder festen Boden unter den Hufen hatten. Ein Pferd wurde durch Bordwaffenbeschuss der Tiefflieger getötet, Bombenlöcher hatten das Eis stellenweise aufgerissen und mussten umfahren werden. Ganze Gespanne samt Insassen versanken in den eisigen Fluten des Haffs. Die letzte kurze Strecke konnte schließlich zu Fuß zurückgelegt werden. Mit viel Glück wurde die Nehrung erreicht. Der nun folgende Leidensweg endete für die Familie, von der Front inzwi-

schen überrollt, wieder im Heimatort Waldau. Mit Frondiensten im eigenen Land folgte nun die systematische „Entdeutschung“ Ostpreußens und endete im Sommer 1948 mit der Vertreibung aller Deutschen aus Ostpreußen.

Helmut's schulische Ausbildung mündete im Ingenieurstudium, Fachrichtung Maschinenbau, an der Fachhochschule Kiel mit Ablegung der Diplomprüfung 1956.

Seine Tätigkeit als Ingenieur begann er bei der AEG-Hauptverwaltung in Berlin Grunewald, Fachbereich Thermodynamik, Turbinen, Kernkraftwerke. Seine größte Anlage, die er als Projektleiter betreute, war das KKW Philippsburg bei Karlsruhe.

Im Dezember 1956 wurde geheiratet. Der Ehe entspross eine Tochter.

1969 gliederten die Firmen AEG und Siemens ihre Bereiche „Kraftwerke“ aus dem Mutterkonzern aus und gründeten die gemeinsame Tochter „Kraftwerkunion“.

Die junge Familie zog 1970 von Berlin nach Frankfurt am Main und 1973 in ihr neu gebautes Haus im hessischen Dietzenbach.

Fortsetzung auf Seite 17

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Bank: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
 Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-C



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## Heimatkreisgemeinschaften

## Fortsetzung von Seite 15

Nach seiner Pensionierung wurde das Haus verkauft, um den Lebensabend im schleswig-holsteinischen Kropp zu verbringen.

Das war wohl die Zeit, als ich von Helmut telefonisch kontaktiert wurde, und er uns seine Mitarbeit anbot. Bald war er Mitglied unserer Kreisgemeinschaft. Seine aktive Mitarbeit begann als Schriftführer und endete als Geschäftsführer unseres Vereins. Dieses Amt hatte er zwölf Jahre inne. Anlässlich des Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V. am 23. Mai 1998 in Raisdorf wurde Helmut eine große Ehrung mit folgendem Wortlaut zuteil: „Die Landsmannschaft Ostpreußen verleiht Helmut Pohlmann in Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland ihr Ehrenzeichen.“

Im Folgenden seien einige seiner Aktivitäten als Mitglied der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit erwähnt: Teilnahme an etwa 20 Reisen in die Heimatregion, teils auch als Reiseleiter; Organisation und Begleitung diverser Hilfsgütertransporte in die Heimat, darunter der Transfer eines kompletten Friseurladens, ein anderes Mal

der Transport einer Wagenladung Südfrüchte; Mithilfe beim Aufbau der Heimatstube in Preetz; Mitarbeit beim Zustandekommen des Partnerschaftsvertrags Neman - KG Tilsit-Ragnit.

Der Jubilar war natürlich nicht vor Rückschlägen gefeit, wie es in jedem menschlichen Leben üblich ist. So traf ihn der Verlust seiner lieben Frau Ingrid, die seine gesamte berufliche Laufbahn begleitet hatte, sehr, wollten sie doch gemeinsam miteinander den Lebensabend verbringen.

Wir wünschen Dir, lieber Helmut, auf dem nun alleine verbliebenen Lebensweg vor allen Dingen zufriedenstellende Gesundheit und Gottes reichen Segen. Die freudigen Tage mögen stets die Oberhand behalten.

Der Vorstand hat Dir bei Deinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst in der Kreisgemeinschaft die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Möge unser Ehrenmitglied Helmut Pohlmann uns noch manche Jahre mit Rat und Tat begleiten.

Das wünscht Dir von ganzem Herzen unsere Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und ganz besonders ihr Ehrenvorsitzender, der Dich einmal in unsere Gemeinschaft integrieren durfte, *Albrecht Dyck*

## Philosophisches zum Jahresbeginn

„**Alles ist in der Natur verbunden:** ein Zustand strebt zum andern und bereitet ihn vor. Wenn also der Mensch die Kette der Erdorganisation als ihr höchstes und letztes Glied schloß, so fängt er auch eben dadurch die Kette einer höhern Gattung von Geschöpfen als ihr niedrigstes Glied an; und so ist er wahrscheinlich der Mittelring zwischen zwei ineinandergreifenden Systemen der Schöpfung. Auf der Erde kann er in keine Organisation mehr übergehen, oder er müßte rückwärts und sich im Kreise umher-taumeln; stillstehen kann er nicht, da keine lebendige Kraft im Reich der wirksamsten Güte ruhet; also muß ihm eine Stufe bevorstehn, die so dicht an ihm und doch über ihm so erhaben ist, als er, mit dem edelsten Vorzuge geschmückt, ans Tier grenzet. Diese Aussicht, die auf allen Gesetzen der Natur ruhet, gibt uns allein den Schlüssel seiner wunderbaren Erscheinung, mithin die einzige Philosophie der Menschengeschichte. Denn nun wird 1. der sonderbare Widerspruch klar, in dem sich der Mensch zeigt. Als Tier dienet er der Erde und hängt an ihr als seiner Wohnstätte; als Mensch hat er den Samen der Unsterblichkeit in sich, der einen andern Pflanzgarten fordert. Als Tier kann er seine Bedürfnisse befriedigen, und Menschen, die mit ihnen zufrieden sind, befinden sich sehr wohl hienieden. **Sobald er irgendeine edlere Anlage verfolgt, findet er überall Unvollkommenheiten und Stückwerk; das Edelste ist auf der Erde nie ausgeführt worden, das Reinste hat selten Bestand und Dauer gewonnen; für die Kräfte unsers Geistes und Herzens ist dieser Schauplatz immer nur eine Übungs- und Prüfungsstätte.** Die Geschichte unsers Geschlechts mit ihren Versuchen, Schicksalen, Unternehmungen und Revolutionen beweiset dies sattsam. Hie und da kam ein Weiser, ein Guter und streuete Gedanken, Ratschläge und Taten in die Flut der Zeiten; einige Wellen kreiseten sich umher, aber der Strom riß sie hin und nahm ihre Spur weg; das Kleinod ihrer edlen Absichten sank zu Grunde. Narren herrschten über die Ratschläge der Weisen, und Verschwender erbten die Schätze des Geistes ihrer sammelnden Eltern. Sowenig das Leben des Menschen hienieden auf eine Ewigkeit berechnet ist, sowenig ist die runde, sich immer bewegende Erde eine Werkstätte bleibender Kunstwerke, ein Garten ewiger Pflanzen, ein Lustschloß ewiger Wohnung. Wir kommen und gehen; jeder Augenblick bringt Tausende her und nimmt Tausende hinweg von der Erde: sie ist eine Herberge für Wanderer, ein Irrstern, auf dem Zugvögel ankommen und Zugvögel wegeilen. Das Tier lebt sich aus, und wenn es auch höhern Zwecken zufolge sich den Jahren nach nicht auslebet, so ist doch sein innerer Zweck erreicht; seine Geschicklichkeiten sind da, und es ist, was es sein soll. Der Mensch allein ist im Widerspruch mit sich und mit der Erde; denn das ausgebildetste Geschöpf unter allen ihren Organisationen ist zugleich das unausgebildetste in seiner eignen neuen Anlage, auch wenn er lebenssatt aus der Welt wandert. Die Ursache ist offenbar die, daß sein Zustand, der letzte für diese Erde, zugleich der erste für ein andres Dasein ist, gegen den er wie ein Kind in den ersten Übungen hier erscheint. **Er stellet also zwei Welten auf einmal dar; und das macht die anscheinende Duplizität seines Wesens.**“

*Johann Gottfried Herder (1744 in Mohrungen bis 1803 in Weimar)*

**Sonnabend, 11. Juni 2022**  
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

# Jahrestreffen



## der Landsmannschaft Ostpreußen

*Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers,  
Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.*

**CongressPark Wolfsburg**

**Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg**

**(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)**

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

## Kulturzentrum Ostpreußen

**Wie die Mediathek der Landsmannschaft Ostpreußen** einen Schatz an Informationen rund um das Thema Ostpreußen bietet, so lohnt ein Blick auf die Internetseite des Kulturzentrums Ostpreußen genauso. Hier finden sich beispielsweise unter der Rubrik „Historische Kalenderblätter“ ein gewaltiger Fundus an Wissen zu wichtigen Ostpreußen.

So gab es im August 2014 ein Kalenderblatt zum Philosophen und unangepassten Polemiker Johann Gottfried Herder, der am 25. August 1744 in der ostpreußischen Kreisstadt Mohrungen geboren wurde: „Die strenge elterliche Erziehung durch Mutter Anna Elisabeth und Vater Gottfried Herder,

einem Kantor und streng pietistischen Pädagogen, prägte seine Kindheit sehr. Tugenden wie Fleiß, Ehrgeiz und Pflichtbewusstsein wurden dem Jungen schon frühzeitig beigebracht. Seiner außerordentlichen Intelligenz war es zu verdanken, dass er die einfache Schule in Mohrungen bereits frühzeitig verlassen konnte, um nach Königsberg zu gehen. Obwohl Herder ursprünglich Medizin studieren wollte, begann er nach seiner Schulzeit ein Theologie- und Philosophiestudium an der altherwürdigen Albertus-Universität. Hier lernte er unter anderem Immanuel Kant kennen, den er als großen ostpreußischen Theoretiker sehr schätzte. Im Geist der humanistischen Aufklärung, die Mitte

des 18. Jahrhunderts in den Kreisen des intellektuellen Bürgertums immer stärker aufblühte, machte er rasch Bekanntschaft mit den freiheitlich-demokratischen Theorien Jacques Rousseaus. Auf Empfehlung seines Freundes, des Königsberger Philosophen Johann Georg Hamann, wurde Herder 1764 Kollaborator der Domschule in Riga. Abwerbungsversuche durch die St. Petersburger Peterschule entgegnete die Stadt Riga frühzeitig mit einer eigens für ihn geschaffenen Stelle in der städtischen Hauptkirche. Hier verfasste Herder die ersten Traktate seiner weltberühmten Abhandlungen. Mit der dreiteiligen Sammlung „Über die neuere deutsche Literatur. Fragmente“ (1766/67) er-

langte der Philosoph einen herausragenden Ruf innerhalb des aufgeklärten Bürgertums.“

Herder erforschte die großen sozialen Unterschiede auf dem Land und weitere Diskrepanzen, indem er die einfache Lebensweise der Letzten und Esten untersuchte. Wie in den meisten ländlichen Gegenden bestimmte die Adels herrschaft das klägliche Landleben, das in Widerspruch zu den liberalen Entwicklungen des städtischen Bürgertums stand. Reformen waren deshalb, laut Herder, dringend notwendig, um die sozialen Unterschiede zu beseitigen.“ *EB*

● Kulturzentrum Ostpreußen  
Schloßstraße 9, 91792 Ellingen

## ORDENSBURGEN

## Neue Erkenntnisse über Burg Plut

Archäologen aus Warschau untersuchten Erhebungen in einem Waldgebiet in der Nähe von Plauten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Orden der Brüder vom Deutschen Hospital Sankt Mariens in Jerusalem wurde 1190 während des dritten Kreuzzugs als Gemeinschaft von Krankenpflegern gegründet und dann am 19. Februar 1199 von Papst Innozenz III. in einen Ritterorden umgewandelt, für den sich die Kurzbezeichnung Deutscher Orden einbürgerte. Diesem gelang es beizeiten auch, in Europa Fuß zu fassen. Von zentraler Bedeutung hierbei waren die Goldene Bulle von Rimini und die Bulle von Rieti – zwei Dokumente, mit denen Kaiser Friedrich II. beziehungsweise Papst Gregor IX. den Orden 1226 und 1234 ermächtigte, gegen den „heidnischen“ Volksstamm der Prußen zu kämpfen und sich das dabei besetzte Territorium anzueignen.

Der Eroberungsfeldzug begann im Jahre 1231, als der erste Landmeister von Preußen, Hermann von Balk, mit sieben Ordensrittern und 700 Mann die Weichsel überschritt und noch im selben Jahr eine erste Burg auf dem jenseitigen Ufer errichten ließ. Derartige Bauwerke dienten als Stützpunkte für den weiteren Feldzug gegen die Prußen sowie zur Sicherung des neu gewonnenen Landes.

**Burgen ab 1240**

Im südlichen Teil der späteren preußischen Provinz Ostpreußen, der heute als polnische Woiwodschaft Ermland-Masuren firmiert, entstanden dann ab 1240 unter anderem noch Burgen am Platze der späteren Ortschaften Allenstein, Barten, Briesen, Bäslack, Braunsberg, Heilsberg, Löbau, Lötzen, Mehlsack, Mohrunge, Neidenburg, Hohenstein, Ortelsburg, Osterode, Rastenburg, Rößel, Schönberg, Soldau, Sonnenberg und Wartenburg sowie auch auf der Dobenschens Insel im Mauersee.

Eine weitere solche Befestigungsanlage aus der Zeit der Expansion des Deutschen



Waldgebiet in der Nähe von Plauten: Archäologen der Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität bei der Arbeit

Ordens wurde schon im 19. Jahrhundert in das preußische Denkmalregister eingetragen. Denn der Königsberger Landeshistoriker Max Toeppen war 1861 nach der Auswertung des spätmittelalterlichen Werkes „Chronicon Terrae Prussiae“ von Peter von Dusburg zu der Ansicht gelangt, dass die Wälle und Gräben bei Plauten weit

von Mehlsack und 56 Kilometer nördlich von Allenstein ebenfalls Überreste einer Ordensburg seien. Allerdings hat bis vor Kurzem niemand an dieser Stelle gegraben, um Toeppens Annahme zu überprüfen.

Die ersten, welche den Spaten in die bis zu 20 Meter hohen Erhebungen inmitten

eines Waldgebietes nahe des heutigen Plutystachen, waren Archäologen unter der Leitung von Rafal Solecki von der Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität in Warschau. Die polnischen Wissenschaftler erkundeten das Gelände im Rahmen eines nationalen Programms zur Erstellung eines Kataloges der Befestigungsanlagen in Ermland-Masuren. Dabei griffen sie zunächst zu zerstörungsfreien Methoden wie Bodenradar und legten danach steinerne Fundamente frei.

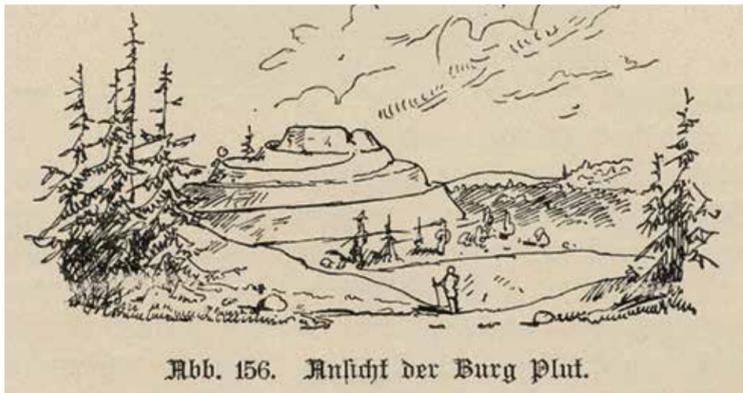
**Spuren aus der Eisenzeit**

Im Zuge dieser Ausgrabungen stellte sich heraus, dass das Areal schon vor fast 2500 Jahren bebaut wurde, denn die unterste Schicht stammt aus dem 5. bis 3. Jahrhundert v. Chr., also der frühen Eisenzeit. Dann muss in Plauten zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert n. Chr. eine einfache hölzerne preußische Burg gestanden haben. Die wiederum eroberte der Deutsche Orden irgendwann nach 1240 und wandelte sie in eine zweistöckige Festung mit Turm um. Im alten Burggraben

entdeckten Solecki und sein Team charakteristische Keramikscherben und Pfeilspitzen, welche als untrügliche Belege für die Anwesenheit der Ordensritter gelten. Gleichzeitig dürfte die Burg von Plauten mehrmals von den vertriebenen Prußen attackiert worden sein. Das ist jedenfalls die plausibelste Erklärung für die große Zahl der im Boden steckenden Projektile.

Historischen Aufzeichnungen zufolge ging das Bauwerk nicht in den direkten Besitz des Ordens über, sondern gehörte zu einer der vier christlichen Diözesen Kulmerland, Pomesanien, Ermland und Samland im entstehenden Deutschordensstaat, welche am 29. Juli 1243 durch den päpstlichen Legaten Wilhelm von Modena im Auftrag von Papst Innozenz IV. geschaffen und nachfolgend den Bischöfen Heidenreich, Ernst von Torgau, Heinrich von Streitberg beziehungsweise Anselm von Meißen und Dietrich I. unterstellt worden waren. In dieser Eigenschaft beherbergte die Burg aller Wahrscheinlichkeit nach kirchliche Verwaltungsbeamte der Diözese Ermland. Parallel dazu diente sie wohl auch als Stützpunkt, von dem aus man Abgaben der örtlichen Bevölkerung eintrieb, um diese dann in den Kellern des Gebäudes einzulagern. Auf jeden Fall waren die Ordensritter hier nicht die Hausherrn, sondern nur eine Art Garde zum Schutz der Kleriker.

Die mutmaßlichen Funktionen der Burg von Plauten erklärt dann auch deren etwas untypischer Standort: Normalerweise wählte der Deutsche Orden die Plätze für seine Befestigungsanlagen sehr sorgfältig aus und errichtete diese nur dann an der Stelle alter preußischer Wallburgen, wenn die natürlichen Geländebedingungen dort eine optimale Verteidigung garantierten, was in Plauten aber offenkundig nicht der Fall war. Solecki und Kollegen planen zusätzliche nichtinvasive Untersuchungen des Bodens rund um die Fundstelle, um eventuelle weitere unterirdische Strukturen zu identifizieren.



Burg Plut: Abbildung aus „Die Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Ostpreußen“

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Der „Schlesische Rembrandt“ kehrt nach Leubus zurück

Die Zisterzienserabtei erhielt Kopien des Königsbergers Michael Willmann – Noch ist ungewiss, ob die Originale folgen

Die einstige Zisterzienserabtei Leubus [Lubiąż], etwa 54 Kilometer nordwestlich von Breslau entfernt, zieht wieder Kunstpublikum an. Seit einigen Tagen hängen nämlich an den sonst kahlen Wänden der Klosterkirche wieder Kopien von Werken, die das Haus einst bestimmten. Zuvorderst ist dabei an den Königsberger Michael Willmann (1630–1706) zu denken.

Der Schlesische Rembrandt, wie Willmann gern genannt wird, schuf seine berühmtesten Werke im Auftrag des Leubuser Abts Arnold Freiberger. Willmanns Werkstatt wurde bald ein Vorbild für die barocke Malerei in ganz Schlesien. Es folgten Aufträge aus den Abteien Grüssau [Krzeszów], Heinirchau [Henryków], Kamenz [Kamieniec Ząbkowicki] und den oberschlesischen Klöstern Rauden [Rudy] und Himmelwitz [Jemielnica]. Willmanns Monumentalwerke entsprachen dem Geist der Gegenreformation und wurden gebührend in den Zisterzienserklöstern, die damals als künstlerische Zentren galten, gefeiert.

**Ruhm schon zu Lebzeiten**

Willmann genoss schon zu Lebzeiten großen Ruhm. Seine Vita ist bereits in der erstmals 1675 erschienenen „Teutsche(n) Aca-

demie der edlen Bau-, Bild und Malerkünste“ aufgenommen worden. Er starb 1706 als ein hochgeehrter Künstler. Nach seinem Tode wurde er in der Klostergruft von Leubus neben den Äbten bestattet.

Das Kloster Leubus, das im 14. Jahrhundert nicht nur das wichtigste Schlesiens, sondern ein kulturelles Zentrum ganz Ostmitteleuropas war, konnte diese Position jedoch nicht halten. Erst unter Abt Arnold Freiberger war im Barock wieder ein „Goldenes Zeitalter“ für Leubus angebrochen.

**Säkularisierung brachte das Aus**

Mit den Schlesischen Kriegen und der nunmehrigen Zugehörigkeit zu Preußen kam jedoch der nächste Umbruch. Im Zuge der Säkularisierung wurde das Kloster Leubus 1810 aufgelöst. Mit der Schließung wurden etliche Werke Willmanns in die neue Gemäldegalerie zu Breslau verbracht. Tytus Czaratoryski (PiS), der Vorsitzende der Kommission für Kultur und Bildung der Woiwodschaft Niederschlesien, sieht darin den Hauptgrund des Verfalls. „Die Säkularisierung Anfang des 19. Jahrhunderts war ein Fehler, denn auf diese Weise verlor das Kloster seine wichtige organisatorische Rolle“, bekundete Czar-



Beeindruckend auch im Detail: Ausschnitt eines Werks von Michael Willmann

toryski gegenüber TVP Breslau ganz in dem Sinne, dass Preußen für die negativen Aspekte der Geschichte zuständig sein muss. Und dies, obwohl nach 1945 erst eine richtige Tilgung Willmanns aus dem Bewusstsein Schlesiens folgen sollte.

Für den Niederschlesischen Woiwoden Jaroslaw Obremski wird noch viel Wasser die Oder hinabfließen müssen, ehe der Klosterkomplex nur annähernd so gut in Schuss sein wird wie beispielsweise Grüssau. Er hofft, dass die 1989 gegründete

Stiftung Leubus [Fundacja Lubiąż], die nun Besitzer des gesamten Klostergrundes ist, Gelder für die Sanierung akquiriert.

**Originale befinden sich in Breslau**

Erst einmal sollen nun Kunstfreunde Willmann-Kopien betrachten dürfen. Die Reproduktionen sind während der Vorbereitung zu der großen Willmann-Schau „Opus Magnum“ entstanden. Während die Originale im Vier-Kuppel-Pavillon neben der Breslauer Jahrhunderthalle präsentiert wurden, haben Künstler im Auftrag des Breslauer Nationalmuseums Kopien für Warschauer Kirchen erstellt, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit Willmann-Werken aus Schlesien ausgestattet wurden.

„Die Kopien sind lediglich eine Spur der einstigen Pracht und des künstlerischen Reichtums des Leubuser Klosters. Sie sollen daran erinnern, dass dieser Ort in der Vergangenheit eine Schatzkammer neuzeitlicher schlesischer Kunstwerke war. Sie sollen aber auch hoffen lassen, dass die Originale einmal hierher zurückkehren“, so Piotr Oszczanowski, Leiter des Nationalmuseums zu Breslau.

Chris W. Wagner

## HINTERPOMMERN

## Kolberg – einst und heute

Ein wundervoller Sandstrand, die reiche Historie und vielfältige Kureinrichtungen erfreuen die Besucher

VON ERWIN ROSENTHAL

Eine Wanderung am breiten, feinsandigen Strand von Kolberg [Kolobrzeg] lässt den Besucher ahnen, dass dieses Ostseebad in der 2. Hälfte des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein ernst zu nehmender Konkurrent des ältesten pommerschen Ostseebades Swinemünde war. Bei den Gästezahlen war man auf Augenhöhe mit den Usedomer Bädern und Misdroy. Man verstand sich als Kranken- und **Rekonvaleszenzbad** und warb damit, im Unterschied zu anderen Nord- und Ostseebädern, einen „vollkommen schnakenfreien Strand“ zu haben.

In den 1930er Jahren stritt sich das „See-, Moor- und Solebad Kolberg“ gar mit Swinemünde um den Superlativ, „das meistbesuchte deutsche Ostseebad“ zu sein. Im Sommerhalbjahr 1938 wurden 566.000 Gästeübernachtungen registriert. Die Gastgeber waren stolz auf ihre Heilanstalten (darunter zahlreiche für Kinder), Hotels und Pensionen, das Kurhaus, den Seesteg und die gepflegten Parks. Mehrmals am Tag gab es Kurkonzerte. Die Mehrzahl der Besucher kam aus Berlin und dem mittleren und östlichen Deutschland, auch aus Polen.

Heute hat sich das Bild gewandelt, die früheren Gastgeber sind zu Gästen geworden. Die Zahl der deutschen Kurpatienten wächst, nicht zuletzt wegen der moderaten Preise, stetig. Die Zahl der „Heimwehtouristen“ hingegen, die zu ihren Wurzeln beziehungsweise den Wurzeln ihrer Vorfahren zurück möchten, nimmt – schon biologisch bedingt – kontinuierlich ab. Die deutschen Gäste wer-

den hier gerne gesehen. Im Jahre 2000 wurde zur Erinnerung an die früheren Bewohner westlich der Persante, in der Parkanlage der Maikuhle, ein Lapidarium mit alten deutschen Grabsteinen geschaffen. Die Wegweiser in der Stadt und die Hinweistafeln bei den Sehenswürdigkeiten sind dreisprachig: Polnisch, Deutsch und Englisch, was in den westpommerschen Bädern keineswegs die Regel ist.

**Beliebt sind Schiffsausflüge**

Sehr empfehlenswert sind in Kolberg ein Spaziergang auf der Ostmole, eine Schiffsfahrt mit der Kogge „Santa Maria“ über die Mündung der Persante auf die See hinaus oder ein Besuch des idyllisch gelegenen Cafés auf dem Seesteg. Der Leuchtturm ist zwar nur 26 Meter hoch, bietet aber eine fantastische Aussicht. Und mit dem Katamaran „Jantar“ ist in der Sommersaison ein Tagesausflug nach Bornholm (Nexø) möglich. Auch über einen Seglerhafen verfügt die Stadt. Weniger euphorisch stimmt die weitläufige Promenade. Die berühmte Bäderarchitektur fehlt hier vollständig.

Stets waren die Kriege der Fluch der Kolberger. Die Pest und der Dreißigjährige Krieg, in dem sich hier Wallenstein und die Schweden gegenüberstanden, dezimierten die Bevölkerung. Im Siebenjährigen Krieg hungerten die russischen Belagerer die Stadt aus und nahmen sie schließlich nach der 3. Belagerung ein.

Napoleon hingegen, konnte im Jahre 1807 die Festung nicht stürmen. Gneisenau, Schill und Nettelbeck hatten deren Verteidigung geleitet. 1919 war Kolberg der letzte Sitz der Obersten deutschen Heeresleitung unter Paul von Hindenburg

und Wilhelm Groener. Das Ende für die im Jahre 1944 erneut zur Festung ernannte Stadt und ihre deutschen Einwohner war im März 1945 eingetreten, als die Stadt zwei Wochen lang von der Roten Armee belagert und fast völlig zerstört wurde. Das war der bittere Schlusspunkt unter der 700-jährigen deutschen Geschichte der Stadt, die im Jahre 1255 von Herzog Wartislaw III. von Pommern und Bischof Hermann von Gleichen von Cammin das Stadtrecht nach Lübischem Recht erhalten hatte.

**Lübisches Stadtrecht**

Von 1361 bis 1610 gehörte Kolberg der Hanse an. In dieser Blütezeit der Stadt waren die Salzproduktion, der Salzhandel und der Fischfang die Haupteinnahmequellen Kolbergs. Mehr als 30 kleinere Salzsiedereien existierten bis zum Jahre 1860. Das auf der an der Persante gelegenen Salzinsel gewonnene Salz brachte den Bürgern jenen Wohlstand, der sich auch im Stadtbild widerspiegelte.

Nach dem Krieg wurde das zerstörte historische Stadtzentrum, abgesehen vom Rathaus, dem Dom und einigen wenigen Bürgerhäusern, nicht wieder aufgebaut. Triste Plattenbauten bestimmten zu dieser Zeit das Stadtbild. Erst in den 90er Jahren begann man damit, im Stadtzentrum an die alte architektonische Tradition anzuknüpfen.

Den Wert Kolbergs als Kurort erkannten die polnischen Behörden bereits Jahrzehnte früher. Mit Unterstützung aus

Warschau wurde das Ostseebad nach dem Krieg zum Zentrum der westpommerschen Kurorte ausgebaut. Heute bildet der Tourismus für die rechts und links der Persante-Mündung gelegene Stadt mit ihren 46.700 Einwohnern den stärksten wirtschaftlichen Zweig. Ein Rundgang durch das partiell wiederhergestellte historische Stadtzentrum ist sehr empfehlenswert. Die Pulverbastei, der Dom, das Neugotische Rathaus und der Braunschweiger Palast bilden die Höhepunkte.

Der Dom (die Marienbasilika) – bis 1945 die St.-Marien-Domkirche – verfügt über sehr wertvolle alte Kunstschatze. Bis zu 9000 Gläubige können hier am Gottesdienst teilnehmen. Das Rathaus war von 1829 bis 1831 nach einem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel erbaut worden. Das ursprüngliche mittelalterliche Rathaus wurde 1807 durch Napoleons Truppen, die der Stadt unermesslichen Schaden zugefügt hatten, zerstört. Im offenen Innenhof des Gebäudes befand sich bis 1945 die Statue Friedrich Wilhelms III. Er hatte seine Schatulle für den Wiederaufbau des Rathauses weit geöffnet und zudem die Gründung eines „Seebade-Etablissements“ in Kolberg angeregt.

Das Braunschweigische Palais, benannt nach einer angesehenen Kolberger Ratsfamilie, beherbergt heute das Museum und bietet eine Ausstellung zur Stadtgeschichte. Sehenswert sind auch die Gebäude an der früheren Schmiedestraße [ul. Stanislaw Dubois], die Teil der Straße „An der Mauer“ war. Mit den hier wieder entstandenen Handwerkerhäusern aus dem Mittelalter ist die Annäherung an das historische Stadtbild offensichtlich am besten gelungen. In der genannten Straße

befindet sich auch der Pulverturm [Baszta Prochowa], der im 14. Jahrhundert als Teil der 1600 Meter langen Stadtmauer im Stil der Backsteingotik errichtet wurde. Es heißt, dass der Turm als einziges Gebäude des Stadtzentrums nicht zerstört worden war. Das Anbringen der über Jahrhunderte geltenden deutschen Straßennamen würde das Stadtzentrum zweifellos weiter aufwerten.

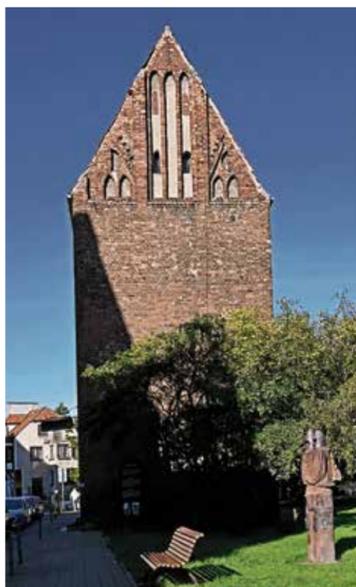
**Festungen und Schanzen**

Stein gewordene pommersche Geschichte sind auch die alten Festungsanlagen. Auf der Salzinsel befindet sich die Schill-Redoute, eine geschlossene Feldschanze, die der Bewachung des westlichen Stadtbereichs diente. Auf den Fundamenten des Forts Münde, das die Hafeneinfahrt sicherte, wurde der heutige Leuchtturm erbaut. Im Osten der Strandpromenade können die Reste der Waldenfelsschanze besichtigt werden. Etwas weiter landeinwärts, beim Amphitheater, sind beim genauen Hinsehen Überbleibsel der Wolfbergsschanze zu erkennen. Und westlich der Persante befanden sich die Heyde-Schanze und die Kleist-Schanze.

Die Festung Kolberg nutzte Preußen auch für den Strafvollzug. Hier hatten auch Adam Heinrich Dietrich Freiherr von Bülow, der als literarische Figur in Fontanes Schach von Wuthenow auftritt, Turnvater Jahn, der in Bergen auf Rügen geborene Philosoph Arnold Ruge und Martin von Dunin ihre Festungshaft verbüßt. Die Festungshaft galt in Preußen als „ehrenvolle Strafe“. Sie konnte bei politischen Straftaten von Offizieren und Angehörigen der höheren, gebildeten Schichten oder gegen Duellanten verhängt werden.



Das Rathaus: 1829 bis 1831 nach einem Entwurf von Karl Friedrich Schinkel erbaut. In dem Innenhof befand sich bis 1945 die Statue Friedrich Wilhelms III.



Der Pulverturm: Einst Teil der Stadtmauer, erbaut im 14. Jahrhundert



Das Museum zur Stadtgeschichte: Im einstigen Braunschweigischen Palais gelegen

Fotos (3): Erwin Rosenthal

## KULINARISCHES

## Wer kennt Tollatsch?

Diese Spezialität aus Pommern wird auch heutzutage zur Schlachtezeit in einigen Fleischereien angeboten

Winterzeit war Schlachtezeit in den Dörfern Pommerns. Stellte sich kältere Witterung ein, wurde auf den Höfen das erste Schwein bereits Anfang Dezember geschlachtet, das zweite folgte meistens im Februar. Immer war das mit einer gewissen Feierlichkeit verbunden. Bei aller Vorfreude auf Karbonaden, Bratklopse und Apfelfriegelschmalz bedeutete das Ereignis aber mindestens drei, vier Tage lang reichlich Arbeit. Es brauchte eben seine Zeit, bis die letzten Würste im Rauch hingen.

Zu dem, was aber alsbald in einer Schüssel auf dem Esstisch stand, ge-

hörte Tollatsch. Tollatsch, was soll das denn sein? So fragt man bis heute jenseits der Grenzen des Pommernlandes, denn die Spezialität ist dort unbekannt. Es handelt sich um in Fleischbrühe gegarte Klöße, die man aus Mehl, Zucker, Schmalz, Schweineblut, Lebkuchengewürz, Rosinen oder getrockneten Preiselbeeren formte. Die Zutaten variierten jedoch etwas in den verschiedenen Landstrichen.

Die Klöße schmeckten Groß und Klein, auch wohl, weil es sie nur in der Schlachtezeit gab. Kinder bekamen sie schon gern mal mit auf die Faust, um damit gleich wieder nach draußen zu ver-

schwinden. Stubenhockerei war damals nur bei schlechtem Wetter üblich. Auch mussten die Kinder ab und an helfen. Man rief sie während des Schlachtens zu Hand-



FOTO: ENGEL

reichungen. An Jungs, so sie denn schon fest auf den Beinen standen, erging zum Beispiel gleich zu Anfang die Bitte, die Seele des Schweins aufzufangen. Eine höchst verantwortungsvolle Angelegenheit, wie der Schlachter sie allen Ernstes belehrte, denn sie müssten aufpassen wie Schießhunde. Die Seelenfänger hatten die Aufgabe, wenn das betäubte Schwein am Boden lag und ausblutete, einen großen Sack gegen dessen Hinterteil zu drücken, bis die Seele eben drin war. Eigentlich einfach, doch rief der Schlachter: „Habt ihr sie?“, mussten die Jungs verblüfft feststellen, dass nichts drin war im Sack. Pfffigge

Kinder durchschauten den Schabernack bald und ließen sich kein zweites Mal zum Narren halten. Doch fielen meist immer wieder jüngere darauf rein. Scheu vorm ersten Akt des Schweineschlachtens aber hatte niemand.

Hauschlachtungen sind inzwischen aus der Mode gekommen und damit auch Brauchtum und mancher „Spjök“. Tollatsch aber wird in Fleischereien zwischen der Halbinsel Darß und Randowbruch zur Schlachtezeit noch immer gern angeboten und gekauft. Auch Online ist diese Spezialität bei pommerschen Fleischereien zu bestellen. K.-H. Engel

# „... dann akzeptiert man auch schwere Maßnahmen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Sehr geehrte Damen und Herren, wie immer, warte ich gespannt jeden Donnerstag auf meine ‚Preußische‘ und bin gebannt ob der Beiträge zu Politik und Kultur“

Gabriele Mark, Hoyerswerder



Ausgabe Nr. 51

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## MIT ENTBEHRUNGEN LEBEN ZU: HIN UND HER BEI IMPFPFLICHT (NR. 51)

Ich gehöre einer Generation an, die in ihrer Kindheit noch gelernt hat, mit Entbehrungen leben zu können, ohne dass man sich gleich in seiner Lebensqualität beeinträchtigt fühlt. Die autofreien Sonntage im Jahr 1973 zählen zu meinen schönsten Kindheitserinnerungen, weil ich als damals Elfjähriger spürte, dass die Erwachsenen viel entspannter waren als sonst.

Das ist auch der Grund, warum die Menschen in armen Ländern, die sich alltäglich nach der dünnen Decke strecken müssen, gesellschaftlich bezogen mit dieser epidemischen Lage besser zurechtkommen als die Leute hierzulande. Das Hauptproblem unserer Gesellschaft ist der verbreitete Egoismus.

Wir haben Pandemie, aber viele Menschen glauben, sie hätten ein Grundrecht auf ihr Leben vor Corona. Die Kommunikationsstrategie der Politik, sofern es überhaupt eine gibt, ist in diesem Punkt kläglich gescheitert. Eigentlich hätte die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel den Bürgern bereits reinen Wein einschenken müssen, dass es das Leben vor Corona bis auf Weiteres nicht mehr geben wird. Auch der neue Bundeskanzler Olaf Scholz besitzt hierzu leider nicht die nötige Courage.

Wenn die Bürger wissen, woran sie sind, dann akzeptieren sie auch schwere Maßnahmen. Das hat der erste Lockdown im Frühjahr 2020 unter Beweis gestellt. Jeder Bürger in diesem Land hat ein Recht darauf, von der Politik mit Respekt behandelt zu werden. Wir sind keine kleinen Kinder, vor denen man die Wahrheit nicht aussprechen darf. *Alfred Kastner, Weiden*

## KÄMPFER GEGEN WINDMÜHLEN ZU: ES IST ZEIT FÜR DEN AUSSTIEG (NR. 43)

Der überraschende Rücktritt von Bundesbankchef Jens Weidmann wirft in der

Tat schwerwiegende Fragen auf. Will Weidmann sich zurückziehen, damit das, was auf uns zukommt, nicht mit seinem Namen in Verbindung gebracht wird? Weiß Weidmann etwa, dass die Euro-Währung infolge der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank den Bach runter gehen könnte? Weiß Weidmann ferner, dass die unsäglichen Target-2-Verbindlichkeiten anderer Zentralbanken bei der Bundesbank womöglich verloren sind? Die Target-2-Kredite muss die Deutsche Bundesbank den ausländischen Zentralbanken einräumen, was dazu führt, dass wir einen Großteil unserer Exporte selbst bezahlen müssen.

Das Volumen dieser Kredite beläuft sich auf rund eine Billion Euro und hat durchaus das Potential für einen Staatsbankrott. Unser Bundeshaushalt hat einen Umfang von etwa 340 Milliarden Euro. Für die Verluste der Bundesbank müsste der Bundesfinanzminister aufkommen. Das heißt, drei volle Bundeshaushalte würden im Loch verschwinden. Wollte man diese Verluste auf das deutsche Volk umlegen, müsste jeder Deutsche 12.500 Euro blechen. Für eine vierköpfige Familie wären das 50.000 Euro.

Weidmann hat sich bemüht, für eine solide Währungspolitik im Zentralbankrat zu sorgen. Aber gegen die Mehrheit der südländischen Inflationäre konnte er nicht ankommen.

*Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf*

## CO<sub>2</sub>-UMNEBELTE POLITIKER ZU: FÜR DEUTSCHLAND WIRD GLASGOW EIN DESASTER (NR. 46)

Der Begriff „Weltklimakonferenz“ sollte eigentlich implizieren, dass es sich bei der als erforderlich angesehenen Klimarettung um ein Problem handelt, welches die Welt nur als Gesamtheit lösen kann. Eine aufzustellende Klimabilanz müsste somit auch die Gesamtheit aller Länder dieser Erde mit ihren schädlichen Ausstößen umfassen und dort ansetzen, wo der größte Ausstoß stattfindet. Aber bereits bei dem Begriff „Klimabilanz“ findet schon

eine Unterscheidung nach Entwicklungs- und Schwellenländern statt, als wenn man aus einer Bilanz Teile der Aktiva oder Passiva herausnehmen könnte.

Die Erreichung der Klimaziele, eine Senkung des Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>)-Ausstoßes, wurde den Industrieländern in der Vergangenheit oft dadurch möglich, dass Wirtschaft und Politik die Abwanderung des produzierenden Gewerbes in gerade diese Länder wegen der niedrigeren Produktionskosten als sinnvoll erachteten beziehungsweise nicht widersprachen.

Wer erinnert sich nicht an die vielen chinesischen Arbeiter im Ruhrgebiet, die unsere Montanindustrie im Wandel vom Kohlerevier zur Dienstleistungsstruktur bereits vor 20 Jahren demontierten und in China wieder aufbauten?

Wenn man China oder Indien (wo die ausgedienten Seeschiffe dieser Welt an den Stränden des Ozeans demontiert werden) zur Werkbank der Welt umfunktioniert, muss man sich über deren CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Energiebedarf nicht wundern. Diese Länder haben es dadurch zu einem Wohlstand gebracht, der ohne diese Maßnahmen nur schwer zu erreichen gewesen wäre. Um sich dieses volkswirtschaftlich positive Ergebnis zu erhalten, signalisieren sie auf solchen Konferenzen bestenfalls ihr Wohlwollen.

Welche Anstrengungen könnte man diesen von Luxusorgen weit entfernten aufstrebenden Ländern auch schon abverlangen, zumal sie in ihrem gesamtumweltlich schädlichen Verhalten jetzt auf weitere finanzielle Hilfe rechnen können?

Welche Auswirkungen nun klar definierte Zahlen bei den Emissionen Deutschlands (zirka drei Prozent Weltanteil) und anderer Industrieländer, die ihre Produktionen ebenfalls in Richtung China und anderswo ausgelagert haben, für das Ergebnis des Gipfels weltweit Positives hätten bringen können, bleibt im Dunkeln. Neben der Nichteinbindung streitbarer Wissenschaftler zur Feststellung des Umfangs der erwarteten Katastrophe ist leider auch die Feststellung unterblieben, welche Vorteile nun die

Umstellungen auf Elektromobilität für die Umwelt bringen.

Zusammenfassend wird man festhalten dürfen, dass unsere Politik dabei ist, unsere bisher weitgehend intakte deutsche Volkswirtschaft an die Wand zu fahren. *Rudolf Neumann, Ahrensburg*

## WAHNSINNIGE ENERGIE-REISE ZU: MEHRHEIT WILL VORRANG FÜR MENSCHENRECHTE (NR. 51)

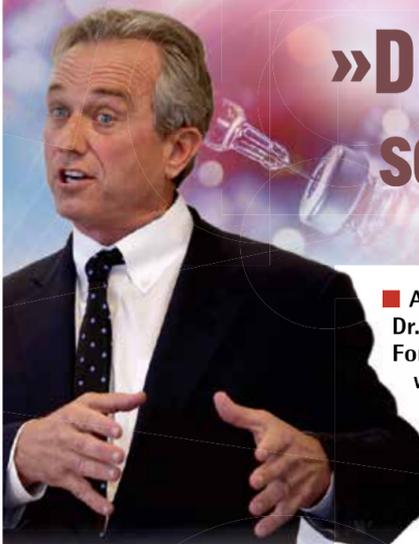
Aus meiner Sicht fehlt noch ein gewaltiges Manko von Ex-Kanzlerin Angela Merkel: die Energiewende. Die Politik und die Energiekonzerne hatten sich auf einen vernünftigen Energiewechsel geeinigt. Doch dann kam 2011 Fukushima. Das Drama rief alle aggressiven Mächtigen umweltschützer auf die Barrikaden. Unter dieser Last brach Frau Merkel zusammen und machte jeden Unsinn mit.

Stromtrassen, Windenergie und Solarstrom reichen nicht, es wird Energie zugekauft. Zweimal stand Deutschland im vergangenen Jahr vor einem Energie-Blackout. E-Autos auf Biegen und Brechen. Keiner weiß, wie man sich bei Unfällen verhalten soll, die Herstellung der Akkumulatoren ist nicht gerade umweltfreundlich. Wohin wird ein defektes Auto mit defekten Batterien verbracht? Wenn viele Autos in einer Wohnanlage zur selben Zeit laden, bleibt dann in den Häusern das Licht an?

Unser Strompreis setzt sich aus acht Positionen zusammen. Der EEG-Umlage, der NEV-Umlage, der KWK-Umlage, der Offshore-Netzzulage, der Umlage für abschaltbare Lasten, der Energiesteuer, der Konzessionsabgabe und der Umsatzsteuer. Es wundert mich, dass für Freileitungen keine Luftbenutzungssteuer und für Erdkabel keine Bodenbenutzungssteuer erhoben wird.

Sinnvoll wäre doch, weiter zielführend eine Vogelschutzsteuer und eine Umweltschadstoffsteuer einzuführen. Ich frage mich, wohin die Reise dieser wahnsinnigen Imagepflege der Grünen geht. *Peter Karstens, Eckernförde*

ANZEIGE



## »Dieses Buch ist Anthony Faucis schlimmster Albtraum!«

*Mikki Willis, Filmregisseur*

■ Als Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) gibt Dr. Anthony Fauci jährlich 6,1 Milliarden Dollar an Steuergeldern für die wissenschaftliche Forschung aus. Das erlaubt ihm, die Themen, deren Inhalte und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Gesundheitsforschung auf der ganzen Welt zu diktiert. Fauci nutzt die ihm zur Verfügung stehende finanzielle Macht, um außergewöhnlichen Einfluss auf Krankenhäuser, Universitäten, Fachzeitschriften und Tausende einflussreicher Ärzte und Wissenschaftler auszuüben, deren Karrieren und Institutionen er ruinieren, fördern oder belohnen kann.

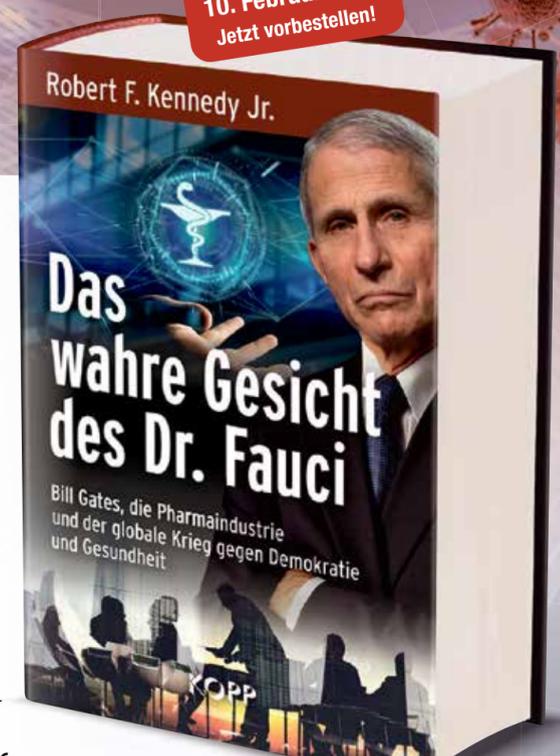
**Gründlich recherchiert, ist dies eines der wichtigsten Enthüllungsbücher dieses Jahrzehnts**

»Wir haben das Buch von Robert Kennedy *Das wahre Gesicht des Dr. Fauci* ins Deutsche übersetzt. Ich bin schockiert, denn das wahre Gesicht des Dr. Fauci, aber auch die wahren Gesichter des Dr. Gallo und des Bill Gates und deren Einfluss auf die WHO, auf die globalen Mächte und letztendlich auf jeden von uns sind grausam und erschreckend. Mit ungeahnter Skrupellosigkeit und Brutalität werden seit Jahrzehnten besonders Kinder in Impfexperimenten, die Fauci, Gallo und Gates zu verantworten haben, getötet. Ihr Meisterstück liefern sie nun ab: Covid 19.

Sie benötigen starke Nerven beim Lesen dieses Buches, welches hoffentlich diesem schändlichen Treiben nun ein Ende setzt.«

*Prof. Stefan Hockertz*

Lieferbar ab  
10. Februar 2022  
Jetzt vorbestellen!



**Das wahre Gesicht des Dr. Fauci**  
Robert F. Kennedy Jr.  
Bill Gates, die Pharmaindustrie und der globale Krieg gegen Demokratie und Gesundheit

Robert F. Kennedy Jr., der das Vermächtnis seines mutigen Vaters und Onkels ehrt, warnt die Welt seit Jahrzehnten vor den Gefahren der rücksichtslosen Impfkampagnen der Pharmaindustrie.«

*Mikki Willis, Filmregisseur*

**Robert F. Kennedy Jr.: Das wahre Gesicht des Dr. Fauci • gebunden ca. 900 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 985 300 • 29.99 €**

**KOPP VERLAG**  
Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

**Jetzt bestellen!**  
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

© Portland Press Herald – Kontributor / gettyimages.de

## TECHNIK

# Ein Wink mit dem Signalpfahl

Erst eine Telegrafenanlage und später ein Sterne-Observatorium: Deutsche Spitzentechnologie auf dem Potsdamer Telegrafenberg

VON SILVIA FRIEDRICH

Sanssouci, Schloss Cecilienhof, Museum Barberini – an Sehenswürdigkeiten mangelt es Potsdam wahrlich nicht. Durch die Fülle an Gebäude- und Park-Attraktionen kann man jedoch ein für Wissenschaft und Forschung bedeutendes Gelände leicht übersehen.

Nahe des Potsdamer Hauptbahnhofs liegt auf einer bewaldeten Erhebung, uneinsehbar und versteckt, der „Wissenschaftspark Albert Einstein“. Er befindet sich auf einem ehemals namenlosen Hügel, der vor 190 Jahren ausgewählt wurde, um den vierten von insgesamt 61 optischen Telegrafen zu tragen. Die nur staatlichen und militärischen Zwecken dienende preußische Telegrafienlinie mit einer Länge von 750 Kilometern verband Preußens Hauptstadt Berlin mit Koblenz, dem Verwaltungszentrum der Rheinprovinz.

Die auf Erhebungen errichteten Telegrafienstationen, in einem Abstand von zehn bis 15 Kilometern aufgestellt, bestanden jeweils aus einem Masten mit drei Armpaaren. Die sechs Flügel konnten von einem Telegrafisten mittels Seilzügen in vier Positionen gebracht werden: 0, 45, 90 und 135 Grad. Die sich daraus ergebenden 4096 Zeichen machten es auf diese Weise möglich, Zahlen, Buchstaben, Wörter und sogar ganze Sätze darzustellen.

In der sich unter dem Mast befindenden Stube hielten Soldaten mit einem Fernrohr Ausschau zur nächstgelegenen Station, um die Armstellungen abzulesen. Mithilfe der immer nur in einer Richtung möglichen optischen Telegrafie durchlief ein Satz von mäßiger Länge von der Station eins auf einem alten Sternwarenturm in der Mitte Berlins in 15 Minuten sämtliche Stationen bis zum Rhein. Eine beachtliche Leistung in einer Zeit, als Postkutschen das Tempo vorgaben. Eine solche Leistung konnte aber nur erbracht werden, wenn das Wetter mitspielte.

Die den wachsenden Ansprüchen nicht mehr genügende optische Telegrafie wurde wenig später durch die Elektrotelegrafie überflüssig und 1849 abgebaut. Die Anhöhe jedoch behielt die Bezeichnung Telegrafenberg.

Mitte des 19. Jahrhunderts wurde vom Berliner Physiker Gustav Robert Kirchhoff und dem Chemiker Robert Wilhelm Bunsen die Spektralanalyse entwickelt. Mit der Methode konnte man auch die chemische Zusammensetzung und physikalischen Zustände von Himmelskörpern erforschen. So regte der Direktor der Berliner Sternwarte, Wilhelm Julius Foerster, zunächst den Bau eines Sonnenobservatoriums an. Bald wurden die Erkenntnisse ebenso auf den neuen wissenschaftlichen Zweig in der Astronomie, die Astrophysik, ausgedehnt, und es kam zur Gründung des Astrophysikalischen Observatoriums Potsdam (AOP) im Jahr 1874.

Das AOP war weltweit die erste Einrichtung, die Wissenschaft an der Schnittstelle von Astronomie und Physik betrieb. Auf der Suche nach einem geeigneten Gebiet für wissenschaftliche Institute, die für ihre Messungen und Experimente ungestörte Umweltbedingungen brauchten, erinnerte man sich wieder an den knapp 100 Meter hohen Telegrafenberg. Außer dichtem Mischwald, der für ein geeignetes Beobachtungsklima ohne nachteilige Wärmestrahlung sorgte, bot das Areal auch eine besondere Reinheit der Luft sowie eine erschütterungsfreie Lage.

Bis zur Jahrhundertwende entstanden hier das AOP, das Meteorologisch-Geomagnetische Observatorium, das Geodätische Institut mit Nebengebäuden und Wohngelegenheiten für die Astronomen.



Wie ein aufrechtes U-Boot: Der Einsteinurm auf dem Telegrafenberg gilt als revolutionäres Bauwerk des Architekten Erich Mendelsohn Foto: imago images/Eberhard Thonfeld

Eine Sternstunde im wahrsten Sinne des Wortes schlug den Forschern im Jahr 1899. In einem Festakt im Beisein Kaiser Wilhelms II. wurde auf dem Telegrafenberg der bis dahin größte gebaute Refraktor eingeweiht. Um die Beobachtungsmöglichkeiten insbesondere lichtschwächerer Sterne zu optimieren, wurde dieser etwa eine halbe Million Goldmark verschlingende Doppelrefraktor in einem imposanten Bau, dessen drehbare Kuppel einen lichten Durchmesser von 21 Metern und ein Gewicht von 200 Tonnen aufweist, untergebracht.

Doppelrefraktor heißt das Teleskop deshalb, weil hier zwei Fernrohre, eines für unmittelbare Sternbeobachtungen, das andere für die Fotografie der Beobachtungen, fest miteinander verbunden wurden. Der Große Refraktor gilt auch heute noch als das viertgrößte Linsenteleskop der Welt. Der bewegliche Teil des Fernrohres wiegt sieben Tonnen.

## Der Kaiser persönlich kam vorbei

Für die technische Ausführung zog man renommierte Firmen mit großen Namen heran. Siemens und Halske lieferten die elektrische Ausrüstung, Schott in Jena zeichnete verantwortlich für die Glasschmelze der Objektiv. Gefertigt wurden diese bei Steinheil in München. Der Betrieb Repsold in Hamburg führte die Fernrohrmontierung aus, und die Berliner Firma Hoppe war betraut mit dem Bau der fahrbaren Beobachterbühne.

Das als Fahrstuhl bezeichnete Gerüst mit doppelläufiger Treppe war so in den Drehkranz der Kuppel eingehängt, dass die sich darauf befindende Arbeitsplattform mit Beobachtungsstuhl immer dem Kuppelspalt gegenüber lag. Mittels Rollen wurde das Ganze auf einem im Fußboden eingelassenen Eisenkranz bewegt. Unerwartete und zweifelhafte Berühmtheit erlangte der Große Refraktor durch die anfänglich mangelhafte Güte der Objektiv. Spätere Retuschen machten ihn dann zu einem Objektiv hervorragender Güte.

Nachdem im Jahr 1919 britische Forscher während einer Sonnenfinsternis die

Ablenkung des Lichts durch die Masse der Sonne hatten nachweisen können, war Albert Einsteins Theorie der Gravitation als Bestandteil der speziellen Relativitätstheorie bewiesen. Das wissenschaftliche Ansehen des plötzlich zum internationalen Star avancierten Physiknobelpreisträgers wollte Deutschland nach der Kriegsniederlage für nationales Ansehen nutzen. Es wurden staatliche Gelder für ein Sonnenobservatorium in Potsdam bewilligt, das einen unumstößlichen Beweis für die Relativitätstheorie erbringen sollte.

Verwirklicht durch Spenden privater Geldgeber, entstand ein hochmoderner Zweckbau, der im Jahre 1924 auf dem Telegrafenberg eine neue Ära der Sonnenforschung einleitete. Rein optisch eher an ein U-Boot erinnernd, erregte der expressionistische Zweckbau des jungen Architekten Erich Mendelsohn massiv die Gemüter. Das sehr schnell von der Öffentlichkeit als „Einsteinurm“ bezeichnete Gebäude diente als äußere Hülle für ein Teleskop zur Beobachtung der Sonne.

Allerdings scheiterte der Versuch, die Gravitationsrotverschiebung der Spektrallinien nachzuweisen. Dennoch nahmen hier wichtige Entwicklungen der Sonnen- und Plasmaphysik ihren Anfang. Einstein selbst unterstützte Bau und Betrieb des Sonnenobservatoriums, arbeitete hier allerdings nie. Doch noch heute nutzen Sonnenforscher des Astrophysikalischen Instituts Potsdam das Teleskop im Einsteinurm zu Forschungszwecken.

Der Niedergang des Wissenschaftsstandortes Potsdam war besiegelt mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Die Vertreibung jüdischer Mitarbeiter, Terror, Gewalt und Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten zum Ende der astronomischen Forschung. Ein Neubeginn nach dem Krieg erwies sich als schwierig. Viele Gebäude, darunter der Einsteinurm, hatten schwere Schäden erlitten. Der mechanische Teil des Großen Refraktors war durch einen Luftangriff schwer beschädigt worden. Zusätzlich kam es zur Demontage wertvoller Beobachtungsinstrumente als Reparationsleistung für die Sowjetunion, wie beispielsweise eines 120-Zentimeter-Spiegelteleskops.

Später wurde in der DDR die Forschungsarbeit auf dem Telegrafenberg wieder aufgenommen. Die Akademie der Wissenschaften übernahm 1947 das Astrophysikalische Observatorium Potsdam. Der Große Refraktor wurde in den 50er Jahren von der Firma Carl Zeiss in Jena repariert und modernisiert. Die Arbeit mit dem Instrument wurde aber 1968 eingestellt, woraufhin es mangels Pflege bald nicht mehr nutzbar war. Die Arbeit im Zentralinstitut für Astrophysik wurde maßgeblich behindert durch die Abgrenzung der DDR zur westlichen Welt. Dieses änderte sich mit der politischen Umstrukturierung im Jahre 1989.

Nach Auflösung des in der DDR tätigen Institutes kam es 1992 zur Neugründung des Astrophysikalischen Instituts Potsdam. Ende der 90er Jahre konstituierte sich auf dem Telegrafenberg der „Förderverein Großer Refraktor Potsdam e.V.“, der sich zum Ziel setzte, das ehemalige Hauptteleskop vor dem Verfall zu retten und damit ein wissenschaftlich-technisches Denkmal zu erhalten.

Zum 100. Jahrestag des Großen Refraktors am 26. August 1999 konnten bereits durch finanzielle Sondermittel des

Kultusministeriums konservierende Entrostungs- und Anstricharbeiten durchgeführt werden. Durch Gelder der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, finanziellen Mitteln der von der Stiftung treuhänderisch verwalteten privaten Pietschker-Neese-Stiftung und durch Spenden, die der Förderverein „Großer Refraktor“ gesammelt hatte, konnte die Restaurierung des imposanten Instrumentes in Angriff genommen werden.

Wiedereröffnung im Einsteinjahr

Im Mai 2003 demonstrierte man das Linsenteleskop vorsichtig aus dem großen Kuppelsaal, damit es, sorgsam verpackt, die Reise zum Carl-Zeiss-Werk nach Jena antreten konnte. Die Firma 4H-Jena-Engineering GmbH hatte drei Jahre mit der Überarbeitung der 4500 Einzelteile und der Optik zu tun. Der Wiedereinbau des Instrumentes in die inzwischen sanierte Kuppel im Juni 2005 bildete einen Höhepunkt im Wissenschaftssommer des Einsteinjahres. Viele Menschen hatten sich auf dem Telegrafenberg versammelt, um der vorläufigen Justierung des Instrumentes beizuwohnen.

Obwohl die Kuppel wieder drehbar war und der schwergängige Spaltschieber sich ohne Probleme öffnen ließ, waren noch nicht alle Maßnahmen abgeschlossen. Die endgültige Fertigstellung des gesamten Gerätes, auch die Instandsetzung der beweglichen Bühne mit dem Beobachtungsstuhl für den Astronomen, erfolgte 2006. Seitdem kommt man in den Genuss, zu sehen, wie man früher mit Hebeln und Kurbeln den sieben Tonnen schweren Koloss bewegte, um das Sternenlicht spektral aufgefächert auf eine Fotoplatte zu bannen.

Den öffentlich zugänglichen „Wissenschaftspark Albert Einstein“ zu besichtigen lohnt sich immer. Im inzwischen restaurierten Einsteinurm wird intensiv geforscht. Nach Anmeldung sind Besichtigungen mit Führung möglich. Der Geist Einsteins scheint noch da zu sein, wenn man sich auf dem Telegrafenberg in Potsdam auf die Spur der Sterne begibt.

Die rekonstruierte Signalanlage



Die rekonstruierte Signalanlage

## ● FÜR SIE GELESEN

## Steter Bruch der Verfassung

Wenn es irgendwann dazu kommen sollte, dass sich all jene Personen, welche die Corona-Pandemie genutzt haben, um den demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat auszuhöhlen, für ihr Tun verantworten müssen, dann könnten Bücher wie „Corona-Diktatur. Der Staatsstreich von Merkel, Christunion & Co. 2020/21“ von Helmut Roewer eine wichtige Rolle bei der Aufarbeitung spielen. Zum einen, weil der Autor Jurist sowie ehemaliger Präsident einer Landesverfassungsschutzbehörde ist und somit die verschiedenen Aspekte der Ausrufung der „Epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ kompetent zu beurteilen vermag. Zum anderen handelt es sich bei dem Werk um eine Art Chronik, die es ermöglicht, sehr präzise zu rekonstruieren, wer wann was gesagt oder getan hat.

Die Unterminierung des Rechtssystems der Bundesrepublik Deutschland begann laut Roewer keineswegs erst mit den Lockdowns oder der Okroyierung der teils schikanösen und teils absurden „Hygiene-Regeln“ zur „Eindämmung“ des Virus. Vielmehr sieht der Autor den Rubikon bereits in dem Moment als überschritten an, als die Kanzlerin forderte, die ihr nicht genehme Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) rückgängig zu machen. „Verfassungsbruch als Regierungsprinzip“ habe es also schon vor Beginn der Pandemie gegeben. Dann sei das Ganze allerdings komplett eskaliert.

Bevor Roewer auf die Corona-Krise zu sprechen kommt, befasst er sich zunächst noch ausgiebig mit der Vorgeschichte des Auftauchens des Erregers SARS-CoV-2 und den Machenschaften diverser internationaler Protagonisten vom Weltwirtschaftsforum bis hin zur Weltgesundheitsorganisation. Dann geht es um die „Klorollen-Krise“, die Verhängung der angeblich „alternativen“ Lockdowns, Ungereimtheiten rund um die PCR-Tests, „Hofnarren, Büchsenpanzer und Scharlatane ... zur Absicherung der Corona-Diktatur“ und die Entwicklung von Impfstoffen gegen den Erreger.

Außerdem berichtet Roewer von möglichen Heilmitteln gegen Covid-19 wie dem Bayer-Präparat Suramin, welche es kaum in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit geschafft haben und über die inzwischen überhaupt niemand mehr redet, obwohl ihre Wirksamkeit eindeutig nachgewiesen wurde. Gleichzeitig beschreibt das Buch auch, wie einige Lobbygruppen die Pandemie instrumentalisierten, um gegen die Fleischproduktion beziehungsweise den Fleischverzehr Stimmung zu machen.

Im Schlussteil erörtert der Autor schließlich noch, welche unerwünschten Auswirkungen die Corona-Pandemie auf unser künftiges Leben haben könnte, wenn sie denn eines Tages für beendet erklärt werden sollte. Dabei verweist er insbesondere auf Neuerungen wie den digitalen Impfpass und die Kontaktnachverfolgung per Smartphone, welche natürlich auch von einem kontrollwütigen Staat missbraucht werden könnten. W. Kaufmann

**Helmut Roewer:**  
„Corona-Diktatur. Der Staatsstreich von Merkel, Christunion & Co 2020/21. Ein Bericht“, edition buchhaus loschwitz & PR Verlag & Agentur Weimar, Dresden/Weimar 2021, broschiert, 304 Seiten, 22 Euro

## WELLNESS



## Sanftes Training für Jedermann

Anleitungen für ein angenehmes Verjüngungsprogramm, mit dem jeder Körperteil mobilisiert wird und mit dem Jeder ohne große Vorbereitung im eigenen Zuhause beginnen kann

FOTO: SHUTTERSTOCK

**Faszien-Yoga** ist eine spezielle Trainingsart für das Bindegewebe, das für den Stoffwechsel in unserem Organismus mitverantwortlich ist. In ihrem Buch „Faszien-Yoga für Dummies“ erklären die Yoga-Lehrer Carola und Sebastian Bartning, wie man mit gezielten Übungen Verspannungen löst, sie informieren über eine gesunde

Ernährung für die Faszien und geben zunächst einen historischen Überblick über Yoga im Allgemeinen, bevor es mit praktischen Übungen weitergeht.

Wichtig für den Erfolg sei es, regelmäßig Übungen durchzuführen. Viele kurze Trainingseinheiten seien dabei besser als seltene lange, so die Autoren. MRK



**Carola Bartning/Sebastian Bartning: Faszien-Yoga für Dummies**, Wiley VCH GmbH, Weheim 2021, broschiert, 360 Seiten, 18 Euro

## DEUTSCHLAND

## Verfassungsschutz auf Abwegen

Helmut Schmidt plötzlich rechtsextrem? – Martin Wagener diagnostiziert kritikwürdige Fehlentscheidungen

VON BERND KALLINA

**H**ätte Martin Wagener, Verfasser des Buches „Kulturkampf um das Volk“, es vor seiner Verbeamtung veröffentlicht, wäre er heute arbeitslos. Als hätte er geahnt, was ihm bevorstehen könnte, trat er prompt ein: Er erhielt de facto ein Lehrverbot, in dem ihm sowohl der Zutritt zum Schulgebäude des Bundes, als auch der Zugriff auf seine Lehrplattform verweigert wurden.

Wagener, Professor für Politikwissenschaft und Sicherheitspolitik am Fachbereich Nachrichtendienste der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, macht von grundgesetzlich verbrieften Rechten (Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit) Gebrauch und verlor wegen Kritik am Regierungshandeln in einer ausgewiesenen wissenschaftlichen Buchveröffentlichung seine Stellung. Leben wir nicht im freiheitlichsten Staat unserer Geschichte, in der Bundesrepublik Deutschland, wie führende Vertreter unserer politischen Klasse in Sonntagsreden stets betonen?

Bei näherer Betrachtung von Wageners Gedankengängen wird schnell klar, warum er sich in schwerem Gelände befindet. Er hat ein Werk vorgelegt, das in vorbildlich-wissenschaftlicher Präzision die sezieren-de Hand in die Wunden strategischer Fehlentwicklungen der Bundesrepublik Deutschland legt und dabei in sieben Kapiteln eine Fülle von schwer widerlegbaren Beweismitteln für seine Thesen präsentiert. Sie zu übergehen oder gar vorwurfsvoll als „populistisch“ beiseitezuschieben, wird nur bei böswilliger Auslegung möglich sein, womit allerdings zu rechnen ist – oder mit „Totschweigen“.

Schwerpunkte seiner fundierten Kritik: Von deutschen Regierungen werde im Ein-

klang mit Mainstream-Medien seit vielen Jahren ganz bewusst eine „nachhaltige Umformung der Zusammensetzung der Bevölkerung betrieben“. Diese vollziehe sich gegen die empirisch nachweisbare Ablehnung des Großteils der indigenen Bewohner unseres Landes. Dabei werde weitgehend ausgeblendet, dass „je bunter wir werden, desto mehr interethnische und interreligiöse Konflikte es langfristig geben wird“, wie Wagener betont.

## Fundierte Kritik an der Politik

Beginnend mit Rot-Grün nach 1998 wurde das Staatsangehörigkeitsrecht zugunsten einer multikulturellen Gesellschaft geändert. Diese abschüssige Weichenstellung setzte sich dann unter Angela Merkel nicht nur fort, sondern die CDU-Kanzlerin vertiefte und erweiterte sie bewusst durch illegale Massenimmigration, Stichwort „Flüchtlingskrise“ seit 2015 – bis heute.

Die willkommenskulturelle Öffnung der Grenzen erfüllte jedoch den Tatbestand des „Rechtsbruchs“, was nicht etwa nur von Rechtsaußen-Vertretern behauptet wird. Als renommierter Zeuge steht dafür Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts, zur Verfügung.

Nicht zuletzt führe diese Politik zu einer „Herrschaft des Unrechts“, wie der frühere Ministerpräsident von Bayern, Horst Seehofer, zutreffend äußerte. Dies aber wirke sich nicht nur sicherheitspolitisch schon heute als äußerst riskant aus, siehe die immer schwerer zu beherrschenden Dauerkonflikte um nicht-integrierbare Immigranten im Land. Wie würden sie erst eskalieren, so die berechtigte Sorge des Verfassers, wenn in naher Zukunft ökonomische Krisen Deutschland und Europa heimsuchten?

Von besonderer Brisanz scheint in diesem riskanten Umpolungsprozess die politische Einflussnahme des Bundesamtes für Verfassungsschutz unter der Leitung von Thomas Haldenwang zu sein, dem Nachfolger von Hans-Georg Maaßen. Einst wurde das Amt geschaffen, um das Grundgesetz zu schützen. Heute agiert es, wie Wagener vielfältig belegt, als intelligence to please, was bedeutet, „dass das Lagebild eine analytische Schiefelage aufweist“. Es würden Berichte vorgelegt, in deren Mittelpunkt nicht die nüchterne Gefahrenanalyse steht, sondern die der Regierung gefallen sollen. Mit bedenklichen Folgen für konservativ-kritische Bürger und Parteien. Wer etwa Begriffe wie „Volk“, „Nation“ und „Vaterland“ positiv erwähnt, läuft schnell in eine „Rechtsextremismus-Pallete“, denn nach den von Wagener quellenreich kritisierten neuen Maßstäben, „kann damit etwa die Hälfte der Deutschen als latent oder offen ‚rechtsextremistisch‘ eingestuft werden“.

## Zeitgeistige Maßstäbe

Im Rückblick auf bedeutende Persönlichkeiten der Bundesrepublik kommt es noch toller: Unter Zugrundelegung dieser zeitgeistigen Geheimdienst-Maßstäbe müssten Bundeskanzler Konrad Adenauer, Bundespräsident Richard von Weizsäcker oder der Staatsmann Helmut Schmidt als „rechtsextrem“ eingeordnet werden. Man denke nur an das berühmte Schmidt-Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ (12. September 1992), in dem der überragende Kanzler zu Protokoll gab: „Sie dürfen aus Deutschland und Europa keine Einwanderungsländer machen. Das ertragen die Gesellschaften nicht. Dann entartet die Gesellschaft!“ Welch' weise Voraussicht angesichts heutiger Dauerkonfliktverwerfungen.

Die Fehlentwicklung, die als Folge der Regierungspolitik die Bevölkerung gespalten hat, werde zusätzlich auch noch durch Voraussetzungen einer jahrzehntlang herbeigeführten geschichtspolitischen Lage begünstigt, wenn nicht sogar ursächlich herbeigeführt. Die maßgebliche BRD-Elite nutze nämlich die NS-Vergangenheit des Landes, „um das nationale Narrativ primär negativ aufzuladen“. Damit verhindere sie ein positives Selbstbild der Deutschen und schwäche deren Selbstbehauptungswillen. Galt in der alten Bundesrepublik die finale staatspolitische Zielsetzung laut Präambel des Grundgesetzes, dass „das gesamte deutsche Volk seine Einheit in Freiheit zu vollenden habe“, gälte nunmehr, verstärkt durch das linkspolitische Wirken der 68er Generation, das Credo: „Die deutsche Nation darf in der Form ihrer Gründung im 19. Jahrhundert wegen der Untaten der Nationalsozialisten keine Zukunft haben“, wie Wagener schreibt.

Wer denkt da nicht angesichts der unerfreulichen Gemengelage im Land der Dichter und Denker an den Titel des Sarrazin-Buches „Deutschland schafft sich ab“? Da Letzteres der größte Sachbucheerfolg der Nachkriegszeit wurde, das heißt, dass die Deutschen also gelesen haben, was ihnen bevorsteht, keimt noch Hoffnung auf Umkehr – vor allem, wenn der Leser in Ergänzung den empfehlenswerten Band von Martin Wagener zur Hand nimmt.



**Martin Wagener, „Kulturkampf um das Volk. Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen“**, Lau-Verlag Reinbek 2021, gebunden, 512 Seiten, 26 Euro

## ERINNERUNG

## Unerwartete Katastrophen bestimmten das Leben

Doppelte Flucht: Johann Aschenbeck musste mit seiner Familie Ostpreußen im Ersten und Schlesien im Zweiten Weltkrieg verlassen

VON NILS ASCHENBECK

Wasser gab es in Bismarck überall und immer zu viel. Es setzte dem Leben der Menschen enge Grenzen. Vor allem Abenteurer zog es in das Dorf. Der schöne Name des Reichskanzlers war ein Trick – damit ein paar Menschen, die in ihrer Jugend Bismarcktürme bestiegen hatten, freiwillig ins Moor gingen, freiwillig daran mitwirkten, den traurigen Sumpf trocken zu legen.

Johann Aschenbeck, mein Großvater, war als junger Mann in den Dienst des preussischen Staates getreten, um die Moore an der Memel-Mündung trocken zu legen. Im Mai 1903 schrieb er, durchaus guter Dinge, aus der Moorvogtei in die oldenburgische Heimat: „Hier gefällt es mir immer besser, machen jetzt gewöhnlich jeden Sonntag Radausflüge mit Damen, auch ein ganz hübsches Vergnügen, sonst eine Dampferfahrt, auch nicht schlecht, als Zerstreuung genug. Pfingsten bin ich auf mehreren Bällen eingeladen, werde mich dann auch ganz schön amüsieren. ... Ganz nah an der russischen Grenze.“

Es war für den 25-jährigen Johann nicht leicht, in den Sümpfen eine Frau zu finden. Als junger Beamter, selbst knapp dem Bauernstand entronnen, wollte er nicht die Tochter eines Moorbauern heiraten, die womöglich noch – wie sein Vater, dem er das nie ausreden konnte – mit Holzschuhen durch den Morast stapfte. Er dachte an eine Frau, die nicht nach Rauch und Pferdemist roch, sondern nach französischem Parfum.

Das älteste Foto, das auf den Fluchten mitgenommen wurde und das auch die geschichtsvergessene Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg überstanden hat, zeigt Johann zusammen mit einer jungen Frau. Die Suche hatte also Erfolg. Hedwig Hahn war Tochter eines Gutsverwalters in Heydekrug, ein Ort, der nur ein paar Kilometer von Bismarck entfernt lag. Johann blickt selbstbewusst in die Kamera, wie jemand, der in seinem Leben bisher alles erreicht hat. Die linke Hand in die Hüfte gestellt, das Sakko offen. Der weiße Stehkragen und die weiße Fliege verdeutlichen den Anlass. Hedwig, eine gutaussehende Frau, steht ebenso stolz im Spitzenkleid neben ihrem Mann, die Haare hochgesteckt in der Mode der Jahrhundertwende. Beide zweifeln nicht an dem, was sie tun, sie blicken der Zukunft sicher entgegen.

**Aufbruch in eine neue Heimat**

Aber das 20. Jahrhundert brachte dann unerwartete Wendungen, brachte dann doch die Katastrophen, die jede Biographie prägen. Mit dem Ersten Weltkrieg verließen beide Ostpreußen. Eine von Hedwig geschriebene Postkarte stammt aus dem westpreussischen Schwetz und ist auf Juni 1917 datiert. Schwetz erwies sich nicht als die neue Heimat. Der Ort fiel 1920 nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags an Polen. Dann Lüben in Schlesien; hier zog Johann mit Frau und zwei Kindern in das Haus des verstorbenen Baurats Zschau und übernahm auch dessen Aufgaben. In unmittelbarer Nachbarschaft begannen damals die Abrisse für das neue Kreishaus. Alles sollte anders werden.

Hedwig war in Lüben schwer erkrankt und starb jung und überraschend im Jahr 1933. Für die kaum erwachsenen Dieter und Christel war es eine bittere Zeit. Christel war dem Königin-Louise-Bund beigetreten, um in der für sie fremden Stadt Anschluss zu finden, um nicht alleine mit ihrer Trauer zu bleiben. Ein Gruppenfoto aus dem Jahr 1934 zeigt fröhliche junge Frauen – und in deren Mitte eine in sich gekehrte, ernst blickende Christel.



In Ostpreußen: Der junge Großvater des Autors mit seiner ersten Frau Hedwig, der Tochter eines Gutsverwalters in Heydekrug

Vater Tschorsch führte in der Altstadt von Lüben ein Antiquitätengeschäft. An der Liegnitzer Straße 42 verkaufte er Möbel aus aufgelöstem Gutsbesitz und kümmerte sich um Restaurierungen. Seine Tochter Helene, die alle Leni nannten, wurde kurz nach der Jahrhundertwende im glücklichen Jahr 1903 geboren – damals lagen Kriege in ferner Vergangenheit, der Wirtschaft ging es gut und die Städte wuchsen. Christel über Leni: „Sie ist als Hausfrau erzogen worden. Sie musste Nähkurse besuchen, Kochkurse, sie hat Klavierunterricht bekommen, sie war im Kirchenchor. Eine Berufsausbildung haben ihr die Eltern verweigert. Was sollten denn die Leute von der Familie Tschorsch denken, wenn ihre Tochter für Geld arbeiten gehen musste!“ (wiedergegeben in einem nachgelassenen Text von Udo)

In den 1920er Jahren begannen sich auch in Lüben die Zeiten zu verändern und die ganz traditionell erzogene Helene wollte nicht mehr nur Hausfrau sein. Wei-



Dorfidylle: Moorkolonie Bismarck heute

ter Christel: „Sie trug einen Bubikopf, sie hatte es durchgesetzt einen Schreibmaschinenkurs besuchen zu können, sie nahm eine Stellung beim Amtsgericht an, sie machte ihren Führerschein und kaufte sich ein Auto.“

Als junge Frau sah sie ihre Zukunft im großen Breslau, damals eine der modernsten deutschen Städte. Die Breslauer Kunstakademie war in den 1920er Jahren bedeutender als die Düsseldorfer oder die Münchner. Der Architekt Max Berg errichtete 1914 die „Jahrhunderthalle“, heute Weltkulturerbe. In den 1920er Jahren entstand die „WuWa-Siedlung“, in der das Wohnen der Zukunft gelebt und gezeigt wurde. „Zum ersten Mal konnte sie ihre Zeit selbst bestimmen, lernte Männer kennen, besonders aus dem Bekanntenkreis ihres Bruders. Der war leidenschaftlicher Motorradfahrer und nahm seine Schwester oft mit, wenn er mit Sportsfreunden eine Tour machte. So kam es, dass sie sich mit einem von ihnen verlobte.“

Dieses Jahr ist sie wohl richtig glücklich gewesen, bis ihr Bruder tödlich verunglückte, als er zum Baden fuhr – und wenig später ihr Verlobter fast an der gleichen Stelle. ... [Sie] hat sich erstmal zurückgezogen in den Frauenkreis, den sie aus ihren Kursen kannte. ... Vater lernte sie beim Gericht kennen. Anfangs haben ihr seine Avancen wohl nur geschmeichelt. Den alten Knacker zu heiraten, wie sie mir einmal gestand, ist ihr gar nicht in den Sinn gekommen. Sie hat sich weiter mit ihrem Freund getroffen und erst als Vater sie vor die Wahl stellte: Entweder er oder ich, muss ihr klar geworden sein, dass sie so wie bisher, sie war jetzt fast 35, nicht weiterleben konnte. Dann hat sie der Mut verlassen und die Zeiten hatten sich verändert, das war auch in Lüben zu spüren. Die deutsche Frau musste jetzt Mutter sein. Den Jüngeren wollte sie nicht

heiraten, wegen des Altersunterschiedes und wegen des Geredes der Leute, und Vater, als Beamter, bot Sicherheit.“

Leni und Johann heirateten. Udo kam 1941 zur Welt, Rolf – mein Vater – 1943, und ein Jahr später kündigte sich weiterer Nachwuchs an. Ein unverhofftes Glück für den schon alt gewordenen Johann. Überhaupt waren es glückliche Jahre in der schlesischen Kleinstadt, alles stimmte, alles passte. Aber das Weltgeschehen spielte nicht mit, arbeitete gegen das Glück.

1944 wurde es eng in der Villa in Lüben. Der aus der Bukowina geflüchtete Professorenfamilie Pawlikowski war das Kinderzimmer zugewiesen worden. Hilde, die Tochter von Freunden, lebte ebenfalls im Haus. Udo, der Schriftsteller wurde und bei Suhrkamp veröffentlichte, beschreibt das Leben zwischen Glück und Katastrophe: „Leni geht in die Küche, setzt Wasser auf, nimmt die Gläser aus dem Schrank, Würfelzucker und Rum holt sie aus der Speisekammer, die Grogglöffel aus der Schublade, und weint. Sie füllt die Gläser, gießt Wasser nach, setzt sich und versucht mit den Händen die Tränen zu bändigen. Als der Kessel pfeift, beugt sie sich über den Tisch und schluchzt ohne Ende. Was ist los mit dir? fragt Johann in der Tür, richtet sie auf, nimmt sie in den Arm und wiegt sie. Leni wischt die Tränen weg und stellt den Kessel vom Herd.“

Manchmal halte ich es nicht mehr aus. Es kann nicht mehr lange dauern, die Russen rücken unaufhaltsam vor. Dann lass uns fliehen. Wir müssen warten. Dann lass mich packen. Lieber nicht, Lotte könnte sich verplappern.“

Wir müssen warten, sagte er also, wenn man Udos Beschreibung folgt. Nur nichts überstürzen, jetzt klug handeln. Ein falsches Wort, ein zu früh gepacktes Auto – und die Leute in der Stadt würden alles

mitbekommen, würden ihnen Schwierigkeiten machen, ihn als Staatsdiener womöglich noch ins Gefängnis stecken, ihn an irgendeiner Mauer erschießen. Das neu errichtete Kreishaus mit dem Hakenkreuz über dem Eingang lag nur ein paar Meter entfernt. Die Aschenbecks begannen Normalität zu spielen, für die Hausangestellte Lotte, für Udo, für den kleinen Rolf, für die Hoffnung, dass alles nicht so kommen werde, wie es aussah.

Johann fuhr jeden Tag ins Büro, obwohl dort nichts mehr zu tun war, Leni mimte die fröhliche Hausfrau, obwohl sie genau wusste, dass ein vielleicht grausames Ende nahte. Und Udo stellte jeden Tag Fragen, auf die er keine ehrlichen Antworten bekam. „Lotte deckt den Tisch.“ „Was gibt es denn?“ „Schlesisch Himmereich.“ „Schon wieder? Wie letztes Jahr um diese Zeit.“

Weihnachten 1944 hatten sie noch gefeiert wie immer; sie hatten Geschenke ausgepackt und Lieder gesungen. Aber schon am ersten Feiertag hatte Johann das dumpfe Grollen der Geschütze vernommen – und ihm war vermutlich bewusst, dass es nur noch Tage waren, die ihnen in ihrem Haus blieben, vielleicht würden sie den geschmückten Baum im Wohnzimmer stehen lassen, dann würde er allmählich seine Nadeln verlieren, niemand würde sie auffegen. Wenige Tage noch würden sie auf dem senfgelben Sofa sitzen. Das Porzellan, die viele Kleider in den Schränken und den ganzen anderen Dingen, die im Laufe eines Lebens angehäuft waren – alles würde zurückbleiben.

**Flucht aus Schlesien**

An einem der letzten Januartage des Jahres 1945 sind sie aufgebrochen, mein Großvater, meine hochschwangere Großmutter, die vier Kinder, Lotte und der von Udo heiß geliebte Teddy. Den polnischen Nachbarn hatten sie den Schlüssel gegeben, ihnen das Versprechen abgenommen, gut auf das Haus aufzupassen. Die Katze hatte ihnen erstaunt, fast erschrocken hinterher gesehen, vielleicht ahnend, dass sich nun alles ändern würde.

Die, die auf der Flucht dabei waren, die alt genug waren, sich zu erinnern, haben den Rest ihres Lebens über die Erlebnisse geschwiegen. Was ist mit den Leichen, die sie sehen mussten? Gab es Angriffe, wurden sie ausgeraubt, gedemütigt, gar vergewaltigt? Nur Dunkelheit. Ende Februar 1945 kam Peter zur Welt. Der Geburtsschein nennt Wildfelde als Geburtsort, Wildfelde im Kreis Rothenburg bei Görlitz, heute untergegangen in einem Braunkohle-Tagebau. Udo immerhin berichtet in einem seiner Romane, beschreibt das Leben zwischen Glück und Katastrophe: „Mir hatten sie eingeschärft, mich nicht von der Stelle zu rühren, am Kinderwagen stehen zu bleiben und das Gepäck zu bewachen.“ Sein Vater verschwand, um die weitere Fahrt zu regeln, seine Mutter verschwand, um Babynahrung für Peter zu organisieren. Udo war alleine in der fremden Stadt, und er begriff wahrscheinlich an diesem Tag, dass er auch in Zukunft allein sein werde.

● **Auszug** aus dem unten genannten Buch des Autors, das brandaktuell erschienen ist.



**Nils Aschenbeck:** „Dotlingen. Mein Onkel, Adolf Hitler und ich“, 2021, bei Amazon erhältlich, ISBN 979-8770793925, Paperback, 178 Seiten, 12,80 Euro

## ● AUFGESCHNAPPT

Der Bischof von Trier, Stephan Ackermann, findet „Gendern“ ziemlich gut. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärte er, da „hinkt die Kirche nicht hinterher“. Er erlebe „in allen kirchlich verfassten Texten, dass man sich um geschlechtersensible Sprache bemüht“. Vieles werde ausprobiert, „auch Gendergap und Genderstern“, da seien kirchliche Akteure „genauso auf der Höhe der Zeit wie andere auch“. Allerdings sieht Ackermann auch noch Grenzen. Eine in „gendergerechte Sprache“ umgeschriebene Bibel wäre nicht so in seinem Sinne. Vor allem aber sei er gegen „Gott mit Genderstern“. Seiner Meinung nach ist der Begriff Gott „eine Chiffre“. Sollte der vorherrschende Zeitgeist seine rasante Fahrt fortsetzen, wird Ackermann wohl demnächst auch die etwas seltsam anmutende Zuflucht zur „Chiffre Gott“ ad acta legen können. Die Katholische Studierende Jugend (KSJ) zeigt bereits seit September, wo es langgeht: Dort heißt es „Gott“, da wird Platz geschaffen für eine „Gottesvielfalt“.

E.L.



## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Die leidige Wirklichkeit

Wer sich der Realität verweigert, wer ihr aktiv entgegentritt, und wem sie einen Schock versetzt

VON ERIK LOMMATZSCH

Dafür, dass eigentlich „Böllerverbot“ verhängt worden war, zumindest was den Verkauf von Feuerwerk betraf, hat sich Deutschland vielerorts laut und leuchtstark bunt ins neue Jahr geknallt. Inzwischen ist, ebenfalls vielerorts, eine Stimmung verbreitet, die dazu führte, dass nahezu jeder abgefeuerten Rakete Beifall gependet wurde. Nicht etwa, weil es ein besonders gelungenes Spektakel in der dieses Mal sehr milden ersten Januarstunde gewesen wäre.

Nein, die Pyrotechnik, deren Zünden auf eine etwas unklare Art und Weise illegal war oder empfunden wurde, stand dort als – wohl gemerkt friedliches – Symbol oppositionellen Handelns gegen die nunmehr fast zwei Jahre anhaltende Regierungspolitik mit all ihren restriktiven „Corona-Maßnahmen“.

Albern? Olaf Scholz können wir nicht fragen, der nimmt auch anderweitige, selbst argumentativ unterfütterte Kritik weniger zu Kenntnis. In der traditionellen Neujahrsansprache, mit der er am Abend des 31. Dezember erstmals das Volk – oder, je nach Sichtweise, die Bevölkerung – via Fernsehschirm beglückte, fielen unter anderen folgende bemerkenswerte Sätze: „Manche beklagen in diesen Tagen, unsere Gesellschaft sei ‚gespalten‘. Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit sagen: Das Gegenteil ist richtig! Unser Land steht zusammen. Was ich überall wahrnehme, das ist eine riesige Solidarität, das ist überwältigende Hilfsbereitschaft, das ist ein neues Zusammenrücken und Unterhaken.“

Hatten wir nicht, vermittelt durch Myriaden von medizinisch-politischen Predigten, alle verinnerlicht, dass Abstand und Vereinzelung das A und O – nein, nicht das „Alpha“ und „Omega“, bloß nicht! – zur Abwehr der „Pandemie“ sind? Was denn nun? Nein, selbst als Metapher wäre die Formulierung ein tiefes Fettnäpfchen, heißt es doch, dass der eine oder andere die Freude am Auseinandertreiben nicht oder nicht mehr zu teilen vermag.

Vor allem aber dürfte sich so ziemlich jeder wache Beobachter, und zwar unabhängig davon, wie er zu den Dingen steht, bei der Kanzler-Sichtweise auf das Thema „Spaltung der Gesellschaft“ abermals die Augen gerieben beziehungsweise die Gehörgänge nachjustiert haben. Nicht nur bei diesem Teil der Verlautbarungen des neuen Regierungschefs. Besonders für die vom Sommer-Hochwasser

Betroffenen, etwa an der Ahr, musste es seltsam klingen, wenn Scholz resümierte: „Nach der Flut haben wir alle zusammen angepackt. Gemeinsam haben wir geholfen, aufgeräumt und mit dem Wiederaufbau begonnen.“ Sind da wirklich alle Hausaufgaben seitens der Politik und der Behörden gut erledigt worden? Vielleicht mal vor Ort nachfragen?

Entfernung von der Realität und eine von widerspruchsbereiten Geistern befreite Beraterumgebung – das war bisher ein Zeichen für das mitunter recht lang ausgedehnte Ende einer Kanzlerschaft. Dass Scholz schon jetzt in dieses Stadium eingetreten zu sein scheint, ist wenig verheißungsvoll.

Bereits vor der Neujahrsansprache war der Neukanzler mit Unzugänglichkeit bezüglich ihm nicht genehmer Wirklichkeiten aufgefallen. Übrigens ein Charakterzug, der auch seiner Vorgängerin immer mehr eigen geworden war. Aber „Teflon der Erste“ hat sie hierbei schon jetzt um Längen geschlagen.

## Hauptsache höhere Zahlen

Probleme mit der Wirklichkeit hat auch der als Kabinettsmitglied ungebrochen kamera- und mikrofonaffine Karl Lauterbach. Allerdings versucht er, ihr aktiv entgegenzutreten. Die über die Zeit der Feiertage kontinuierlich sinkenden „Inzidenzzahlen“ erklärte er kurzerhand für falsch, sie seien in Wirklichkeit zwei- bis dreimal so hoch. Anstatt das bisherige Ausbleiben der prognostizierten „Omikron“-Katastrophe zu begrüßen, schien er enttäuscht zu sein. Es wird weiter gewarnt und vorhergesagt, in Superlativen.

Vergessen ist, nicht nur bei Lauterbach, dass man der „Inzidenzzahl“, die allein Auskunft über positiv ausgefallene Tests gibt, die „Krankenhausinzidenz“ als Entscheidungsgrundlage zur Seite stellen oder diese sogar als maßgeblich betrachten wollte. Aber die sinkt ja trotz wieder leicht ansteigender Positiv-Tests weiter. Hat die Regierung an kleinen Zahlen aus Prinzip kein Interesse?

Dafür spräche auch, dass sich die „Ampel“ mehr parlamentarische Staatssekretäre gönnt als jede andere Koalition seit der Institutionalisierung dieses Amtes. Waren es 1967 noch sieben, so sind es nun unter Scholz 37.

Jeder parlamentarische Staatssekretär schlägt in puncto Entlohnung und verfügbarem Budget jährlich mit weit über einer halben Million Euro zu Buche. Für einen praktisch weitgehend nutzlosen Posten, welcher der Belohnung und Einbindung von Partei-

—  
Anstatt das bisherige Ausbleiben der prognostizierten „Omikron“-Katastrophe zu begrüßen, schien Lauterbach enttäuscht zu sein. Es wird weiter gewarnt und vorhergesagt, in Superlativen

freunden des jeweiligen Ministers dient, die ohnehin bereits Inhaber von Bundestagsmandaten sind, eine stolze Summe auf der Rechnung des Steuerzahlers.

Mit höheren Zahlen hat es auch der neue Landwirtschaftsminister Cem Özdemir. Lebensmittel seien zu billig, der Preis müsse „die ökologische Wahrheit stärker ausdrücken“. Er wolle „ein sicheres und gutes Einkommen für unsere Bauern, gesundes Essen für uns alle sowie mehr Tierwohl, Klima- und Umweltschutz“. Die Deutschen ernährten sich zu ungesund, so der Grünen-Minister. Keine Werbung für Süßkram und vor allem „keine Ramschpreise für Lebensmittel“ mehr!

Ob es in Özdemirs Umgebung jemand über sich bringt, etwa eine seiner beiden parlamentarischen Staatssekretärinnen, die neben der eigentlichen Staatssekretärin „Dienst“ tun, ihm wenigstens zu erklären, dass nicht jeder, der Lebensmittel zu „Ramschpreisen“ erwirbt, dies tut, weil ihm Bauern und Ökologie schnuppe sind, sondern möglicherweise, weil sich sein Nettolohn von dem eines Bundespolitikers leicht unterscheidet? Ein solcher Hinweis würde auch der Entfernung eines weiteren Ministers vom realen Leben entgegenwirken.

Einen diesbezüglichen Schock musste der Wirtschafts- und Klimaschutzminister, ebenfalls Grüner, ebenfalls frisch ernannt, erleiden. Sechs Atomkraftwerke taten in Deutschland bis zum Silvesterabend noch ihren Dienst, am Neujahrmorgen waren es nur noch drei. In einem Jahr sollen auch diese abgeschaltet werden. Und nun sagt die EU-Kommission plötzlich „Atomkraft – ja bitte“? Von dort heißt es, es müsse anerkannt werden, dass „der fossile Gas- und der Kernenergiesektor zur Dekarbonisierung der Wirtschaft der Union beitragen können“. Habeck kann den damit verbundenen Klimaschutzgedanken nicht nachvollziehen, die Einstufung der „Hochrisikotechnologie“ als nachhaltig bezeichnet er kurzerhand als „falsch“. Zustimmung dafür gebe es nicht.

Passiert in der abgewählten CDU auch etwas? Aber ja. Auch hier Empörung, allerdings über ein Mitglied. Hans-Georg Maaßen hatte erklärt, einige Politiker wollten die „Corona-Pandemie“ als Vorwand nutzen, den Staat umzugestalten, „mit weniger Freiheiten, mit mehr Autorität“ und wo man den Menschen vorschreiben könne, „wie sie zu leben haben“. Man fragt sich, wie er auf so etwas kommt. Ebenfalls Realitätsverlust?

## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte bei ihrer Amtseinführung, dass die größte Bedrohung für unsere Demokratie der Rechtsextremismus sei. Die „Neue Zürcher Zeitung“ fragte zunächst bei der Ministerin nach, worauf sich diese Aussage stützt, erhielt dort nach eigenen Angaben jedoch keine Auskunft. In ihrer Ausgabe vom 31. Dezember 2021 schreibt die Schweizer Zeitung dazu:

„Fragt man bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nach, ergibt sich jedenfalls ein anderes Bild. 210 Ermittlungsverfahren mit Bezug zum islamistischen Terrorismus hat die Behörde dieses Jahr bis Ende Oktober neu eingeleitet. Gegen Linksextremisten leitete sie zehn, gegen Rechtsextremisten fünf Verfahren ein. Im Jahr 2020 sah es ähnlich aus: Damals leitete die Behörde 372 Ermittlungsverfahren gegen Islamisten ein, zehn gegen rechte und vier gegen linke Extremisten. Nimmt man die Zahlen der Bundesanwaltschaft zum Massstab, ist nicht der Rechtsextremismus die grösste Gefahr, sondern der Islamismus, und zwar mit Abstand.“

Der Chefredakteur der liberalen Wochenzeitung „Gazeta Wyborcza“, Adam Michnik, meint gegenüber der „Welt“ (30. Dezember 2021) trotz aller Kritik an der nationalkonservativen PiS-Regierung:

„Es ist aber auch klar, dass keine Regierung auf der Welt zulassen kann, dass eine unbekannt Zahl von Migranten oder Flüchtlingen unkontrolliert eine Staatsgrenze überquert.“

Der designierte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sieht im neuen TV-Format „Bild-live“ (3. Januar) die alte Regierung verantwortlich für den Vertrauensverlust der Bürger gegenüber der Politik wie jetzt bei den Corona-Daten:

„Dass immer mehr Menschen in Deutschland weniger Vertrauen in diese Zahlen haben, hat ja in erster Linie nicht mit den Zahlen zu tun, sondern insgesamt mit der Corona-Politik der letzten zwei Jahre.“

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (4. Januar) thematisiert Thomas Thiel die Studie des Vereins für Demokratie und Vielfalt über vor allem von moslemischen Schülern ausgelöste Konflikte an Schulen und fragt, warum ausgerechnet linke Parteien das unter den Teppich kehren:

„Warum nehmen die Grünen und die Linkspartei ausgerechnet eine reaktionäre, intolerante Ausprägung des Glaubens in Schutz und veratmen dadurch ihre progressiven Werte? Reicht es ihnen, wenn diese nur für eine Klientel gelten, die sich mit solchen Problemen nicht herumschlagen muss?“

Peter Nowak warnt im Portal Telepolis (3. Januar) vor der Einseitigkeit und unkritischen Regierungsnähe zahlreicher Medienvertreter:

„Ein Journalist sollte deren Demonstrationen nicht wie eine feindliche Aktivität verstehen, die er verhindern will. Ein Journalist ist weder Soldat noch Polizist.“

## ● WORT DER WOCHE

„In zwei Monaten haben wir unser normales Leben zurück“

Die Epidemiologin **Tyra Grove Krause** Leiterin des staatlichen „Statens Serum Institut (SSI), gegenüber dem dänischen Fernsehsender TV 2



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)